GLOBAL
Eine Grafik und Stichworte zur weltweiten Verbreitung des Islams SEITE 6,7

NATIONAL
Eine türkische Familie in Deutschland erzählt ihr Leben SEITE 13

Sonderthema: Die Welt des Islams
Facetten einer Weltreligion

Das Parlament

Berlin, Montag 13. April 2015 | www.das-parlament.de | 65. Jahrgang | Nr. 16 -17 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Eine Frau führt das Dachgremium



© picture-alliance/dpa

Nurhan Soykan Sie gehört zu den muslimischen Frauen in Deutschland, die mit oder auch trotz des Kopftuchs Karriere gemacht haben. Die Kölner Anwältin Nurhan Soykan ist seit 1. April als erste Frau Sprecherin des Koordinationsrats der Muslime. Der Rat vertritt die vier größten muslimischen Dachverbände hierzulande. Die Sprecher wechseln halbjährlich unter den Vereinigungen. Soykan ist seit 2010 Generalsekretärin des Zentralrats der Muslime, des kleinsten der Spitzenverbände. Sie wurde 1970 in der Türkei geboren und kam mit drei Jahren mit ihrer Familie – der Vater ist Imam – nach Deutschland. Sie ficht auf vielen Ebenen für die Interessen der hiesigen Muslime, so auch in der Deutschen Islamkonferenz. Mit 25 wurde sie deutsche Staatsbürgerin, seit sie 26 ist, trägt sie als Zeichen des Glaubens das Kopftuch. Als Nurhan Soykan im März vom Karlsruher Urteil mit der Rücknahme des Kopftuchverbots für Lehrer hörte, habe sie vor Freude geweint, sagt sie. *kru*

ZAHL DER WOCHE

2070

könnte der Islam das Christentum als größte Glaubensgemeinschaft der Welt ablösen. Zu diesem Schluss kommt das US-Institut Pew Research Center. 2050 werde der Anteil der Christen bei 31,4 Prozent etwa konstant bleiben, während die Zahl der Muslime von derzeit 23,2 auf 29,7 Prozent steigen werde.

ZITAT DER WOCHE

»Wir müssen geeint bleiben.«

Kardinal John Njue, Erzbischof von Nairobi, in einer Predigt nach dem Massaker an mehr als 140 christlichen Studenten an der kenianischen Universität Garissa durch Islamisten

IN DIESER WOCHE

MIT DER BEILAGE



APuZ
Aus Politik und Zeitgeschichte
70 Jahre Kriegsende
Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004 11716

Zwei Seiten einer Medaille

ISLAM Salafismus und Islamfeindlichkeit bedingen sich und müssen gleichzeitig bekämpft werden

Wir können es fast jeden Tag und fast überall sehen: Der Islam ist in Deutschland und in Europa angekommen. Muslime begegnen uns im Alltag, Moscheen werden aus den Hinterhöfen ausgelagert und in repräsentativen Gebäuden eingerichtet. Von dieser zunehmenden Sichtbarkeit der Religion gehen zwei unterschiedliche Botschaften aus. Zum einen bekundet sie eine gelungene Integration: Denn nur wo man dauerhaft bleiben will, richtet man sich gemütlich ein und zeigt es auch. Zum anderen besagt sie deutlicher als alles andere, dass sich die deutsche Gesellschaft verändert. Das macht vor allem den Alteingesessenen Angst, denn manche davon wollen diese Veränderungen partout nicht. Einige stehen offen zu dieser Haltung, andere versuchen sie zu kaschieren.

Beide Botschaften, die von der zunehmenden Sichtbarkeit des Islams ausgehen, kulminierten schon vor Jahren in der Sarrazin-Debatte. „Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt […] und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.“ So äußerte sich der SPD-Politiker Thilo Sarrazin 2009. In großen Teilen der Bevölkerung hieß es: „Endlich jemand, der sich traut, die Wahrheit auszusprechen.“ Auch zahlreiche Journalisten und Politiker lobten Sarrazin für seine „mutigen“ Worte. Und das war fatal. Es hat mit dazu beigetragen, dass die Feindlichkeit gegenüber Fremden im Allgemeinen und Muslimen im Speziellen immer weiter in die Mitte der Gesellschaft vordringen konnte, wie inzwischen alle Studien in diesem Bereich belegen. Und der Beifall für Sarrazin hat noch mehr bewirkt: Er hat den Weg für die islamfeindlichen Massenproteste der Pegida in Dresden frei geräumt und er hat auch den Weg nach Tröglitz mit dem erzwungenen Rücktritt des Bürgermeisters und dem Feuer in einer Flüchtlingsunterkunft geebnet.

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), meinte, Tröglitz sei überall. Er hat Recht. 2014 gab es etwa 153 Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte, darunter 35 Brandstiftungen, und 77 Übergriffe auf Flüchtlinge. In diesen Vorfällen kommen die altbekannten Ausländer- und Fremdenfeindlichkeiten in Deutschland wieder zum Vorschein. Lange ließen sie sich verstecken – unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Islamkritik. Spätestens seit den islamistischen Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 griffen Fremdenfeinde verstärkt darauf zurück. Nach den Angriffen von Solingen, Mölln oder Rostock-Lichtenhagen Anfang der 1990er Jahre waren die rechtsradikalen Parolen außerhalb einschlägiger Kreise verpönt. Abwertende Äußerungen über Türken oder Asylanten ließen sich der bürgerlichen Mitte nicht mehr verkaufen. „Islamkritik“ dagegen war zum neuen Trend geworden – sie fand zur Primetime im Fernsehen statt, in den Feuilletons renommierter Zeitungen und in Beraterkreisen von Politikern. Man konnte beinahe ohne Hemmungen über Muslime und ihre Religion herziehen. Im Zweifel ließ sich immer darauf verweisen, dass man bloß die gewaltbereiten Islamisten im Sinn habe, was ja wohl legitim sei. So konnte sich die Fremdenfeindlichkeit gesellschaftlich ausbreiten. Auch Pegida verlief nach diesem Muster: Anfangs bemühte man sich, sich bürgerlich-mittig zu geben, inzwischen haben die Radikalen offen das Ruder übernommen.

Abwehrreflexe der Mehrheit Ich habe es schon vor Jahren gesagt und geschrieben: Ich bin Muslimin, Tante, Tochter, spreche mehrere Sprachen, habe dunkle Haare, schaue gern Fußball und kämpfe dafür, endlich muslimisch und deutsch sein zu dürfen. Ich kämpfe dafür, nicht mehr als Fremde im eigenen Land betrachtet zu werden. Ich kämpfe dafür, dass man Menschen wie mich nicht länger „Migranten“ oder „Ausländer“ nennt. Ich bin nie in dieses Land immigriert. Für mich ist es völlig selbstverständlich, dass ich deutsche Staatsbürgerin bin, die die Demokratie und die damit verbundenen Aufgaben schätzt. Doch genau das wird mir nach wie vor von manchen Deutschen streitig gemacht.

Diese Beobachtungen lehren: Je mehr sich Muslime integrieren, gesellschaftlich partizipieren, selbstbewusst auftreten und die üblichen Grundrechte einfordern, desto stärker werden die Abwehrreflexe in der Mehrheitsgesellschaft. Daraus kann man nur einen Schluss ziehen: Wir müssen viel stärker in Fragen der Integration die Mehrheitsbevölkerung in den Blick nehmen. Ihnen zum einen offen erklären, dass sich die deutsche Gesellschaft verändern wird. Dass neue Menschen kommen und diesem Land auch einen Stempel aufdrücken werden. Dass dies in der Geschichte schon immer der Fall gewesen ist und keine Bedrohung darstellt. Alle Teile der Bevölkerung müssen verstehen, was es bedeutet, eine Einwanderungsgesellschaft zu sein. Die Forderung an Migranten und deren Nachkommen, sich einzufügen, die Sprache zu erlernen, sich an Recht und Gesetz zu halten, sind richtig. Aber sie sind seit langem auf dem Tisch. Sie werden von Politikern aller Parteien vertreten. Was sich kaum einer traut, ist, Forderungen an die Mehrheitsgesellschaft zu artikulieren. Integration sei keine Einbahnstraße, heißt es zwar immer. Bislang sind solche Äußerungen aber nicht mehr als Sonntagsreden. Die Auseinandersetzung mit der Mehrheitsgesellschaft ist eine der wichtigsten Aufgaben der Integrationspolitik. Da muss man ran. Sonst machen sich andere daran, die Versäumnisse und deren Folgen zu instrumentalisieren. Die Salafisten zum Beispiel. Und das kann uns in keinem Fall recht sein.

Karriere des Salafismus-Begriffs Es gibt wenige Begriffe, die in Deutschland so schnell Karriere gemacht haben wie der des „Salafismus“. Das Wort war vor wenigen Jahren vielleicht ein paar Experten bekannt. Salafismus ist Teil des fundamentalistischen Spektrums im Islam. Wir haben es somit mit einem sehr neuen Phänomen des Extremismus zu tun, das neben die bekannten Formen des Rechts- und des Linksextremismus getreten ist. Anders als viele glauben, ist der Auslöser für das Abgleiten in die Szene aber nicht etwa das Streben nach irgendeinem gottgefälligen Verhalten. Die Auslöser sind vornehmlich ganz weltlich. Die Radikalisierung hat primär mit den Familien zu tun und mit dem Alltag in Dörfern und Städten. Interviews mit Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern der Szene weisen oft in eine Richtung: Die zumeist jungen Mitläufer sind gefrustet von ihrem Leben, von mangelnden Zukunftschancen, von Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft. Jede Sarrazin-Debatte, jede Pegida-Demonstration bestätigt ihnen: Ihr gehört nicht zu Deutschland. Verstärkt wird das Gefühl, wenn bekannte Politiker wie der SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel sich mit den Pegida-Sympathisanten zusammensetzt und öffentlichkeitswirksam nach deren Ängsten fragt. Das wirft bei den angefeindeten Gruppen zwangsläufig die Frage auf: „Und wer fragt nach meinen Ängsten, wer setzt sich mit mir zusammen?“ Die meisten Muslime ignorieren solche Aspekte und schauen weg. Doch nicht alle können das. Bei ein paar Leuten bleibt das Gefühl von Ohnmacht und Wut. Sie treibt der Wunsch an, Rache zu nehmen, es dieser Gesellschaft heimzuzahlen. Und die salafistischen Vordenker bieten ihnen dafür eine Möglichkeit an.

Wir haben es also im Hinblick speziell auf Muslime als ein Teil der Integrationspolitik mit einem ernsten Problem zu tun. Und darin liegt gehöriger gesellschaftlicher Sprengstoff. Weil der Salafismus natürlich etwas mit dem Islam zu tun hat, nutzen Teile der Gesellschaft diese Verbindung aus, um die Islamfeindlichkeit weiter zu schüren. So wie die Salafisten islamfeindliche Tendenzen nutzen, um sich zu radikalisieren, nutzen die Islamfeinde salafistische Bestrebungen, um ihre Stimmungsmache gegen muslimische Einheimische und Einwanderer zu rechtfertigen.

Islamfeindlichkeit und Salafismus sind mithin zwei Seiten derselben Medaille. Sie fördern und bedingen sich gegenseitig. Die übrige Gesellschaft muss daher aufpassen, dass sie zwischen diesen beiden extremen Polen künftig nicht zerrieben wird. Das geht nur, indem beides gleichzeitig bekämpft wirft. *Lamya Kaddor*

Die Autorin ist Islamwissenschaftlerin und Lehrerin für islamische Religion. Sie hat syrische Eltern. Im Februar erschien ihr Buch „Zum Töten bereit. Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen“ (Piper Verlag).

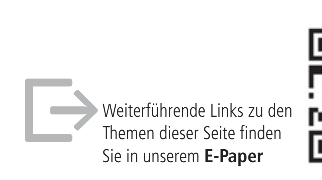
Der Beifall für Sarrazin hat den Weg für die Pegida-Proteste frei geräumt.

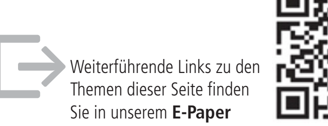
Ich möchte nicht als »Migrantin« bezeichnet werden. Denn ich bin nie immigriert.



Zeichen des Angekommen-Seins: Moscheen werden in Deutschland zunehmend aus den Hinterhöfen an repräsentative Orte verlagert. © picture-alliance/dpa

Mittendrin: Absolventen der Universität in Bonn © picture-alliance/joker





Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



EDITORIAL

Es fehlt an Wissen

VON JÖRG BIALLAS

Religiöser Fanatismus begleitet die Weltgeschichte seit Jahrtausenden. Bei nahezu allen Glaubensrichtungen gibt es Beispiele für übersteigerten Geltungsdrang und fanatische Heilsbotschaften, die sich in Gewaltexzessen gegenüber Andersgläubigen Bahn gebrochen haben. In der historischen Betrachtung sind Christen wie Muslime jeweils Opfer und Täter. Wer angesichts des islamistischen Terrors geneigt ist, die Täterrolle einseitig zuzuweisen, vergisst Ereignisse wie das Massaker von Srebrenica. Vor 20 Jahre wurden dort Tausende bosnische Muslime ermordet.

Derzeit richtet sich der Fokus auf den militanten Islamismus. Aus gutem Grund, wie nahezu täglich neue Terrormeldungen auf grauenhafte Weise belegen. Das Massaker an den Studenten in Kenia, der Bürgerkrieg in Syrien, die blutigen Konflikte im Jemen, die zunehmend unsichere Lage im Irak, aber auch die latent angespannte Situation in anderen Teilen Asiens und Afrikas: Das alles schürt in der westlichen Welt die Sorge, fanatische Islamisten könnten weiter erstarken und schlimmstenfalls sogar außerhalb ihres unmittelbaren Einflussbereiches Unheil anrichten. Nüchtern betrachtet bleibt diese Gefahr schwer auszumachen, aber überschaubar. Auch das politische Kapital, das sich aus dem angeblichen Islamismus-Import schlagen lässt, ist endlich, wie die gescheiterte „Pegida“-Bewegung belegt.

Gerade in Deutschland sollte aus dem Holocaust das Bewusstsein erwachsen sein, dass mangelndes Wissen über die Inhalte einer Religion verheerende Auswirkungen haben kann. Besonders junge Menschen muss diese Botschaft erreichen.

Jeder mag mit sich selbst ausmachen, wie die monatelang diskutierte Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört, zu beantworten ist. Hilfreich wäre aber in jedem Fall eine Auseinandersetzung mit dieser Religion: der Besuch einer Moschee, die Lektüre des Korans und dessen Interpretationen, Gespräche mit Muslimen. Am Ende dieser Bemühungen wird die Erkenntnis stehen, dass in dem gleichen Maß, wie es ein Gebot der Menschlichkeit ist, den gewaltbereiten Islamismus zu verdammen, der Islam als Weltreligion zu akzeptieren ist. Und ganz nebenbei mag sich dann auch klären, wieso ausgerechnet diejenigen, die den Islam am heftigsten kritisieren, oft dieselben sind, die den Opfern selbsterklärter Gotteskrieger die Flüchtlingshilfe verwehren wollen.

GASTKOMMENTARE

KOPFTUCH IN SCHULEN?

Wie Kreuz und Kippa

PRO


© Markus Wächter

Thomas Kröter
Dumont-Hauptstadtredaktion

Der Islam gehört zu Deutschland. Nun ist der Satz des früheren Bundespräsident Christian Wulff auch in Karlsruhe angekommen. Mehr als zehn Jahre nach seinem ersten „Kopftuch-Urteil" hat das Bundesverfassungsgericht die Linie seiner Rechtsprechung korrigiert. Wenn religiöse Symbole in Schulen erlaubt sind, dann gilt das nicht nur für das christliche Kreuz und die jüdische Kippa. Auch das Kopftuch gehört zu Deutschland.
Zehn Bundesländer müssen nun ihre Bestimmungen für die Schulen, zum Teil für den gesamten öffentlichen Dienst revidieren. Die Richter haben indes nur den generellen Ausschluss des Kopftuchs untersagt. Ausnahmen sind erlaubt. Heftige Debatten stehen bevor, wann ein Kopftuch oder anderes religiöses Symbol das Zusammenleben in einer Schule oder Behörde stört. Tonlage und Ergebnis werden Aufschluss darüber geben, wie es steht mit Anerkennung und Toleranz in diesem Land.
Die Diskussion, die seit dem Urteil geführt wird, greift jedenfalls zu kurz. Es geht gerade nicht darum, ob die Entscheidung „pro Tuch" die falschen, die dogmatischen Kräfte im Islam stärkt. Denn die Richter haben nicht nur über die Verhüllung des Kopfes weiblicher Amtspersonen entschieden. Sie haben auch die Vorschrift im nordrhein-westfälischen Schulgesetz gekippt, nach der christliche Werte und Traditionen bevorzugt werden sollen. Was heißt das für den üblichen christlichen Religionsunterricht? Welche Folgen hat das für unsere Schulbücher? Darüber müssen wir reden: Christen mit Muslimen, Juden und Vertretern anderer Religionsgemeinschaften, aber auch die Christen untereinander. Und dabei eins bitte nicht vergessen: Unsere Gesellschaft ist längst nicht so christlich, wie sie vorgibt, wenn es um den Islam geht.

Das Urteil spaltet

CONTRA


© Mönch

Regina Mönch
„Frankfurter Allgemeine Zeitung"

Wer sich Fotografien aus den 1970er Jahren anschaut, aufgenommen in Metropolen der islamischen Welt, in Teheran, Bagdad, Kairo, Istanbul, wird nur wenige verschleierte Frauen auf den Straßen entdecken. Das hat sich grundlegend verändert, auch in Deutschland. War das Kopftuch lange vor allem Symbol des politischen Islams, der Unterwerfung unter Regeln der Geschlechtertrennung, soll es jetzt herhalten für außerordentliche Toleranz. Das ist grotesk. Denn was immer die Klägerinnen bewegte, für diese auch im Islam umstrittene „religiöse Bedeckungsregel" zu kämpfen, wichtig ist das Signal, das sie aussenden. Sie betonen ihre kulturelle Differenz, demonstrieren Anderssein. Der Beschluss zielt auf unser Selbstverständnis von der Gleichheit der Geschlechter, von Sittlichkeit, die nicht zur Schau gestellt werden muss, die weder Männern noch Jungen unterstellt, sie sähen in Frauen Objekte ihrer Begierde. Vor allem aber polarisiert er gerade dort, wo für die Integration Millionen Euro ausgeben werden: im bekenntnisfreien Schutzraum Schule.
Er macht es muslimischen Mädchen noch schwerer, frei über ihre Lebensart zu entscheiden. Er bedient die Vorurteile erzkonservativer Patriarchen, die säkulare Lehrerinnen beargwöhnen, wenn sie dafür eintreten, dass auch muslimische Töchter an Klassenfahrten teilnehmen. Und er setzt alle Kinder diesem Diktat aus. Der Beschluss greift also auch in das Erziehungsrecht von Eltern ein, die religiöse Demonstrationen dieser Art missbilligen. Wer kann, wird seine Kinder von solchen Schulen nehmen. Die Spaltung unserer Gesellschaft in die einen und die offensichtlich anderen wird zunehmen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3

Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

»An der Realität vorbei«

CEMILE GIOUSOUF Die Debatte über den Islam wird der Mehrheit der Muslime nicht gerecht, findet die CDU-Abgeordnete

© picture-alliance/dpa

Frau Giousouf, Sie wurden in Leverkusen als Kind von Gastarbeitern geboren, haben studiert und sind nun die erste CDU-Bundestagsabgeordnete muslimischen Glaubens, eine Integrationskarriere wie aus dem Bilderbuch.
Meine Geschichte ist eine von vielen Erfolgsgeschichten, denn Deutschland ist ein Land, in dem der soziale Aufstieg möglich ist. Und in der so genannten Gastarbeitergeneration ist die Bildungsmotivation wegen der Migrationserfahrung besonders groß gewesen. Wie viele Eltern, haben auch meine immer gesagt: Du sollst nicht am Fließband arbeiten, du sollst eine bessere Arbeit haben als wir. Ich persönlich habe in der Schule keine Diskriminierung erlebt. Aber ich habe immer wieder erlebt, wie meine Eltern diskriminiert wurden.

Zum Beispiel?
In verschiedenen Situationen wurde des Öfteren versucht, die Situation auszunutzen, dass sie nicht so gut Deutsch können – sei es bei Behördengängen, beim Arzt oder Arbeitgeber. Ich selbst habe das bei der Wohnungssuche erlebt, dass ich wegen meines Namens anders behandelt werde.

Was zieht eine gläubige Muslimin zur CDU?
Ich habe über viele Menschen die Brücke in die CDU gefunden, bei denen ich gemerkt habe, denen sind gleiche Dinge wichtig: eine gute Familien- oder Arbeitsmarktpolitik aber auch, dass Religion in der Öffentlichkeit seinen Raum hat und nicht ins Private verdrängt wird. In der CDU habe ich viele gläubige Menschen kennengelernt, die mir sehr viel näher waren als solche in Parteien, wo Religion eben eher keine Rolle spielt.

Sie repräsentieren dennoch eine kleine Minderheit innerhalb der Unions-Fraktion. Hat das auch Vorteile?
Na klar hilft dieses Alleinstellungsmerkmal, weil ich CDU-Politik auch in die Communities kommunizieren kann. Aber wenn wir viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für unsere Politik gewinnen wollen, dann reicht es nicht, nur acht Abgeordnete mit Zuwanderungsgeschichte zu haben. Die Gesellschaft hat sich verändert und das müssen wir auch im Bundestag repräsentieren.

In der Öffentlichkeit werden Muslime meistens in Opfer oder Täter kategorisiert. Können Sie verstehen, dass die Mehrheit darauf frustriert reagiert?
Absolut. Wie wir über den Islam sprechen, geht komplett an den Realitäten unseres Landes vorbei. Wir reden häufig davon, dass irgendetwas gescheitert sei, weil der islamistische Extremismus die größte Sicherheitsgefahr ist. Aber diese Verbindung ist komplett falsch. Dieses Land hat es geschafft, über Jahrzehnte unterschiedliche Gruppen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf friedliche Art zu integrieren. Auch die muslimische Community ist sehr heterogen, mit unterschiedlichen Glaubensgraden. Aber wir betrachten immer nur die Randgruppen, indem wir die Extremisten betrachten. Wir müssen vielmehr über die große Mehrheit sprechen – ohne die Probleme des Extremismus zu relativieren.

Andererseits: Tun die muslimischen Verbände genug, um sich von extremistischen Strömungen abzugrenzen?
Ich wünsche mir, dass Muslime sich noch stärker mit dem Problem des Extremismus auseinandersetzen, Konzepte entwickeln und proaktiv auf die aktuellen Fragen reagieren. Sie können nicht so tun, als hätten diese Fragen nichts mit dem Islam zu tun. Andererseits werden auch viele Aktivitäten innerhalb der Community, die sich klar gegen Extremismus engagieren, in der Öffentlichkeit nicht registriert. Die Vernetzung zwischen Medien und diesen neuen Initiativen muss stärker werden, damit sie auch in das politische Blickfeld geraten.

Jugendlicher Dschihadismus ist gerade eines der Top-Themen. Kann man diese Gefahr mit Gesetzen bekämpfen?
Ich glaube auf jeden Fall, dass es hilft, die Ausreisetätigkeit stärker zu kontrollieren, aber es reicht aber bei weitem nicht aus. Wir haben viele Vereinigungen, in denen Jugendliche kriminalisiert werden. Wir brauchen Sozialarbeiter, die diese Jugendlichen frühzeitig abfangen. Wir müssen in den Gefängnissen verhindern, dass dort Inhaftierte radikalisiert werden. Wir müssen in den Schulen aufklären und wir müssen die Lehrer unterstützen, weil sie häufig völlig ohnmächtig diesem Problem gegenüberstehen und wir müssen unsere Imame, die jetzt an Hochschulen ausgebildet werden, in ihrer Rolle stärken, in den Gemeinden aktiv werden zu können. In all diesen Punkten stehen wir ganz am Anfang und haben bislang keine guten Strukturen.

Finden Sie es problematisch, dass Imame aus anderen Ländern nach Deutschland entsandt werden, um hier zu predigen?
Historisch gesehen hatte das zunächst seine Berechtigung, weil sich am Anfang niemand um die Muslime hier gekümmert hat. Und die bisherige Gemeindearbeit ist als Bollwerk gegen Radikalisierung anzuerkennen. Langfristig ist es aber wichtig, dass Imame, die Deutsch sprechen, hier Religion vermitteln und dass nicht die Türkei mit am Tisch sitzt, wenn über muslimisches Leben in Deutschland verhandelt wird.

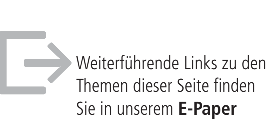
Als Angela Merkel Anfang des Jahres den Satz, der Islam gehöre zu Deutschland, bejahte, ging ein großer Aufschrei durch Ihre Partei. Was reizt Ihre Parteifreunde so daran?
Die Kernaussage des Satzes, dass die Muslime, die Ja zum Grundgesetz und zum Leben in Deutschland sagen, auch zu Deutschland gehören, ist gar nicht umstritten. Ich glaube vielmehr, dass die Frage war, ob damit auch Extremisten zu unseren Reihen gehören. Aber das will auch die Mehrheit der Muslime nicht.

Die Debatte um die Verortung des Islams hat wieder an Fahrt gewonnen. Wie beurteilen Sie das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass ein pauschales Verbot von Kopftüchern an Schulen grundgesetzwidrig ist?
Wir müssen jetzt einen dialogischen Prozess in den Ländern starten, mit Lehrern, Schülern und Eltern. Wir müssen herausfinden, ob die Vermutung stimmt, dass nur durch das Tragen eines Kopftuches ein bestimmter Einfluss auf die Kinder ausgeübt wird. Bislang fehlt da jeglicher Beleg. Oder ob es nicht eher so ist, dass da eine gesellschaftliche Realität in die Klassenzimmer getragen wird, mit der die Schüler weniger Probleme haben als häufig die Eltern, die vielleicht in einer anderen Generation aufgewachsen sind. Diese Prozesse müssen wir miteinander aushandeln. Das können wir. Das haben wir auch als Land immer wieder bewiesen und ich bin optimistisch, dass wir das auch schaffen werden.

Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang den Vorschlag der SPD nach einem neuen Einwanderungsgesetz?
Die CDU hat in den letzten Jahren entschieden die Integrationspolitik in diesem Land gestaltet. Aber wir stellen einfach fest, dass die bürokratischen Hürden bei der Umsetzung vieler Gesetze sehr hoch sind. Wir kriegen nicht die Fachkräfte, die wir weiterhin brauchen. Die Willkommenskultur ist in unseren Behörden ausbaufähig und von Chancengleichheit im Bildungssystem können wir auch noch nicht sprechen. Die Kriegsflüchtlinge, die zu uns kommen und auch hier bleiben werden, müssen wir gut und schnell in unsere Gesellschaft integrieren. Ob es am Ende Einwanderungsgesetz heißen muss, darüber diskutieren wir gerade. Aber wir brauchen auf jeden Fall eine Diskussion, wie wir die Zukunft der Integrationspolitik weiter gestalten.

Das Gespräch führte Claudia Heine.

Cemile Giousouf ist seit 2013 Bundestagsabgeordnete und Integrationsbeauftragte der Union. Die Tochter türkischstämmiger Eltern aus Griechenland ist Vorsitzende des Landesnetzwerkes Integration der CDU Nordrhein-Westfalen.


Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Alevitin: Ekin Deligöz

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Tragen des Kopftuches an deutschen Schulen findet Ekin Deligöz „herausfordernd". Lehrerinnen, so das Gericht, dürften an staatlichen Schulen grundsätzlich aus religiösen Gründen ein Kopftuch tragen. Ein pauschales Verbot sei rechtswidrig. „Das ist kein Ja und auch kein Nein. Es macht die Debatte zu dem, was es ist: nicht zu einer juristischen, sondern zu einer gesellschaftlichen Frage", sagt die Grünen-Abgeordnete. In der Kopftuchfrage hat sich Ekin Deligöz schon 2006 nicht nur Freunde gemacht, als sie via „Bild"-Zeitung an muslimische Frauen appellierte, das Kopftuch als „Symbol der Frauenunterdrückung" abzulegen. Heute sagt sie: „Ich wäre in der Frage gern sehr locker. Schließlich ist es ja eigentlich nicht wichtig, was eine Lehrerin auf dem Kopf trägt." Aber dass die Islamverbände das Urteil bejubeln, mache sie stutzig. „Mir fehlt im Moment das Vertrauen in die Verbände", sagt sie. Als Beleg führt sie eine Begebenheit aus ihrem Wahlkreis Neu-Ulm an. „Mitten in Bayern", so Deligöz, „haben Schüler antisemitische Parolen von sich gegeben." Dies habe eine Lehrerin öffentlich gemacht. „Der örtliche Islam-Verein hatte nicht Besseres zu tun, als die Lehrerin dafür zu kritisieren, statt klarzustellen: Hier haben wir ein ernstes Problem, das wir nur gemeinsam angehen können."
Integration sei schließlich keine Einbahnstraße. „Wir erwarten vom deutschen Staat zu Recht, dass er sich darauf einlässt, dass Muslime ein Teil der Gesellschaft sind. Dafür arbeite auch ich sehr hart", betont sie. „Dann erwarte ich aber, dass sich auch die Migranten darauf einlassen", setzt sie hinzu. Viele Migranten machten diesen Schritt. „Ich erwarte das aber auch von den muslimischen Verbänden", stellt sie klar.
Bei aller Kritik an Islamverbänden und Lehrerinnen mit Kopftüchern: Eines möchte Ekin Deligöz auf gar keinen Fall: Mit Islamkritikern wie Sarrazin oder Pegida „in einen Topf gepackt und in die Ecke gedrängt werden, nur weil ich Probleme benenne".


© privat

»Mit Islamkritikern wie Pegida möchte ich nicht in eine Ecke gedrängt werden, nur weil ich Probleme benenne.«

Viel lieber würde sie ihre Zeit dafür aufwenden, auf die Verbände zuzugehen. „Stattdessen muss ich mich mit dem stumpfen Nationalismus von Pegida auseinandersetzen." Aber auch „leider viel zu oft" den Islam als Glaubensrichtung verteidigen. Nicht zuletzt angesichts der Gräueltaten der Terrorgruppe „Islamischer Staat" (IS). „Die reden nicht im Namen meines Islams und auch nicht im Namen der meisten Muslime", macht sie deutlich. Gewalt lasse sich weder kulturell noch religiös rechtfertigen, sagt sie.
Deligöz selbst ist Alevitin und gehört damit einer liberalen Richtung innerhalb des Islams an. Als sie 1979 als Achtjährige nach Deutschland kam, galten Türken als Gastarbeiter, deren Integration nicht gewünscht war. „Ich kam in eine türkische Schule mit türkischen Lehrern. Angesichts von nur zwei Deutschstunden pro Woche war es gar nicht gewollt, dass wir die Sprache lernen. Wir waren Gäste und sollten gefälligst auch wieder zurückgehen", blickt die Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin zurück.
An der „Türkenschule" habe es sogar eine räumliche Trennung von den deutschen Schülern gegeben. „Zwischen den Pausenbereichen stand ein Zaun", erinnert sie sich und fordert, die Fehler von damals nicht zu wiederholen. Eine Heimat hätten die Migranten in ihrem Herkunftsland nämlich längst nicht mehr. Wenn sie diese auch in Deutschland nicht finden, sei der Zuspruch zu islamischen Vereinen wenig verwunderlich.
Bildung ist aus Sicht von Ekin Deligöz, die seit 1998 im Bundestag sitzt und derzeit dem Haushaltsausschuss angehört, lange Jahre aber auch Bildungs- und Familienpolitik gewesen, der Schlüssel zu allem. „Es ist der einzige Weg für die Migranten, den Aufstieg zu schaffen." Gerade in die schlechten Schulen müsse daher viel investiert werden, „damit sie zu guten Schulen werden". Hinderlich dabei ist aus ihrer Sicht das Kooperationsverbot. „Ein Land, das so auf den Fachkräftemangel hinsteuert, kann sich eigentlich so eine Kleinstaaterei nicht leisten", findet sie. *Götz Hausding*

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. CvD
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), CvD
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
10. April 2015

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4 – 6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71 – 81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71 – 81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Katrin Kortmann
Frankenallee 71 – 81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: katrin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71 – 81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 74
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenservice@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

„Das Parlament" ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament" wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.





Ob die Verbreitung von Papier oder medizinischen Erkenntnissen – in beidem profitierte Europa von arabischen Einflüssen. Auf einer Malerei aus dem 15. Jahrhundert ist der bedeutende islamische Gelehrte Avicenna (2. von rechts) zu sehen. © picture-alliance/akg-images/Westend61

Doppelter Geburtshelfer

MITTELALTER Der Islam gehört zur Geschichte Europas und hat dessen Kultur tiefgreifende Impulse verliehen

Als Herodot im 5. Jahrhundert vor Christus die bewohnten Teile der Erde beschreiben wollte, verzweifelte er an seinen geringen Kenntnissen über Europa, den dritten der Kontinente. Aus der Perspektive eines Griechen gesehen, blieb ihm vor allem der europäische Westen unbestimmt, man wisse nicht einmal, ob die Landmasse im Osten oder Norden vom Wasser umflossen sei. Rund zweitausend Jahre später berichtete ein anderer Grieche von einer Reise durch die nordischen Länder und beschrieb Preußen und Norwegen, Schweden, Livland, das Slawenland mit Lübeck, Dänemark, Island und England. Tatsächlich hatte es fast genau diesen langen Zeitraum gedauert, dass Europa im Ganzen entdeckt und durchdrungen war, eine Leistung vor allem des Mittelalters. Entscheidend war, dass sich von Süden nach Norden die Kirche und nach dem Vorbild Kaiser Konstantins des Großen das christliche Königtum verbreitet hatte.

Die Konzentration Europas auf sich selbst hatten freilich fremde Eroberer erzwungen, Muslime, die schon seit den ersten Jahrzehnten nach dem Tod des Propheten die Einheit der Mittelmeerwelt zerstörten und sich, abgesehen von Nordafrika und Kleinasien, auch in Spanien (seit 711), Sizilien (902) und an der Wolga (um 921) festsetzten. Als sie in späteren Jahrhunderten wieder vertrieben waren, hatten andere ihrer Glaubensbrüder im Osten, besonders auf dem Balkan, neue Herrschaften errichtet und vor allem das Kaiserreich von Byzanz ausgelöscht. Der Islam gehörte also seit seinen Anfängen stets zur Geschichte Europas und hat, ohne ins Herz des Kontinents vorzustoßen, dessen Kultur tiefgreifende Impulse verliehen.

Ohne den Ausgriff der Araber auch im Osten nach Asien hinein wäre dies freilich unmöglich gewesen. Mit dem „islamischen Reich“ war eine riesige Zone für die Verbreitung von Gütern, Ideen und Techniken entstanden, die von China und Indien bis nach England reichte. Die Begegnung von Völkern, Kulturen und Religionen, nicht zuletzt des Islams mit Christentum und Judentum, haben Innovationen und Erfindungen von höchst nachhaltiger Wirkung angeregt.

Im zehnten Jahrhundert übersetzten muslimische Gelehrte den ganzen Aristoteles.

Agrarische Gesellschaften profitieren dabei zunächst durch Verbreitung neuer Kulturpflanzen. So haben die Araber dem Westen aus Indien Reis, Zuckerrohr, Zitrusfrüchte und Baumwolle, aus Persien Auberginen und Artischocken, wohl auch den Spinat, vermittelt. Was in Monsungebieten üppig gedeiht, muss anderswo künstlich bewässert werden, so dass die neuen Pflanzen auch zur technologischen Übernahme beitrugen. Im muslimischen Spanien setzte sich die syrische Irrigation so erfolgreich durch, dass man geradezu von einer „Schöpfradrevolution“ spricht. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität verschaffte Handel und Städtewesen Aufschwung und Wohlstand.

Verbreitung des Papiers Viel einschneidender noch als die Bereicherung des Speisezettels war die Verbreitung des Papiers, das wiederum die Araber durch ihre kriegerischen Begegnungen mit den Chinesen im 7. Jahrhundert kennengelernt und im Kalifat von Bagdad auf Kosten des Papyrus eingeführt hatten. In Europa verdrängte es das Pergament, das für eine Massenproduktion von Schriftgut viel zu teuer war.

Zusammen mit den Pflanzen und den Technologien hatte die Araber selbst aus Asien ein Strom wissenschaftlicher Literatur erreicht. Chinesische Werke waren zwar nicht darunter, dafür aber die reiche Überlieferung Indiens und Persiens, während die Eroberung byzantinischer Städte und Klöster den Muslimen auch Zugang zur antiken Naturwissenschaft und Philosophie der Griechen verschaffte. Angereichert durch die Kommentare und Ergänzungen der Araber floss das gelehrte Wissen aus dem Orient bis zum hohen Mittelalter auch Unteritalien und Spanien zu, wo es adaptiert und weiter bearbeitet wurde. Im Osten wie im Westen entstanden regelrechte Übersetzerkreise, die die ursprünglich fremdsprachigen Abhandlungen den neuen Lesern im Arabischen, Kastilischen/Katalanischen und Lateinischen besser zugänglich machten. In Bagdad rezipierten muslimische Gelehrte beispielsweise im frühen 9. Jahrhundert die indische Mathematik einschließlich der indischen – später arabisch genannten – Zahlen. In der Philosophie waren sie so gründlich, dass sie im 10. Jahrhundert den ganzen Aristoteles übersetzten und von Platon einige Dialoge in arabischer Sprache hatten. Von den Medizinern Hippokrates und Galen erstrebten sie erschöpfende Textcorpora in ihrer eigenen Sprache, in den Naturwissenschaften schätzten sie Euklid, Archimedes und Ptolemaios. Wiederum ging die Aneignung antiker Texte mit der Abfassung eigener Traktate einher.

Mobile Gelehrte Spätestens in der Mitte des 11. Jahrhunderts ging das „goldene Zeitalter“ der islamischen Kultur in Bagdad zu Ende. Zur gleichen Zeit hatten die von Arabern übersetzten, kommentierten und selbstständig fortentwickelten Lehren griechischer und fernöstlicher Gelehrsamkeit das Interesse der westeuropäischen Gelehrten geweckt. Im muslimischen Spanien bildeten die Fremdgläubigen Schulen aus, die sich auf bestimmte Fächer oder Gebiete konzentrierten. (siehe auch Beitrag unten) Im Allgemeinen betätigten sich die Gelehrten zugleich als Philosophen, Theologen, Naturwissenschaftler und sogar Poeten. Unerfüllter Erkenntnistrieb machte sie auch mobil, so dass sie „aus Liebe zur Wissenschaft“ in den Orient reisten und dabei bis zum mongolischen Observatorium in Aserbaidschan vorstießen. Andererseits verbreitete sich der Ruhm der arabischen Wissenschaften in Spanien bis nach England. Junge Schüler zogen beispielsweise, um „die Studien der Araber zu durchdringen“, nach Südeuropa und von dort weiter bis nach Antiochien in Syrien. So kamen sie mit der modernen Mathematik in Berührung, übersetzten erstmals die „Elemente“ des antiken Euklid vollständig vom Arabischen ins Lateinische oder verfassten eigene Abhandlungen wie zum Beispiel über die mathematisch-astronomischen Geräte Abakus und Astrolab.

So wenig über den Lebensweg der Wissbegierigen meistens bekannt ist, lässt sich erkennen, dass sie im Übrigen aus vielen Ländern des westlichen Europas kamen, darunter wohl auch aus dem römisch-deutschen Reich. Ähnlich wie in Spanien förderten auch in Sizilien christliche Herren, wie der Normanne Roger II. oder der Staufer Friedrich II., die Wissenschaft. Pilger nach Santiago de Compostela oder nach Rom und sonstige Reisende verbreiteten den Ruhm der neuen Wissenschaft und die Kenntnis der latinisierten Schriften der Griechen und Araber im ganzen Westen. Besonders in den französischen Kathedralschulen, die ihrerseits Studierende auch aus Deutschland anzogen, blühte die Gelehrsamkeit auf. In Chartres beispielsweise konnten die lateinischen Dichter und Schriftsteller der Antike ebenso studiert werden wie die griechisch-römischen Philosophen und Naturwissenschaftler.

Der Ruhm der arabischen Wissenschaften reichte bis nach England.

Die verschlossene Universität Nicht zuletzt erregten aber die muslimischen Autoren selbst Aufmerksamkeit, denn die Araber galten als „die Philosophen“ schlechthin. Avicenna, Arzt, Physiker, Philosoph, Jurist, Mathematiker, Astronom und Alchemist aus Persien, stand als Autorität neben Aristoteles. Indem sie den Lateinern eine völlig neue Grundlage der Wissenschaft zugänglich machten, wurden die Araber nach ihren militärischen Eroberungen auf wissenschaftlichem Gebiet im hohen Mittelalter zum zweiten Mal zu Geburtshelfern Europas. Der Ort, an dem die Wissenschaft jetzt zur Entfaltung kommen sollte, war freilich eine rein lateinische Einrichtung: die Universität. Ob in Paris, Bologna oder in Oxford, wurden hier jedoch Muslime und Juden fast vollständig ausgeschlossen. Das gemeinsame Bemühen von Angehörigen dreier Religionen um das rechte Verständnis der alten griechischen und neuen arabischen Texte im 12. oder auch im 13. Jahrhundert hatte keine transkulturelle Arbeitsform von Dauer begründet.

Michael Borgolte

Der Autor ist Professor für die Geschichte des Mittelalters an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Den Reis brachten die Araber aus Indien nach Europa. © picture-alliance/Robert Harding

Spuren islamischer Herrschaft zeigen sich noch heute

GESCHICHTE Jahrhunderte muslimischer Vergangenheit prägten die iberische Halbinsel ebenso wie den Balkan

Die Geschichte des Islam in Europa ist mit Spanien, arabisch Al-Andalus, und dem Osmanischen Reich verknüpft. Die Iberische Halbinsel war acht Jahrhunderte lang fast ganz oder in Teilen „maurisch“, bevor die christliche Reconquista 1492 mit dem Sieg der beiden katholischen Majestäten Ferdinand und Isabella über Boabdil, den letzten Herrscher Granadas, vollendet wurde; und die türkischen Sultane herrschten fast 600 Jahre lang, bis 1912, über den größten Teil der Balkanhalbinsel. Bis heute zeigt Spanien architektonische und kulturelle Spuren dieser muslimischen Vergangenheit, bis hinein in die Sprache, Mentalität und Denkweise der Bevölkerung. Ähnliches gilt für die Völker des Balkans, die zum großen Teil christlichen Konfessionen angehören.

Man versteht, dass die Muslime diese Epochen in der Rückschau anders bewerten als ihre vormals christlichen „Untertanen“. Während die Balkanvölker diese Epoche bis heute als „Türkenjoch“ (Turkokratia) verdammen, weisen die Türken auf das hohe Maß an Selbständigkeit hin, das der osmanische Staat den christlichen und jüdischen Untertanen gewährte. In Spanien galt es lange Zeit als ausgemacht, dass die moderne Nation sich im Widerstand gegen die muslimische Herrschaft herausgebildet habe; diese Theorie vertrat vor allem der Historiker Sanchez-Albornoz. Heute ist das Urteil differenzierter: Nicht zuletzt dank den Arbeiten von Americo Castro sieht man jetzt Spanien als eine Synthese iberisch-christlicher und muslimischer Elemente, die hier und da auch zu Bewunderung Anlass gibt, insbesondere in Andalusien, dem südlichsten Landesteil, der am längsten von den „Moros“ geprägt wurde.

Die Frage, wie tolerant der Islam in Spanien und im Osmanischen Reich war, ist nur differenziert zu beantworten. Das islamische Recht sieht in Juden und Christen verwandte Monotheisten und bezeichnet sie als „Leute des Buches“ (ahl al-kitab), das heißt Besitzer einer heiligen Schrift. Judentum und Christentum gelten als Vorläuferreligionen des Islams, ihre Anhänger als „Schutzbefohlene“ (ahl al-dhimma). Gegen Zahlung einer Kopfsteuer waren sie vom Kriegsdienst befreit und konnten ihren Ritus pflegen, ihre religiösen Oberhäupter bestimmen und viele rechtliche Angelegenheiten selbst regeln. Dennoch waren sie nie mit den Muslimen gleichberechtigt, da sie einer Reihe von Nachteilen und diskriminierenden Bestimmungen in der Öffentlichkeit unterworfen blieben.

Insbesondere unter der glanzvollen Herrschaft der Omajjaden im 9. und 10. Jahrhundert kam es in Andalus zu jener „Convivencia“ der drei Buchreligionen, die manchen bis heute Bewunderung abnötigt. Jüdische und christliche Gelehrte oder Dichter wetteiferten mit Muslimen, die arabische Sprache war ihr gemeinsames Verständigungsmittel. Ideal freilich waren die Verhältnisse zu keiner Zeit. Nach 1031, als die zentrale Macht in Kleinfürstentümer zersplitterte, kam es zu Pogromen, und auch unter den späten andalusischen Dynastien, die dem Druck der Reconquista ausgesetzt waren, beendete der Fundamentalismus etwa der Almohaden die convivencia. So musste der jüdische Philosoph Maimonides, geboren zu Córdoba, Spanien verlassen; er ging nach Ägypten.



© picture alliance / blickwinkel/McPHOTO

Kleinod islamischen Erbes: der Löwenhof der Alhambra im spanischen Granada

Im Osmanischen Reich wurde das System der Schutzbefohlenen perfektioniert. Das sogenannte Millet-System gestand den religiösen Minderheitwen eine recht große Autonomie zu; sie konnte so weit gehen wie im Fall der Phanarioten, der Griechen aus dem Istanbuler Phanar-Viertel, die im Namen des Sultans die Donaufürstentümer verwalteten. In der Meritokratie dieses Staates konnten fähige Leute aller Ethnien alles werden, sofern sie zum Islam übertraten. Doch auch wenn sie bei ihrem Glauben blieben, war ihr Leben in der Regel leichter als etwa das der Juden im christlichen Europa. So spricht es Bände, dass die Juden nach dem Fall Granadas nicht in das christlich beherrschte Spanien übersiedelten, sondern in das Osmanische Reich. Dort konnten sie blühende Gemeinden bilden, etwa in Saloniki. Vor allem christliche Armenier und Griechen bildeten das wirtschaftliche Rückgrat des Imperiums, während Muslime die Geistlichen, Soldaten und Beamten stellten. Als das riesige Reich schwächelte, als die „orientalische Frage“ nach dem erfolgreichen Aufstand der Griechen (1821-1830) immer drängender wurde und die westlichen Mächte das Reich in die Zange nahmen, gerieten die Minderheiten stärker unter Druck, kam es zu Katastrophen. In diesem Jahr jähren sich die Massaker des jungtürkischen Regimes an den Armeniern zum 100. Mal.

Muslime leben auch heute auf dem Balkan. Während in Bosnien-Herzegowina ein durchaus selbstbewusster „Euro-Islam“ im Aufwind ist, sind die albanischen Muslime in Albanien, im Kosovo oder in Mazedonien eher lax in ihrer religiösen Ausrichtung. Auch die bulgarischen Muslime und die türkische Minderheit im griechischen Thrakien sind Relikte der osmanischen Geschichte.

Wolfgang Günter Lerch

Der Autor lebt als freier Journalist und Orientalist in Neu-Isenburg.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



ANFÄNGE DES ISLAMS

Die islamische Geschichte ist lang und vielschichtig, daher hier nur eine kurze Übersicht der wichtigsten Stationen der Frühgeschichte.

Zu Mohammeds Lebzeiten

Zirka 570 Mohammed wird in Mekka geboren.
Zirka 609 Mohammed hat Visionen der göttlichen Offenbarung
622 Mohammed und seine Anhänger ziehen aus nach Medina. Die islamische Zeitrechnung beginnt.
623-630 Diverse Feldzüge gegen Mekka, schließlich wird Mekka an Mohammed übergeben.
632 Mohammed stirbt in Medina und hinterlässt eine Tochter, Fatima.

Die vier Kalifen

632-661 Nach dem Tod des Propheten beginnt die sogenannte Ära der rechtsgeleiteten Kalifen: Abu Bakr (632-634), Umar ibn al-Chattab (634-644), Uthman ibn Affan (644-656) und Ali ibn Abi Talib (656-661).
635 Arabische Heere erobern Damaskus
638 … und Jerusalem
642 … und Alexandria.
651 Erste Welle der Expansion ebbt ab.

Spaltung

656 Kamel-Schlacht zwischen Kalif Alis Truppen und Muawiyas, Spaltung der Gemeinde setzt ein (siehe Text unten).
660 Muawiya ruft in Damaskus ein Gegen-Kalifat aus.
661 Ali wird ermordet.

Umayyaden

661-750 Das von Muawiya begründete Kalifat der Umayyaden regiert über die arabische Welt. Die Dynastie stellt in Damaskus insgesamt 14 Kalifen.
679 Frieden mit dem Oströmischen Reich, nach Feldzügen gen Kleinasien und Konstantinopel.
680 Schlacht von Kerbela, innerislamische Auseinandersetzungen dauern bis zirka 692 an.
705-715 Unter dem Reigen von Al-Walid I. beginnt eine zweite Phase der Expansion. Muslime erobern die iberische Halbinsel und stoßen bis nach Indien vor.

Abbasiden

750 Die Abbasiden vertreiben die Umayyaden. Sie regieren bis 1258, Bagdad wird zum neuen Zentrum des Reiches. Nachfolger der Umayyaden errichten zunächst das Emirat von Córdoba (756-929), dann das Kalifat von Córdoba (929-1031). *scr*

Die fünf Säulen des Islams

Der Islam, seine Bräuche, Riten und Traditionen sind bunt und vielfältig. Doch die sogenannten fünf Säulen des Islams sind ein Grundkonsens. Sie zu achten, ist eine Pflicht für alle gläubigen Muslime.

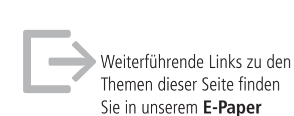
Das **Glaubensbekenntnis („Shahada“)** ist zentraler Ausdruck des Glaubens. Mit der Formel „la illaha illa Allah“ (Es gibt keinen Gott außer Gott) und „Muhammad rasul Allah“ (Mohammed ist der Prophet Gottes) bekennen sich die Gläubigen zum Islam.

Das **Gebet („Salat“)** gehört ebenfalls zu den Pflichten der Gläubigen. Nach islamischer Tradition soll jeder volljährige Muslim fünfmal am Tag zu bestimmten Zeiten beten. Die Gebetsrichtung ist dabei die Kaaba in Mekka. Insbesondere das Mittagsgebet am Freitag ist von besonderer Bedeutung, da hier auch eine Predigt vorgesehen ist.

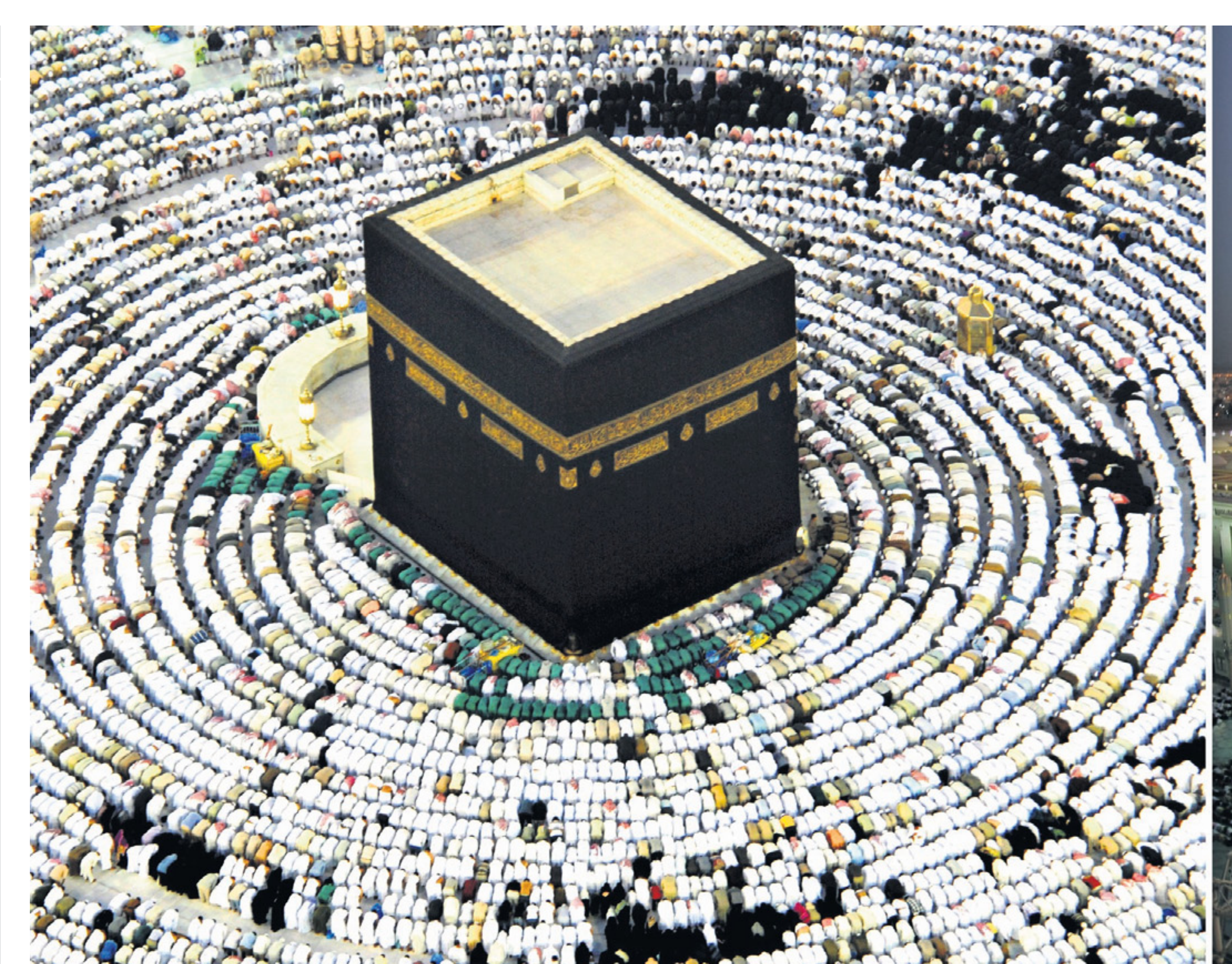
Beim **Fasten („Saum“)** während des Monats Ramadan verzichten die Gläubigen auf Nahrungs- und Genussmittel zwischen Morgendämmerung und Sonnenuntergang. Ausnahmen sind für Schwangere, Kranke und Kinder gestattet.

Die **Almosenabgabe („Zakat“)** sieht vor, dass die Gläubigen einen Teil ihres Besitzes für bedürftige Menschen aufgeben. In manchen islamischen Staaten wird Zakat wie eine tatsächliche Steuer behandelt, anderswo gilt das Freiwilligkeitsprinzip.

Die **Pilgerfahrt („Haddsch“)** soll ein Muslim einmal im Leben absolvieren. Ziel sind dabei die heiligen Stätten in Mekka in Saudi-Arabien. *scr*




Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**




Mit der Flucht des Propheten nach Medina (rechts) begann 622 die islamische Zeitrechnung. Einige Jahre und mehrere Feldzüge später kehrte Mohammed in seine Geburtsstadt Mekka zurück. Die dort stehende Kaaba (links) ist das zentrale Heiligtum des Islams.

© picture-alliance/dpa/AFP Creative

Der Zufall half mit

ISLAMISCHE FRÜHGESCHICHTE Von Mekka nach Medina, wieder zurück und dann raus in die Welt

Eine solche Expansion hatte es in der Geschichte bisher so nicht gegeben. Innerhalb von rund 100 Jahren nach dem Tod des Propheten Mohammed um das Jahr 632 hatte der von ihm verkündete Islam sein Herrschaftsgebiet massiv ausgeweitet (siehe Leiste links oben). Ausgehend vom heutigen Saudi-Arabien war es den arabischen Armeen gelungen, im Osten bis nach Indien und im Westen bis auf die Iberische Halbinsel vorzustoßen. Was sich im Nachhinein als eine Erfolgsgeschichte liest, ist jedoch zu einem beträchtlichen Teil diversen Zufällen der Geschichte geschuldet.

Als Mohammed zu Anfang des 7. Jahrhunderts in Mekka als Prophet auftrat und seine Mitmenschen zur Umkehr und zum Glauben an den einen Gott aufrief, deutete zunächst wenig darauf hin, dass diese Botschaft auf fruchtbaren Boden fallen würde. Seine Stammesgenossen, die im Wesentlichen die Bevölkerung Mekkas im heutigen Saudi-Arabien ausmachten, hörten seine Botschaft zwar zunächst mit Interesse und Neugier; einige wenige schlossen sich ihm auch an. Als Mohammed jedoch begann, sich gegen die althergebrachten Stammesgötter und -sitten zu wenden, brachen sie mit ihm. Er und seine Anhänger wurden isoliert. Aus Stammesräson war das nachvollziehbar: Der Stamm profitierte von der Pilgerfahrt zum lokalen Heiligtum, der Kaaba, die damals noch eng mit den alten Stammesgöttern verbunden war. Mit den Verkündigungen Mohammeds drohten daher Ansehen und Einnahmequellen des Stammes empfindlich zu leiden.

Flucht aus Mekka Diese Opposition wurde gefährlich für Mohammed und seine Anhänger. Sie flüchteten nach Medina – ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte des Islams, der den Beginn der islamischen Zeitrechnung markiert. Die Rahmenbedingungen in Medina unterschieden sich fundamental von der Situation in Mekka. Medina war von mehreren Stämmen bevölkert, von denen sich einige in einem anhaltenden Konflikt befanden. Zudem gab es in der Stadt eine starke jüdische Präsenz; monotheistisches Gedankengut war den Medinensern also vertraut. Aufgrund der inneren Streitigkeiten war die Bevölkerung bereit, eine neue Gesellschaftsordnung mitzutragen, deren wichtigster Bezugspunkt nicht länger der Stamm war. Stattdessen wurden „Gott und Mohammed“ als letzte Instanz in Konflikten akzeptiert. Dies hatte eine gewisse Vormachtstellung der neuen Religion zur Folge, ohne dass damit notwendigerweise eine Konversion der Bevölkerung einherging. Allerdings wird die klare Botschaft eines sich offenbarenden Gottes auch eine große Faszination ausgeübt haben.

Das neue Ordnungsprinzip mit dem Islam als zentralem Bezugspunkt, das zunächst neben die hergebrachten Stammesloyalitäten trat und diese allmählich in den Hintergrund drängte (ohne sie jedoch je gänzlich abzulösen), erwies sich als entscheidend für den Erfolg des Islams. So wurden mit der Zeit immer mehr der von Mohammed verkündeten Regeln verbindlich für die gesamte Gemeinschaft. Zudem bedeutete die übergeordnete göttliche Autorität, dass unter dem Islam geschlossene Bündnisse auch über den Tod Mohammeds hinaus Gültigkeit beanspruchen konnten.

Eine weitere wichtige Entwicklung stellt die schrittweise Distanzierung des Propheten vom Judentum dar, ausgelöst wohl durch die ausbleibende Akzeptanz Mohammeds als Prophet bei den jüdischen Stämmen. In Folge dessen änderte sich zum Beispiel die Gebetsrichtung: Beteten die frühen Muslime erst gen Jerusalem, richteten sie sich danach nach Mekka. Bereits vor seiner Flucht hatte Mohammed die Kaaba als abrahimitisches Heiligtum gesehen, nun wurde sie zentraler Bezugspunkt des Islams. Mohammed und seine Anhänger waren auch militärisch aktiv. Hauptzielpunkte waren dabei Mohammeds Stamm und seine Heimatstadt Mekka, die er nach mehreren kriegerischen Auseinandersetzungen schließlich kampflos einnehmen konnte.

> **Die islamische Tradition idealisierte das Leben Mohammeds stark.**

Einige der Grundlagen, die Mohammed gelegt hatte, waren auch für den Erfolg der islamischen Eroberungen nach seinem Tod von Bedeutung. Auch hier war das glückliche Zusammenspiel zahlreicher Faktoren entscheidend. Die Einigung der Stämme unter dem Dach des Islam half dabei, Kräfte zu bündeln und einem gemeinsamen Ziel unterzuordnen. Das muslimische Bewusstsein von der göttlichen Unterstützung der Eroberungen, bestärkt durch frühe Erfolge, darf dabei ebenfalls nicht unterschätzt werden. Die Möglichkeit des Zusammenlebens mit Nichtmuslimen ohne den Zwang zur Konversion war durch das Beispiel Mohammeds ebenso legitimiert wie der Einsatz von Gewalt zur Verbreitung des Herrschaftsbereiches. Weitere Erfolgsfaktoren waren unter anderem die Mobilität der muslimischen Streitkräfte sowie die Flexibilität der Eroberer beim Aushandeln von Verträgen mit der lokalen Bevölkerung, die zudem teilweise die Muslime aktiv gegen die bisherigen Machthaber unterstützten. Hilfreich war zudem, dass die gegnerischen Armeen der Perser und Byzantiner sich in jahrelangen Kriegen aufgerieben hatten.

Neue Ordnung Die Erfolge des Propheten im kleinen und die Expansion im großen Maßstab betrafen vor allem die Durchsetzung einer neuen Gesellschaftsordnung und weniger den religiösen Bereich. Zwar wurden auch die Grundlagen der neuen Religion bereits zu Mohammeds Lebzeiten gelegt, in einer engen Auseinandersetzung mit spätantikem, jüdisch und christlich geprägtem Gedankengut. Die konkrete Ausgestaltung erfolgte jedoch erst in den nächsten zwei bis drei Jahrhunderten in internen Kontroversen, aber auch im Kontakt mit den verschiedenen nichtmuslimischen Gruppen, die noch über Jahrhunderte die Mehrheit in den meisten Gebieten des islamischen Herrschaftsbereiches bildeten. In dieser Zeit entwickelte sich auch eines der prägenden Merkmale der islamischen Religion und vor allem des islamischen Rechts, nämlich die innere Vielfalt, die unterschiedliche, ja sich widersprechende Auslegungen als gleichermaßen islamisch nebeneinander anerkennt.

Die spätere muslimische Tradition hat die Frühzeit und insbesondere das Leben Mohammeds stark idealisiert und heilsgeschichtlich überprägt. Spätere religiöse und rechtliche Bestimmungen sollten so bereits auf Mohammed zurückgeführt werden. Was sich in der Tradition als lineare Entwicklung mit einem Beginn bei Mohammed liest, war jedoch ein langwieriger und von inneren Auseinandersetzungen geprägter Prozess, dessen Spuren sich in der Vielfalt der religiösen, rechtlichen und theologischen Traditionen des Islam bis heute erkennen lassen. *Andreas Görke*

Der Autor ist Islamwissenschaftler und lehrt an der Universität Edinburgh.

Von Kamel-Schlachten und Büßern

VIELFÄLTIGE GRUPPEN Der Trennung von Schiiten und Sunniten ging eine politische Auseinandersetzung voraus

Üblicherweise werden Muslime in Schiiten und Sunniten eingeteilt. Sunniten, so weiß man, repräsentieren den Mehrheits-Islam, während Schiiten etwa zwölf Prozent aller Muslime ausmachen. Eine solche bipolare Einteilung ist allerdings stark vereinfachend. Als Analysekategorie ist sie nur von geringem Wert. Das gilt nicht nur für die politischen Ereignisse unserer Tage im Irak oder im Jemen, sondern spiegelt sich auch in historischen Entwicklungen wider.

Betrachtet man die Geschichte islamischgeprägter Gesellschaften, so muss sie als eine Geschichte zahlreicher, zum Teil miteinander konkurrierender politischer, theologischer oder ethnischer Gruppen angesehen werden. Selbst eine zeitweise dominierende Stellung einer Gruppe in den Bereichen Herrschaft oder Religion führte nie zur vollständigen Verdrängung oder Eingliederung anderer Gruppen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Entwicklung schiitischer Gruppen zu sehen. Die Schiat Ali, wörtlich: die Partei Alis, wird zum ersten Mal in historischen Quellen im Zusammenhang mit dem politischen Konflikt um die Nachfolge Uthmans (reg. 644-656) erwähnt, der die muslimische Gemeinde nach Mohammeds Tod als dritter Kalif geführt hat. Die „Partei Alis“ unterstützte die Kandidatur Ali ibn Abi Talibs, des Cousin und Schwiegersohn Mohammeds, während andere Gruppen für andere Kandidaten eintraten. Ali und seine Anhänger, deren Hausmacht im Südirak war, besiegten eine konkurrierende Gruppe in der sogenannten Kamel-Schlacht, unterwarfen sich aber später einem Schiedsgerichtsverfahren. Das Gericht entschied zugunsten von Alis Kontrahenten Muawiya. Ali, der das Urteil nicht anerkannte, wurde wenig später ermordet. Seine Anhänger gaben ihren politischen Kampf jedoch nicht auf und hoben etwa drei Jahrzehnte später Alis zweitältesten Sohn, al-Husain, als neuen politischen Führer auf den Schild. Als dieser sich 680 von Medina auf den Weg zu seinen Anhängern in den Südirak machte, wurde er auf Befehl vom amtierenden Umayyaden-Kalifen Yazid bei Kerbela angegriffen und, ohne dass ihm einer seiner Anhänger zu Hilfe kam, getötet.



Blutiges Spektakel: Schiitische Passionsprozession in Bahrain 2012

© picture alliance / ZUMA Press

Unterschiede Zu diesem Zeitpunkt bestanden noch keine theologischen Unterschiede zwischen den Konfliktparteien. Das sollte sich jedoch nach dem Tode al-Husains ändern. Denn im südirakischen Kufa bildete sich unter den Anhängern al-Husains eine Gruppe heraus, die sich „die Büßer“ nannten. Diese Leute wollten ihr Versagen, al-Husain nicht zu Hilfe gekommen zu sein, dadurch büßen, dass sie sich im Kampf opferten. Eine kleine Gruppe „der Büßer“ zog ohne weitere politische Ziele 684 aus Kufa Richtung Norden und wurde von den dort stationierten Truppen des Umayyaden-Kalifen niedergemetzelt. So entstand neben anderen sich langsam herausbildenden religiösen (später als sunnitisch bezeichneten) Gruppen in Medina und Damaskus eine religiöse Bewegung in Kufa, welche die Keimzelle zahlreicher späterer schiitischer Gruppen bildete.

Diese schiitischen Gruppen waren sich darüber uneinig, welchen Grad des politischen Aktivismus sie an den Tag legen und wer der richtige politisch-religiöse Führer nach al-Husain sein sollte. Ein Enkel al-Husains namens Zaid beispielsweise entschied sich 740 für den Kampf. Obwohl er dabei zu Tode kam, etablierten sich seine Anhänger als eigenständige schiitische Gruppe im Jemen, die sogenannten Zaidiyya, mit eigenen politischen und theologischen Vorstellungen.

Dschafar as-Sadiq, ein Ur-Enkel al-Husains, hingegen versagte sich politischen Bestrebungen und beschäftigte sich in Medina zusammen mit Gelehrten, an denen sich spätere sunnitische Gruppen orientierten, mit Überlieferungen über den Propheten Muhammad und mit Fragen des islamischen Rechts. Dschafars Rechtsauffassungen wurden von zeitgenössischen und späteren Anhänger als schiitisch rezipiert. Der politische Zerfall des (sunnitischen) Reiches der abbasidischen Kalifen ermöglichte die Entstehung zweier schiitischer Gruppen mit eigenen theologischen und politischen Vorstellungen, die sich auf die beiden Söhne Dschafars, Ismail und Musa, zurückführten. Aus der Gruppe um Ismail gingen die sogenannten Ismailiten hervor, die ab dem 10. Jahrhundert über weite Teile Nordafrikas und Ägyptens herrschten. Aus den Anhängern Musas entwickelten sich die späteren Zwölfer-Schiiten, die zahlreiche Gemeinden im Irak und ab dem 16. Jahrhundert auch in Iran hatten, wo sie sunnitische Gruppen nach und nach verdrängten. Die zwölfer-schiitischen Gelehrten entwickelten in Bagdad beziehungsweise in Hilla ihre zentralen theologischen Positionen, etwa den Imam- beziehungsweise Mahdi-Glauben, die Stellvertreterschaft der Gelehrten und die nicht zu hinterfragende Befolgung der Gelehrtenmeinungen durch die Gläubigen. Sie waren es auch, die (spätestens) im 10. Jahrhundert die Bußprozessionen und die Passionsspiele in Erinnerung an al-Husain eingeführt hatten. Diese Prozesse geschahen parallel zu denjenigen der sich entwickelnden sunnitischen Gruppen.

Das bedeutet, dass sich die Trennung zwischen schiitischen und sunnitischen Gruppen zwar an einem politischen Ereignis entzündet hat, deren Ausdifferenzierung de facto aber einen Prozess darstellt, der mehrere Jahrhunderte angedauert hat. Diese Gruppen stellten somit nie die heute so gern zitierten Einheiten „Schiiten“ beziehungsweise „Sunniten“ dar, sondern zerfielen immer in verschiedene Gruppierungen, die miteinander sowohl im Austausch als auch im Konflikt standen. *Jens Scheiner*

Der Autor ist Islamwissenschaftler und Historiker und am Courant Forschungszentrum EDRIS der Universität Göttingen als Juniorprofessor beschäftigt.

Die Umklammerung

DISPUT Die islamistische Idee der Einheit von Staat und Religion verstört säkulare Gesellschaften



Scharia-Polizei im Einsatz: Die Ordnungshüter prüfen bei einer Kontrolle im indonesischen Banda Aceh bei Frauen die Einhaltung strenger Kleidungsvorschriften. © picture-alliance/dpa

Was ist ein islamischer Staat? Verträgt sich der Islam als Religion mit einer modernen säkularen Rechtsordnung? Und kann ein islamischer Staat überhaupt säkular sein? Solche Fragen stehen im Zentrum gegenwärtiger Debatten über das Verhältnis von Islam, Politik und Recht. Diese Diskussionen werden sowohl von Muslimen als auch von Nicht-Muslimen geführt. Die scheinbar klarsten Antworten, die medial die größte Aufmerksamkeit bekommen, liefern zum einen Islamisten und Salafisten, zum anderen die so genannten Islamkritiker. Sie alle sind sich darin einig, dass der Islam und der säkulare Staat nicht zusammenpassen. Doch wie begründen sie das?

Islamisten verstehen den Islam als Ideologie zur Veränderung der Gegenwart. Salafisten beziehen sich auf das Vorbild der ersten drei Generationen der Muslime, die verehrungswürdigen Vorfahren (arabisch salaf, im Plural aslaf), die nach ihrer Meinung ein Staats- und Gesellschaftsmodell für die Gegenwart darstellen, bei dem Religion, Staat, Politik und Moral eins sein sollen. Die salafistische Lesart geht in ihrer Absolutheit und Härte über die muslimische Tradition hinaus, in der ebenfalls der Prophet Mohammed und die frühen Muslime als Vorbilder gelten. Sowohl Islamisten als auch Salafisten betonen zumeist, dass der Islam nicht mit dem säkularen, „westlichen" Staat vereinbar ist. Dagegen stellen sie die Vorstellung eines idealen islamischen Staates, in dem die Sittlichkeit der Gemeinschaft gewährleistet sein soll. Dieses Ideal ist für sie wiederum gewissermaßen direkt abrufbar aus einem als zeitlos verstanden Normensystem Islam.

Differenzierungen ausgeblendet Dieses Bild eines zeitlosen Islams deckt sich weitgehend mit dem der Islamkritiker. Diese nehmen für sich zumeist in Anspruch, Kritik am Islam im Namen der westlichen Aufklärung zu betreiben. Wie Islamisten und Salafisten halten sie den Islam in seiner derzeitigen Form und den modernen säkularen Staat für unvereinbar. So sei der Islam nicht wie das Christentum und das Judentum durch die Aufklärung gegangen, sei nicht individualistisch ausgerichtet und führe mit seinem absoluten Geltungsanspruch und dem Fehlen einer Trennung von Religion und Politik quasi notwendig zu einer Theokratie und zur Gewalt. Es ist bezeichnend, dass alle drei Gruppen – Islamisten, Salafisten und Islamkritiker – vom Islam und dem modernen säkularen Staat als etwas reden, das sie genau und mit absoluter Gewissheit kennen.

Wer sich mit solchen schematischen Antworten nicht ganz so schnell zufrieden geben möchte, muss sich fragen, ob Islamisten, Salafisten und Islamkritiker uns wirklich alles über den Islam und sein Verhältnis zu modernem Staat und modernen Recht sagen können, was zu sagen ist. Schon ein kursorischer Blick auf Gegenwart und Geschichte von Muslimen in mehrheitlich muslimischen und nicht-muslimischen Gesellschaften zeigt, dass dem nicht so ist. Islamisten, Salafisten und Islamkritiker müssen sehr viele Details und Differenzierungen ausblenden, um ihr scheinbar eindeutiges Bild eines unwandelbaren Islams und seiner völligen Unvereinbarkeit mit dem säkularen Staat aufrechterhalten zu können.

Erstens wäre endgültig die Idee aufzugeben, die islamische Geschichte habe keinerlei Unterscheidung von Religion und Politik gekannt. Diese Vorstellung über die Geschichte des Islams hält sich hartnäckig, auch wenn sie ungefähr so plausibel ist wie die Annahme, dass die Geschichte des Papsttums allein aus religiösen Beweggründen heraus zu verstehen wäre. Niemand würde hier behaupten, dass es Politik in diesem Fall einfach nicht gab. Die faktische Existenz von Politik als einer genuinen Dimension der islamischen Geschichte ist bereits in der abwertenden Rede von der „orientalischen Despotie" enthalten. Doch immer wieder ist die Geschichte der Muslime gedeutet worden, als ob sie durch einen unwandelbaren Islam, gleichsam als gesteuerte Automaten, bestimmt gewesen seien und noch immer sind. Dieses Bild von Geschichte ist so absurd wie die Schreckbilder, die die liberale Religionskritik im 19. Jahrhundert vom Katholizismus zeichnete. Zahllose Untersuchungen zeigen dagegen eindrücklich, dass Religion und Politik in islamisch geprägten Reichen nicht mehr und nicht weniger aufeinander bezogen waren als im mittelalterlichen und neuzeitlichen Westeuropa.

Der islamische Staat war eine Institution, um Ordnung und Sicherheit zu garantieren, damit die Gläubigen ihren religiösen Pflichten nachkommen konnten. Entscheidend war in der Theorie das Gesetz das Wort Gottes, weshalb der islamische Staat, so der Politologe Nazih Ayubi, weder eine Theokratie noch ein Autokratie war, sondern eine Nomokratie. Doch war das islamische Kalifat (arabisch für Nachfolge und Stellvertretung des Propheten) auch eine politische Institution. Allein unter dem Propheten Mohammed konnten Religion und Staat als vereint gelten. Spätere Herrscher bedienten sich der Religion zur Legitimation der eigenen Herrschaft und versuchten, die Religions- und Rechtsgelehrten zu kontrollieren. Manche muslimische Stimmen verweisen darauf, dass es im Grunde überhaupt nie einen islamischen Staat gegeben hat, weil er ein utopisches Ideal bezeichnet, an dem sich das Handeln der Muslime ausrichten soll, ohne das Menschen dieses Ideal je vollständig erreichen könnten.

Heutzutage leben Muslime faktisch in ganz unterschiedlichen, auch säkularen politischen Systemen. In vorwiegend muslimisch geprägten Gesellschaften finden sich verschiedene Formen der Monarchie wie Saudi-Arabien, Jordanien und dem besonderen Fall Marokko, wo der König religiöse Autorität beansprucht, Diktaturen wie Syrien oder dem „Islamischen Staat" (IS), autoritäre Regime wie Ägypten und schließlich Demokratien wie Tunesien, Indonesien und Indien. Ebenso wäre hier an Muslime in den westlichen Demokratien wie Deutschland und denen der EU sowie den USA zu denken. Mehrere moderne Entwicklungen haben die Bedingungen dafür verändert, wie der Islam heutzutage begriffen werden kann: Die Einteilung der Welt in Nationalstaaten bedeutete einen Bruch mit älteren politischen Organisationsformen wie dem Kalifat. Die Einführung von modernem Recht und modernen Verfassungen – in Tunesien trat etwa die erste moderne Verfassung 1861 in Kraft – führte im Unterschied zur älteren Rechtspraxis zur Zusammenfassung von islamischen Rechtsnormen in positiver Gesetzesform. Zugleich blieb die Spannung zu den als überzeitlich gültigen begriffenen Vorgaben aus dem islamischen Recht erhalten. Die institutionelle Verknüpfung von islamischen mit nicht-islamischen, „westlichen" Gesetzesnormen führte zu einer noch lange nicht abgeschlossenen Debatte über das Verhältnis jener verschiedenen rechtlichen Traditionen in Theorie und Praxis. Das betrifft etwa die Anwendung der Scharia, dem religiösen islamischen Gesetz, im Familien- und Erbrecht artikuliert. Schließlich hat der weltweite Einfluss des modernen Liberalismus mit seiner vorgeblich klaren Trennung von Privatem als dem Ort der Religion sowie dem Öffentlichen als dem Ort des Säkularen die Stellung von Religion im Staat grundlegend verändert. Religion soll, so die liberale Idee, in der Moderne Privatsache sein. Welche Konsequenzen sich aus diesen Entwicklungen für das Verhältnis von Islam und Staat ergeben, ist seit Ende des 19. Jahrhunderts bis heute Gegenstand heftiger Diskussionen unter Muslimen. In diesen Debatten werden ganz unterschiedliche Vorstellungen – sowohl säkular als auch religiös – über jene Fragen artikuliert.

Liberale Trennung Die von Islamisten immer wieder propagierte Behauptung, der Islam sei zugleich Religion und Staat („al-islam din wa daula"), ist unter anderem eine moderne Antwort auf ebendiese moderne liberale Trennung von Privatem und Öffentlichem. Die Formel selbst ist modernen Ursprungs und findet sich als solche gar nicht in der jahrhundertealten islamischen Tradition. Vielmehr lässt sie sich so deuten, dass Islamisten mit ihr das aus liberaler Sicht vermeintlich Private, die Religion, repolitisieren wollen, um so gegen die moderne liberale Vorgabe anzugehen, nach der im modernen säkularen Staat Religion keine tragende Rolle spielen dürfe.

In dieser Kritik liegt ein gewisser Anknüpfungspunkt an das gestiegene Bewusstsein für die anhaltende bzw. erneut wahrgenommene Rolle von Religion auch in westlichen Gesellschaften. Zudem ist deutlich geworden, dass Vorstellungen von Religion und Säkularität in modernen westlichen Gesellschaften wie etwa Frankreich und Deutschland selbst auch vom Erbe des Christentums beeinflusst sind. Deren gesetzliche Regelungen zu Religion und Säkularität sind also keineswegs einfach „neutral", sondern sind selbst Teil einer bestimmten Geschichte. Darauf hinzuweisen bedeutet nicht, die Frage nach der Möglichkeit von Pluralismus und staatlicher Neutralität einfach aufzugeben. Es geht vielmehr darum, Säkularität – ebensowenig wie den Islam – als etwas Zeitloses zu verstehen. So wie die moderne säkulare Ordnung aus dem religiösen und politischen Streit entstanden ist, so sehr ist ihre Form faktisch umstritten. Das illustriert auch das neue Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Tragen des Kopftuchs. Die Spannung zwischen der Rechtsordnung moderner Nationalstaaten mit ihren national definierten Kulturen und anderen Traditionen wie dem Islam offenbart, dass es durchaus Diskussionsbedarf darüber gibt, was als säkular gelten kann. Das Säkulare auf diese Weise neu zu verhandeln, könnte womöglich dabei helfen, die Idee des islamischen Staates aus seiner islamistischen und salafistischen Umklammerung zu befreien.

Nils Riecken

Der Autor ist promovierter Historiker, Islam- und Politikwissenschaftler und arbeitet beim Zentrum Moderner Orient in Berlin.

Kein feststehendes Gesetzbuch

SCHARIA Die islamische Rechtsordnung hat sich über 1.400 Jahre entwickelt und ist interpretationsfähig

Der Begriff der Scharia ist in der Debatte über den Islam belastet wie kaum ein anderer. Im Namen der Scharia begehen Kriminelle Verbrechen, errichten extremistische Organisationen Terrorregimes. So erschöpft sich in den Augen vieler die Scharia in drakonischen Körperstrafen, Ungleichbehandlung von Geschlechtern und Religionen bis hin zu brutaler Repression. Aber ist das charakteristisch für die Scharia?

Die Scharia ist das Gegenteil eines feststehenden „Gesetzbuches". Der Begriff beschreibt die gesamte Normenlehre des Islams, einschließlich der Auslegungsmethoden. Der größte Teil besteht aus religiösen Vorschriften wie Ritualgebeten oder Speisevorschriften. Er genießt in Deutschland den Schutz der Religionsfreiheit. Daneben finden sich Rechtsvorschriften in unterschiedlicher Dichte, die in einer fast 1.400-jährigen Geschichte mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen entwickelt wurden.

Die Vorstellung einer „gottgegebenen" Rechtsordnung trifft kaum die Realität: Auch soweit Regelungen im Koran oder der Prophetentradition vorhanden sind, müssen sie nach ihrer Auslegung und ihrer räumlichen, personellen und zeitlichen Gültigkeit befragt werden. Hierzu hat sich ein bemerkenswerter Meinungspluralismus entwickelt. Diese rechtlichen Vorschriften dienen wie alle Rechtsordnungen der Welt dazu, menschliches Zusammenleben möglichst friedlich und mit gerechtem Interessenausgleich zu gestalten. Die Wege und Ziele dorthin sind wie alle anderen Rechtsordnungen den gesellschaftlichen Entwicklungen unterworfen. Drakonische Körperstrafen galten früher als angemessen, heute sind sie auch in den meisten Teilen der islamischen Welt abgeschafft. Unrühmliche Ausnahmen sind zum Beispiel Saudi-Arabien, Iran und das Herrschaftsgebiet des „Islamischen Staats" (IS).

Deutsches Recht gilt Neue Wege sind vor allem auf der Grundlage des breitflächig anerkannten „Idschtihad" (eigenständiges Nachdenken und Interpretieren) und der Frage nach den höheren Zielen von Normen (Maqasid) eröffnet. Damit löst man sich davon, am Wortlaut von Normen verhaftet zu bleiben, wenn ihr Sinn damit verfälscht wird. Zweierlei ist festzuhalten: Zum einen gelten bei rechtlichen Normenkonflikten in Deutschland die deutschen Rechtsvorschriften. Zum anderen können die Normen der Scharia je nach ihrer Interpretation in Übereinstimmung mit dem deutschen Recht gebracht werden. Extremisten und Traditionalisten, die zu gegenteiligen Ergebnissen kommen, sollte man daher nicht das Deutungsmonopol zuschreiben.

Die hier angestellten Überlegungen beruhen auf Prämissen, welche der modernen rechtsvergleichenden Forschung zugrunde liegen. So ist festzustellen, dass alle Rechtsordnungen bestimmte Ordnungsaufgaben im menschlichen Zusammenleben zu lösen haben. Die Lösungen fallen je nach sozialen, ökonomischen und kulturellen Verhältnissen und Überzeugungen sehr unterschiedlich aus, während die Regelungsgegenstände (zum Beispiel Schutz lebenswichtiger Rechtsgüter gegen Eingriffe, Bedarfsdeckung durch vertragliche Bindung, Regelung von Rechten und Pflichten innerhalb von Familien) große Konstanz aufweisen.

Anders als die im Wesentlichen als unveränderlich angesehenen religiösen Vorschriften sollen danach Rechtsvorschriften dem Allgemeinwohl (maslaha) als oberstem Zweck dienen, der seinerseits menschlicher Verstandeserkenntnis zugänglich ist. Abu Ishaq al-Šatibi als prominentester Vertreter dieser Richtung konkretisiert die höheren Zwecke der Scharia in maßstabsbildender Weise. Er findet solche Zwecke im Schutz von fünf allgemeinen, unter allen Völkern anerkannten Gütern („Notwendigkeiten", daruriyat): Religion (din), Leben (nafs), Nachwuchs (nasl), Eigentum (mal) und Verstand (aql). Schariagemäße Handlungen seien kein Selbstzweck: Wenn die äußerlichen Umstände für eine Handlung gegeben seien, aber nicht dem (bezweckten) Nutzen entsprächen, sei ihre Ausführung verfehlt und normwidrig.

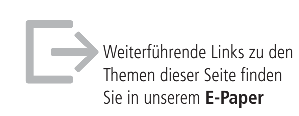
Die Besteuerung wird zum Beispiel grundsätzlich (die Praxis ging und geht häufig ganz andere Wege) an der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen ausgerichtet. Zudem kennt auch das islamische Recht die Regel „Not kennt kein Gebot"; „Notwendigkeit" (darura) erlaubt etwa den Mundraub oder die Notwehr.

Das islamische Recht strebt wie alle anderen Rechtsordnungen nach Gerechtigkeit. Theoretische Ausführungen zur Präzisierung des Gerechtigkeitspostulats sind eher selten. Die inhaltliche Ausfüllung ist in hohem Maße von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen abhängig und einem Wandel der Zeiten unterworfen. Das zeigt sich an der Rechtsposition von Frauen. Gerade hierbei zeigt sich, wie sehr das Vorverständnis der Rechtsinterpreten das Ergebnis der Rechtsanwendung beeinflussen kann. Allerdings finden sich auch anthropologische Grundkonstanten wie der Minderjährigenschutz oder Schutz gegen Übervorteilung, die zu allen Zeiten in vergleichbarer Weise angegangen werden.

Unnötiges Kalifat Hingegen harren neue Fragestellungen noch breiterer Debatten: Kann es Gerechtigkeit für Muslime auch im nicht-islamischen Staat und seiner Rechtsordnung geben, ist also Gerechtigkeit auch aus islamischer Sicht inhaltlich und nicht institutionell gebunden und damit universell? Eine europäisch-muslimische Antwort hierauf gibt es. Der prominente bosnische Gelehrte Enes Karić hat sich dahingehend geäußert , dass das Kalifat, also die weltliche Herrschaft durch einen muslimischen Herrscher, kein Teil der Religion des Islams sei. Die Scharia sei ein Kompendium von Regeln mit moralischen Zielen, welche von säkularen Staaten umgesetzt werden können. Ein Staat, der ein ausreichendes Sozialsystem, etwa finanzielle Unterstützung für Studierende und Rentner bereithält, der wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit herstellen will und die Menschenrechte respektiert und durchsetzt, sei ein islamischer Staat in solchem Sinne. Er zitierte in diesem Zusammenhang das Sprichwort: „adl al-dawla imanuha, zulm al-dawla kufruha" – der Glaube eines Staats ist Gerechtigkeit, Ungerechtigkeit sein Unglaube. Mit dieser Maxime lassen sich Islam und säkularer Rechtsstaat in der Suche nach Gerechtigkeit überzeugend in Einklang bringen.

Mathias Rohe

Der Autor ist Islamwissenschaftler und Professor für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Erlangen-Nürnberg.



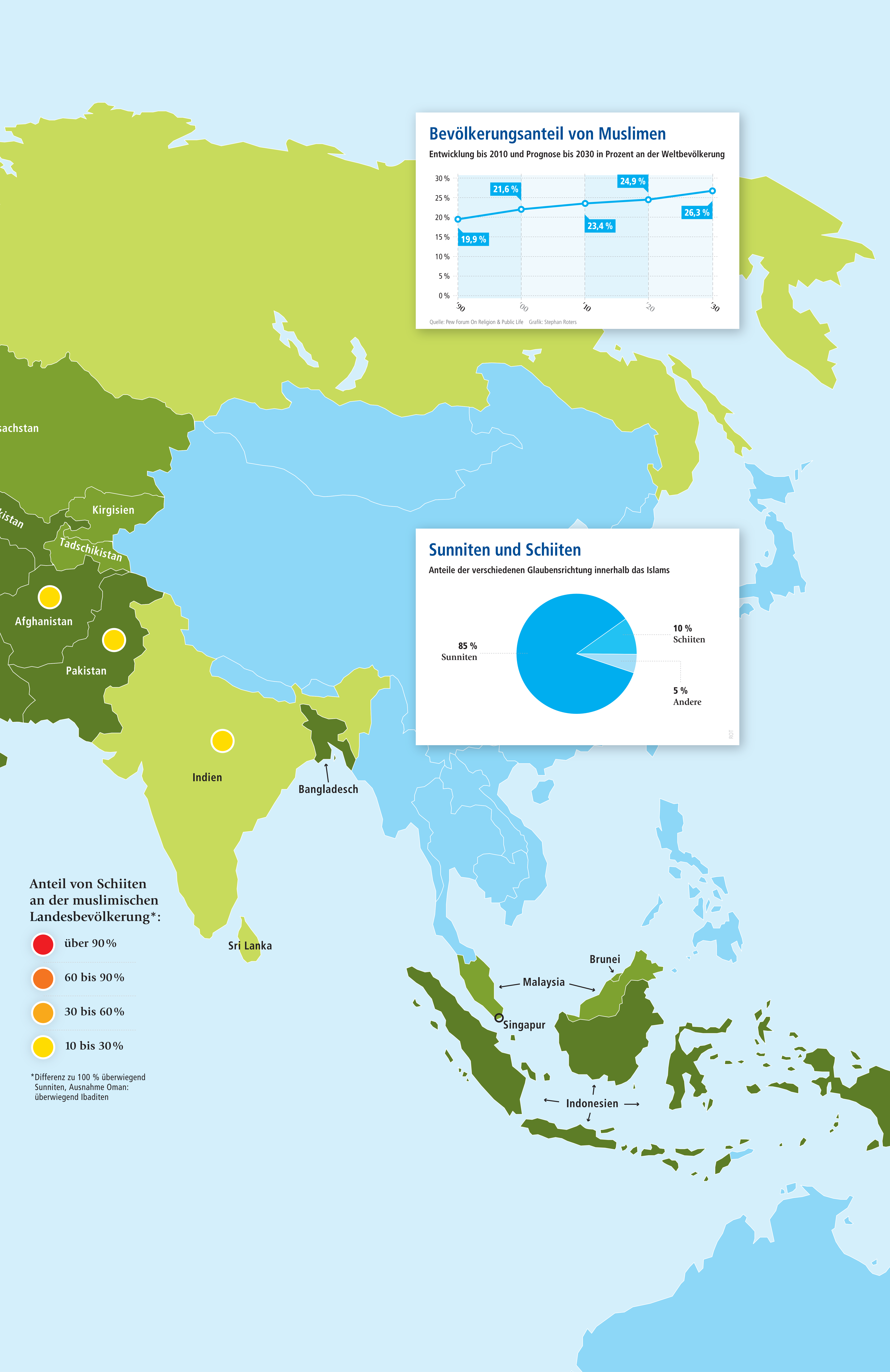
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



Verbreitung des Islams

Muslimischer Bevölkerungsanteil nach Ländern





Bevölkerungsanteil von Muslimen
Entwicklung bis 2010 und Prognose bis 2030 in Prozent an der Weltbevölkerung
30 %
25 %
20 %
15 %
10 %
5 %
0 %
'90
'00
'10
'20
'30
19,9 %
21,6 %
23,4 %
24,9 %
26,3 %
Quelle: Pew Forum On Religion & Public Life Grafik: Stephan Roters
Sunniten und Schiiten
Anteile der verschiedenen Glaubensrichtung innerhalb das Islams
85 % Sunniten
10 % Schiiten
5 % Andere
sachstan
Kirgisien
kistan
Tadschikistan
Afghanistan
Pakistan
Indien
Bangladesch
Sri Lanka
Brunei
Malaysia
Singapur
Indonesien
Anteil von Schiiten an der muslimischen Landesbevölkerung*:
über 90%
60 bis 90%
30 bis 60%
10 bis 30%
*Differenz zu 100 % überwiegend Sunniten, Ausnahme Oman: überwiegend Ibaditen

CHRONIK 2011/2012

Tunesien

Aus Protest gegen Polizeiwillkür verbrennt sich am 17. Dezember 2010 der Gemüsehändler Mohammed Bouazizi. In der Folge kommt es im ganzen Land zu Demonstrationen, die in gewaltsamen Unruhen münden. Am 14. Januar 2011 flüchtet Staatspräsident Zine el-Abidine Ben Ali nach Saudi-Arabien. Die von Ministerpräsident Mohammed Ghannouchi gebildete Übergangsregierung muss nach weiteren Protesten der Bevölkerung am 27. Februar zurücktreten, neuer Regierungschef wird Beji Caid Essebsi. Am 23. Oktober 2011 finden die ersten freien Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung statt, die einen Monat später erstmals zusammentritt.

Ägypten

Am 25. Januar demonstrieren erstmals zehntausende Ägypter gegen die Herrschaft von Präsident Hosni Mubarak und besetzen den Tahrir-Platz in der Hauptstadt Kairo (Tag des Zorns). Am 11. Februar tritt Mubarak ab. Ein Militärrat übernimmt die Macht und verspricht freie Wahlen. Mubarak wird am 2. Juni 2012 zu lebenslanger Haft verurteilt und ein Jahr später in einem Militärkrankenhaus unter Hausarrest gestellt. Bei den Wahlen zwischen Ende 2011 und Mitte 2012 erringen die Muslimbrüder und andere islamische Parteien die Mehrheit im Parlament und der verfassungsgebenden Verfassung. Zum neuen Präsident wird der Muslimbruder Mohammed Mursi gewählt, Dies führt zu Protesten liberaler und säkularer Kräfte, die Ende November 2012 eskalieren, nachdem Mursi sich weitere Machtbefugnisse gegenüber der Justiz einräumen lässt und sich der Entwurf für die neue Verfassung auf Grundsätze der Scharia beruft. Die Verfassung wird in einem Referendum am 15. Dezember trotzdem von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen. Anfang Juli 2013 putscht das Militär, nachdem die Proteste gegen Mursi nicht abreißen.

Libyen

Ab Mitte Februar 2011 kommt es zu Massenprotesten gegen das Regime von Staatschef Muammar al-Gaddafi, die zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen. Am 17. März fordert die Uno schließlich eine Flugverbotszone über Libyen. In einem mehrmonatigem Bürgerkrieg bringen die Rebellen unter Führung eines Nationalen Übergangsrates mit Unterstützung von Nato-Luftangriffen das Land unter Kontrolle. Gadddafi wird am 20. Oktober erschossen aufgefunden. Der Übergangsrat kann seine Autorität jedoch nur mit Mühe im Land durchsetzen. Am 7. Juli 2012 wird ein Nationalkongress gewählt. Aus der Wahl geht die Allianz Nationaler Kräfte von Mahmud Dschibril als Sieger hervor. Seitdem wird das Land jedoch weiterhin von einem Bürgerkrieg rivalisierender Milizen erschüttert.

Syrien

Protestaufrufe führen im Februar 2011 zur Verhaftung von Oppositionellen. In den folgenden Wochen demonstrieren tausende Syrer im ganzen Land gegen das Regime von Präsident Baschar al-Assad und fordern dessen Rücktritt. Sicherheitskräfte gehen ab März gewaltsam gegen die Demonstranten vor. Syrien gerät in einen blutigen Bürgerkrieg, der bis heute anhält.



Aufstand: Tausende Ägypter demonstrieren im Februar 2011 auf dem Tahrir-Platz in Kairo gegen das Regime von Präsident Mubarak.

Erfrorene Träume

ARABISCHER FRÜHLING Eine weitgehend ernüchternde Bilanz für die Demokratiebewegungen

„Verschwinde! Verschwinde!", skandierten tausende von Menschen auf der Avenue Bourgiba im Stadtzentrum von Tunis. Die Sicherheitskräfte setzten Wasserwerfer ein, knüppelten die Demonstranten nieder und verhafteten sie reihenweise. Doch niemand ließ sich mehr einschüchtern. Die Menschen hatten ein für alle Mal genug von Zensur, Folter und Polizeistaat. So passierte, was keiner für möglich gehalten hatte: Nach 22-jähriger Amtszeit floh der verhasste Präsident am 14. Januar 2011 Hals über Kopf ins Exil nach Saudi-Arabien. Zine el Abidine Ben Ali war das erste autokratische Staatsoberhaupt, das dem Arabischen Frühling zum Opfer fiel.

Die sogenannte Jasmin-Revolution in Tunesien war der Startschuss für weitere Umstürze in Nordafrika. Im Februar erzwangen Massenproteste in Ägypten den Rücktritt von Hosni Mubarak, der 30 Jahre lang das Nil-Land mit eiserner Faust regiert hatte. Danach traf es Muammar Gaddafi. Der exzentrische Herrscher aus dem Nachbarland Libyen wollte weder zurücktreten, noch fliehen, sondern in seiner Heimat sterben – und so kam es auch. Er wurde am 20. Oktober 2011 von Rebellen in seiner Geburtsstadt Sirte ermordet.

Der Fall der drei Diktatoren ließ andere arabische Präsidenten, Emire und Könige zittern. Sie fürchteten, die Welle der Revolution könnte auch auf ihre Länder überschwappen. Für ihre Untertanen dagegen galt der Arabische Frühling als Zauberwort. Freiheit und Demokratie schienen in erreichbarer Nähe zu sein. Davon ist heute, vier Jahre später, nichts mehr zu spüren. Es sind keine weiteren Diktatoren gestürzt worden. Die Herrscher am Persischen Golf sitzen fest im Sattel. Nur in Bahrein gab es Proteste der schiitischen Bevölkerung, aber die wurden brutal niedergeschlagen.

In Nordafrika blieb es ebenfalls ruhig. In Marokko und Algerien kam es zu einigen kleinen, verhaltenen Demonstrationen gegen Regime und König. In beiden Ländern scheint die Bevölkerung keinen großen Appetit auf Revolutionen zu haben. In Algerien ist der Bürgerkrieg (1991-2002) zwischen Staat und radikalen Islamisten noch im Bewusstsein. Laut Schätzungen sollen dabei über 100.000 Menschen das Leben verloren haben.

> Spanier finden im boomenden und reformierten Marokko einfacher Arbeit als daheim.

Reformen In Marokko reformierte man die Verfassung nach dem Beispiel der konstitutionellen Monarchie in Spanien. Die Infrastruktur Marokkos wurde in einem bisher nie gekannten Ausmaß erneuert. Die Wirtschaft boomt. Von der Krise in Europa ist dort nichts zu spüren. Spanier und Franzosen finden im nordafrikanischen Königreich leichter und eine besser bezahlte Arbeit, als in ihren Heimatländern. In Marokko wurde nach der Thronbesteigung Mohammeds VI. bereits eine „Wahrheitskommission" eingesetzt, die die Verbrechen des Regimes seines Vater Hassan II. aufklärte. Die Sitzungen über die „bleierne Zeit" wurden Live im nationalen Fernsehen übertragen. Das Königreich ist heute im Vergleich zu anderen arabischen Ländern das liberalste und toleranteste. Für Marokkaner sind Verhältnisse, wie etwa in Libyen oder Syrien, undenkbar. In Syrien tobt weiterhin der Bürgerkrieg und eine Entscheidung ist nicht in Sicht. Auf Rebellenseite gibt es so oder so keinen positiven Ausblick. Zur Zeit existiert da nur die Alternative zwischen den Terrororgruppen Al-Qaida oder „Islamischer Staat" (IS) – eine schreckliche Wahlmöglichkeit.

Selbst vier Jahre danach ist aus dem Frühling noch kein Sommer geworden. Im Gegenteil – er hat sich in einen Herbst und in einigen Fällen in einen bitteren Winter verwandelt. Einer der Hauptgründe dafür ist der politische Islam. Er war der Trittbrettfahrer der Revolutionen. In Libyen, Tunesien und Ägypten hielten die Islamisten still, bis sie sicher waren, das alte Regime hat keine Chance mehr. Dann schlossen sie sich den Revolutionen an und übernahmen sie. Ob sogenannte moderate oder extremistische Islamisten – sie ruinierten die Bestrebungen nach Frieden und Freiheit.

Bürgerkrieg In Libyen wollte man nach dem Tod Gaddafis eine neue Verfassung und einen demokratischen Staat errichten. Nichts von dem ist eingetroffen. Libyen trudelte mehr und mehr ins Chaos. Heute befindet sich das erdöl- und gasreiche Land mitten im Bürgerkrieg. Zwei rivalisierende Regierungen bekämpfen sich mit ihren Milizen. Radikale Islamisten der Al-Qaida-Gruppe Ansar al-Scharia kämpfen auf der Seite der Oppositionsregierung. Diese hatte das international anerkannte Kabinett im letzten August 2014 gewaltsam aus der Hauptstadt Tripolis vertrieben. Seit Dezember ist die IS-Terrormiliz in Libyen präsent und sorgte mit einem Video von der Enthauptung von 21 koptischen Christen für weltweites Entsetzen. Unklar bleibt, ob die laufenden Friedensgespräche zwischen den beiden Regierungen eine Lösung bringen. Aber selbst bei einem positiven Ausgang: Die militanten Islamisten wollen aus Libyen einen theokratischen Staat machen. General Khalifa Haftar will sie mit Gewalt stoppen. Der Stabschef der offiziellen libyschen Armee bekämpft sie seit Mai letzten Jahres in Bengasi. Seine Truppen stehen auch vor Tripoli, um die Hauptstadt von der Gegenregierung zu befreien.

In Ägypten spuckte Mohammed Mursi der Revolution gehörig in den Topf. Sie war von meist jungen, liberal und vielfach säkular eingestellten Leuten getragen worden. Als erster frei gewählter Präsident nach den drei Jahrzehnten unter Mubarak, verlor Mursi die sonst so oft apostrophierte muslimische Tugend der Geduld. Der Parteigänger der Muslimbruderschaft wollte sich zum Alleinherrscher Ägyptens machen. Die Straße rebellierte und General Fatha al-Sisi nahm das für einen Putsch zum Anlass. Die Machtübernahme der Islamisten sollte verhindert werden. Al-Sisi, ein Vertreter des gestürzten Mubarak-Regiems, ließ sich 2014 zum Präsidenten wählen. Heute ist Ägypten wieder auf dem Stand vor der Revolution: Es gibt keine Pressefreiheit und Menschenrechte werden mit Füßen getreten.

Als einzige positive Ausnahme gilt Tunesien. Es hat die ersten vier rauen Jahre überstanden. Die Islamisten der Ennahda-Partei hatten 2011 die ersten Wahlen nach dem Sturz Ben Alis gewonnen. Diese Partei der Muslimbruderschaft versuchte, wie Mursi in Ägypten, die Macht zu übernehmen und die Gesellschaft islamistisch umzukrempeln. Sie schickte Religionspolizisten auf die Straßen Tunesiens, um die Bevölkerung zu tugendhaftem Verhalten anzuleiten. Der Ennahda-Parteichef Raschid Ghannouchi suchte die Nähe zu radikalen Salafisten. Er nannte sie „Brüder" und bat sie um „etwas Geduld", wie ein Video zeigte, das an die Öffentlichkeit gelangte. Die Salafisten demonstrierten regelmäßig gegen die Unmoral in Tunesien. Bei Protesten gegen die Ausstrahlung des Films „Persepolis" hatte es im Oktober 2011 gewalttätige Ausschreitungen gegeben.

Zivilgesellschaft Als 2013 zwei Oppositionspolitiker mitten in Tunis ermordet wurden, hatte die liberale Zivilgesellschaft genug. Zu Hunderttausenden gingen die Menschen auf die Straße. Die Regierungspartei Ennhada galt als Schuldiger der Attentate. Diese Proteste verschärften die politische Krise und brachten Ennahda dazu, ihre Führungsrolle in der Regierung aufzugeben. Nach langem Zögern stimmte die Partei der neu geschriebenen tunesischen Verfassung zu, die die Basis für ein offenes, demokratisches System schuf. Nur eine starke Zivilgesellschaft, die es in anderen arabischen Ländern nicht gibt, hat Tunesien vor der Übernahme der Islamisten bewahrt. Seit den Wahlen 2014 regiert in Tunis eine säkulare Regierung und Ennahda ist in der Opposition. Auch islamistische Attentate, wie auf das Bardo-Museum, können Tunesien und die neue Demokratie nicht erschüttern.

Alfred Hackensberger

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Nordafrika und den Ländern der arabischen Welt.

Schwierige Partnerschaft mit dem Königreich der Widersprüche

SAUDI-ARABIEN Der vermeintliche Stabilitätsanker am Persischen Golf betreibt eine zunehmend aggressive Regionalpolitik und schürt Konflikte

Am 26. März 2015 begann das Königreich Saudi-Arabien Luftangriffe in Jemen auf Stellungen der Huthi-Rebellen und mit ihnen verbündeter Armeeeinheiten, um die Regierung des Präsidenten Abd Rabbuh Mansur Hadi vor dem endgültigen Zusammenbruch zu retten. So spektakulär die Angriffe auf das Nachbarland sind, zeigten sie doch zum wiederholten Male, dass Saudi-Arabien seit einigen Jahren eine immer aggressivere Regionalpolitik führt und auch vor militärischer Gewalt nicht zurückschreckt. Bereits 2011 hatte Saudi-Arabien gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten Truppen nach Bahrain entsandt, um die verbündete Königsfamilie Khalifa vor einem Umsturz zu bewahren.

In den folgenden Jahren ergriff Riad mehrfach Partei für diejenigen politischen Kräfte, die ihm Stabilität versprachen. So unterstützte es den Staatsstreich des ägyptischen Militärs im Juli 2013, der die Herrschaft der Muslimbrüder beendete und General Abd al-Fattah as-Sisi an die Macht brachte.

Im Bürgerkrieg in Libyen schließlich hilft Saudi-Arabien der Koalition unter der Führung von General Khalifa Haftar, der ebenso wie Sisi auf die Errichtung eines autoritären Regimes abzielt.

Schwieriger Partner Geschuldet ist diese aktive Regionalpolitik vor allem der Furcht vor Instabilität, verbunden mit der vor einer Machtübernahme durch die Muslimbruderschaft und einen Machtzuwachs für den Iran. In der westlichen Welt hat dies dazu beigetragen, Auseinandersetzungen über den richtigen Umgang mit dem Königreich hervorzurufen. Es gibt nur wenige Staaten weltweit, über die in Deutschland die Meinungen so weit auseinandergehen wie Saudi-Arabien. Dies hat zwar auch mit der deutschen Innenpolitik zu tun, doch spiegelt die Debatte die häufig geradezu grotesken Widersprüche der saudi-arabischen Politik und Gesellschaft wider. Der zentralste dieser Widersprüche ist der zwischen einer prowestlichen Außenpolitik, die Saudi-Arabien in den vergangenen vier Jahrzehnten zu einem der bedeutendsten und verlässlichsten Partner des Westens im Nahen Osten gemacht hat, und einer islamistischen Innenpolitik, die mit teils schweren Menschenrechtsverletzungen einhergeht.

Vor allem die enormen saudi-arabischen Ölvorkommen sind es, die das Land auch in den kommenden Jahrzehnten zu einem wichtigen Partner Deutschlands und Europas machen. Doch ist das Königreich weit über den Energiesektor hinaus bedeutend, denn es setzte seine beträchtlichen finanziellen Ressourcen und seine Reputation als eine Führungsmacht des sunnitischen Islams mehrfach zugunsten der amerikanischen Weltpolitik ein. Seit einer Anschlagswelle im Mai 2003 in Riad wurde es auch zu einem wichtigen Verbündeten im Kampf gegen islamistische Terroristen.



Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) zu Besuch bei Saudi-Arabiens König Salman ibn Abd-al-Asis in Riad.

Häufiger als zuvor zeigte sich nach 2001 überdies, dass saudi-arabische und europäische Positionen übereinstimmten. Dies galt vor allem für den israelisch-palästinensischen Konflikt. So legte König Abdallah 2002 einen Friedensplan vor, der ziemlich genau den europäischen Vorstellungen von einer Zweistaatenlösung entspricht.

Wahhabismus Dennoch steht die prowestliche Außenpolitik des Landes immer im Widerspruch zu seiner inneren Verfasstheit. Saudi-Arabien wird durch eine enge Bindung zwischen Staat und Religion geprägt, und die offizielle Islam-Interpretation, der Wahhabismus, ist eine Spielart des Islamismus. Die Religionsgelehrten sind so stark wie in keinem anderen arabischen Land, und sie prägen die politische Kultur des Königreichs, indem sie dem Regierungshandeln enge Grenzen setzen. Dies betrifft beispielsweise die zwei bis drei Millionen Schiiten, die mehrheitlich im Osten des Landes leben und schlimmen Benachteiligungen ausgesetzt sind. Da sie den Wahhabiten als besonders verabscheuungswürdige Ungläubige gelten, ist eine Gleichberechtigung ausgeschlossen. Reformen stoßen immer wieder an religiös definierte Grenzen, und die Kritik an Menschenrechtsverletzungen nimmt weltweit zu.

Es ist kein Wunder, dass ein Staat, der solche Widersprüche duldet und seine Weltanschauung auch in andere Staaten exportiert, kontroverse Reaktionen auslöst. Dennoch kommt Deutschland an einer seriösen Auseinandersetzung mit dem bis heute weitgehend unbekannten Saudi-Arabien nicht herum. Als eine der führenden Industrienationen muss Deutschland gegenüber dem Staat, der über rund ein Viertel der Welterdölreserven verfügt, eine durchdachte politische Vorgehensweise entwickeln. Und hierfür ist die Einsicht grundlegend, dass Saudi-Arabien ein unverzichtbarer Partner in der Energie-, Sicherheits- und Regionalpolitik ist.

Trotzdem ist die Kategorisierung des Landes als „Stabilitätsfaktor" falsch, denn seine Innenpolitik – und hier insbesondere seine Diskriminierung der Schiiten – garantiert künftige Unruhen. Hinzu kommt, dass die aktuelle Politik Saudi-Arabiens Konflikte in der Region schürt und nicht zu einer Lösung beiträgt. Dies gilt für den Jemen, wo die Intervention des Königreichs und seiner Verbündeten einen langen Bürgerkrieg einläuten könnte. Aber auch in Ägypten dürfte die relative Ruhe von kurzer Dauer sein. Präsident Sisi ist nicht viel mehr als ein Militärdiktator, dessen repressive Innenpolitik die Probleme des Landes nicht lösen wird. Auch in Libyen wird die saudi-arabische Parteinahme für einen starken Mann wie Khalifa Haftar den Bürgerkrieg nicht beenden können.

Die deutsche Politik sollte dies spiegeln und auf größere Distanz zu Riad gehen. Ihr größter Fehler war, dass sie schon nach 2001 immer engere Beziehungen zu den Diktatoren im Nahen Osten unterhielt und übersah, dass deren Politik erst zur Entstehung von Al-Qaida und anderen Terrorgruppen geführt hatte. Seit 2013 gibt es wieder deutliche Anzeichen dafür, dass die Bundesregierung zuallererst auf Stabilität setzt und dabei übersieht, dass Regime wie in Saudi-Arabien nur kurzfristig Stabilitätsgaranten sind. Auch wenn die Zusammenarbeit mit ihnen unabdingbar ist, muss viel deutlicher werden, dass eine enge und vertrauensvolle Kooperation nur mit Staaten möglich ist, die langsamen politischen Wandel zulassen und nicht die autoritäre Restauration im gesamten Nahen Osten vorantreiben. Saudi-Arabien gehört nicht zu ihnen.

Guido Steinberg

Der Autor ist Islamwissenschaftler und arbeitet für die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin





Region in Flammen

SYRIEN Das Land ist, wie auch Teile des Iraks, zum Feld eines Großkonflikts in der islamischen Welt geworden. Verschiedene Akteure verfolgen ganz eigene Ziele

Bei allen Unterschieden haben Syrien und Irak derzeit eines gemeinsam: Sie beherbergen das Kalifat, den vom „Islamischen Staat" (IS) begründeten islamischen Gottesstaat. Er dehnt sich trotz Rückschlägen weiterhin im Nordosten Syriens und Nordwesten Iraks auf einer Fläche von Großbritannien aus. Auch zehn Monate nach dessen Ausrufung ist das Projekt längst nicht am Ende. Verliert die Terrormiliz an Boden im Irak, gewinnt sie in Syrien dazu und umgekehrt. Längst sind ihre Bewegungen nicht mehr nur auf das Kernland Syrien und Irak beschränkt. Inzwischen gibt es Provinzen in Libyen und auf dem Sinai in Ägypten. Es reicht aus, dass eine Dschihadistengruppe Abu Bakr al-Bagdadi die Treue schwört und dieser Schwur offiziell vom selbst ernannten Kalifen angenommen wird, um fortan dazu zu gehören. Jüngster Zugang ist Boko Haram aus Nigeria, rund 4.000 Kilometer vom IS in Syrien und Irak entfernt. Der islamistische Dschihadistenstaat greift damit nicht mehr nur über Ländergrenzen hinweg, sondern auch über Kontinente. Die Umbenennung von ISIS – Islamischer Staat in Irak und Syrien – in nur mehr IS – Islamischer Staat – bekommt so einen Sinn.

Landesweite Proteste Für Syrien-Analysten begann alles in Deraa, der Grenzstadt zu Jordanien, wo sich in den ersten Apriltagen 2011 eine Menschenmenge durch die schmalen Straßen der Altstadt schob. Am Anfang des Zuges wurde ein Holzsarg von fünf oder sechs Männern zum Friedhof getragen. Schon mehr als 100 Tote wurden so zu ihrer letzten Ruhestätte geleitet. Die Zahl der Trauernden wuchs von Mal zu Mal, und ihre Forderungen wurden von Mal zu Mal schärfer. Trauerzüge gerieten zu Protestdemonstrationen, die zumeist gewaltvoll endeten. „Das Blut der Märtyrer ist nicht umsonst geflossen", sagte mir die Hausfrau Reem damals, als sie zur Demonstration auf die Straßen von Deraa ging. „Jeder Tote überzeugt uns nur noch mehr, unsere Rechte einzufordern". Die Regierung müsse erkennen, dass sie die Protestbewegung nicht mit Waffengewalt zum Schweigen bringe. Doch diese Erkenntnis fehlt bis heute. Inzwischen sind über 200.000 Syrer der Gewalt in Syrien zum Opfer gefallen.

Reem war von Anfang an dabei, als der Aufstand in Deraa vor vier Jahren begann. Wie viele andere Einwohner der 75.000 Einwohner zählenden, landwirtschaftlich geprägten Stadt, konnte sie nicht zu Hause bleiben, als die Jungen auf die Straße gingen und mehr Rechte, Jobs und eine bessere Wasserversorgung einforderten. „Meine Söhne waren dabei", nannte sie als Grund, „da konnte ich als Mutter doch nicht schweigen." Natürlich seien sie angesteckt worden durch die Proteste in Tunesien, Ägypten und anderswo in der arabischen Welt. Der Erfolg der Ägypter, den seit fast 30 Jahren regierenden Muhammad Husni Mubarak loszuwerden, habe auch die Syrer darin bestärkt, längst fällige Reformen anzumahnen.

Schnell weiteten sich die Proteste auf das ganze Land aus. In Homs, Banias, Jabla, Aleppo, Lattakia, Douma und auch in Damaskus gingen die Menschen auf die Straße und forderten mehr Freiheit und bürgerliche Rechte ein. Syriens Präsident Baschar al-Assad konterte mit Scharfschützen, Panzern, Boden-Luft-Raketen, Kampfjets, Chemiewaffen und Fassbomben. Die Revolution militarisierte und radikalisierte sich. Ausländische Akteure mischten sich ein – erst Iran, die libanesische Hisbollah und Russland auf Regimeseite, dann Katar, Saudi-Arabien und die Türkei auf Oppositionsseite. Angelockt vom Staatszerfall kamen zudem ab 2012 Terrorgruppen ins Land. Inzwischen spielt die Freie Syrische Armee, einst Hoffnungsträger für einen Wandel, kaum noch eine Rolle. Heute sind IS und Al-Nusra-Front die mächtigsten unter den Assad-Gegnern. Reem und ihre Familie sind nach Jordanien geflohen, leben in einem Flüchtlingslager in Deraas Schwesterstadt Ramtha und sehen verzweifelt zu, wie ihr Land immer weiter auseinanderfällt. Das hätten sie nicht gewollt, sagt die 43-jährige Syrerin reumütig. Doch Assad habe die Radikalität provoziert, die Wölfe angelockt. Er habe alle als Terroristen bezeichnet, auch sie, die nur friedlich demonstrierten.



Kämpfer der islamistischen Al-Nusra-Front jubeln über die Eroberung der syrischen Provinzhauptstadt Idlib. Der Verlust ist eine schwere Schlappe für Staatschef Assad (oben im Bild). © picture-alliance/abaca

Vakuum im Irak Für Irak-Analysten begann das Desaster im Mittleren Osten mit der Invasion der Amerikaner im Frühjahr 2003. Hätten die nicht die Sicherheitskräfte aufgelöst und ein riesiges Vakuum geschaffen, wäre es nicht soweit gekommen, meint Salam al-Abadi, Professor für Soziologie an der Bagdad Universität. „Der Irak nimmt eine Schlüsselrolle ein in der Entwicklung der gesamten Region." Ohne die Fehler der US-Administration wäre dem Iran nicht die Tür geöffnet worden und Al-Qaida hätte kaum Fuß fassen können.

Statt den irakischen Widerstand in den politischen Prozess zu integrieren, wurden ehemalige Offiziere der irakischen Armee, Führungskader unter Saddam Hussein und Baath-Parteimitglieder als Verbrecher behandelt, bedroht, verhaftet, außer Landes getrieben, getötet. Diejenigen, die übrig blieben, trieb es in die Arme der internationalen Terrororganisation. „Al-Qaida Plus" nennt Abadi den IS. Der Kern der Terrormiliz stamme aus jener Zeit, als der Bürgerkrieg in Bagdad tobte – 2006/07 und 2008. Der Soziologe sieht die Motivation der IS-Kämpfer daher auch nicht nur ideologisch. „Ideologie alleine reicht nicht." Vielmehr habe man es hier mit einer Radikalität zu tun, die mit den Jahren gewachsen sei.

Anfang 2012 erklärte die Organisation im Internet: „Viele Syrer haben Seite an Seite mit dem Islamischen Staat des Irak gekämpft, und es sind gute Neuigkeiten, dass irakische Kämpfer angekommen sind, um mit ihren Brüdern in Syrien zu kämpfen." Die Gruppe empfahl den syrischen Rebellen, dieselben improvisierten Sprengsätze am Straßenrand zu verwenden, die sich im Irak-Krieg als äußerst tödlich erwiesen haben. Kämpften einst syrische Sunniten im Irak gegen die amerikanischen Besatzer und die mit ihnen verbundene schiitisch dominierte Regierung, revanchierten sich nun die Glaubensbrüder im Kampf gegen Assad. Der Machtkampf auf dem Rücken der Religion setzt sich auch in diesem Fall über die Grenzen hinweg fort.

Umstrittene Grenzen Im Ort Rabia an der syrisch-irakischen Grenze spielt sich seit Jahren ab, was sich zu großer Politik in der Region ausgewachsen hat. In den vergangenen Monaten ging die Kontrolle über den Grenzübergang in der irakischen Provinz Nineve beständig hin und her. Mal kontrollierte IS, mal die irakische Armee, jetzt die kurdischen Peschmerga. Doch wichtiger als der Grenzübergang selbst, sind die Felder und Wiesen links und rechts – die so genannte Grüne Grenze. Schon immer wurde hier geschmuggelt: Zigaretten, Alkohol, Luxusgüter, Technologie. Alles, was im Irak wegen des Embargos in den 1990er-Jahren nicht zu haben war, wurde hier verschoben. Auch Menschen gingen hin und her.

Die Stammesgesellschaften Syriens und Iraks haben das von Großbritannien und Frankreich 1916 geschlossene Sykes-Picot-Abkommen mit den willkürlich gezogenen Grenzen nie akzeptiert. Mitglieder einer der größten Stämme im Irak – Schammar – leben auch in Syrien und Jordanien. Handel und Wandel über die Grenzen hinweg blieb Tradition. Als die Zentralregierungen in Bagdad und Damaskus immer schwächer wurden, verstärkte sich das Treiben an den Nahtstellen der beiden Länder umso mehr.

Als die US-Soldaten Ende 2011 aus dem Irak abzogen, wurden in Rabia nicht mehr nur Zigaretten und Alkohol geschmuggelt, sondern Kalaschnikows, Panzerabwehrraketen, Sturmgewehre, Molotow-Cocktails und jede Menge Sprengstoff. Mit Dollars aus Saudi-Arabien und Katar deckten sich sunnitische Kämpfer mit militärischem Gerät ein, die Schiiten bekamen Rial aus Teheran. Selbst in der mehrheitlich von Sunniten bewohnten Provinz Anbar, nordwestlich von Bagdad, fand man iranisches Geld bei toten Kämpfern. Ein Stellvertreterkrieg zwischen Iran und Saudi-Arabien um die Vormachtstellung in der Region war längst entbrannt, auch wenn er während der Anwesenheit der Amerikaner im Irak nicht voll zum Ausbruch kam.

Hinter vorgehaltener Hand bestätigen indes amerikanische Militärs, dass von Anfang an auch mit saudischem Geld Waffen gekauft wurden, die dann Amerikaner töteten. Offen zugegeben wurde dies nicht. Die Saudis gelten als Verbündete Washingtons und des Westens.

So ist das nächste Schlachtfeld bereits eröffnet. Derzeit bahnt sich im Jemen die nächste Katastrophe an. Angeblich sollen die schiitischen Huthi-Rebellen, die derzeit auf dem Vormarsch sind, von Iran unterstützt werden. Damit rechtfertigt Saudi-Arabien die arabische Allianz aus ausschließlich sunnitischen Ländern, die Luftangriffe auf Aden und Sanaa fliegt. Der Mittlere Osten steht in Flammen – ganz so wie es der syrische Diktator Assad vor vier Jahren prophezeit hat. *Birgit Svensson*

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin im Irak.

Die Büchsen der Pandora

AUSSENPOLITIK Vom Sturz Mossadeghs bis zum Einmarsch in den Irak – die Politik des Westens hat die islamische Welt in weiten Teilen destabilisiert

Gerne nimmt westliche Politik für sich in Anspruch, „werteorientiert" zu handeln. Im Nahen und Mittleren Osten aber, und nicht nur dort, hat sie vielfach verbrannte Erde hinterlassen. Die Akteure sind dabei in erster Linie die USA und ihr engster Verbündeter, Großbritannien. Spätestens seit dem 11. September 2001 gehören aber auch die übrigen Mitgliedstaaten der EU dazu, nicht zuletzt Deutschland.

Wer die Konflikte der Gegenwart, darunter den Vormarsch des „Islamischen Staates", die Konfrontation mit dem Iran oder den Krieg in Syrien verstehen will, muss sich mit westlicher Politik und ihrer Einflussnahme auf die Region seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs befassen. Selbstverständlich ist sie nicht der alleinige Brandstifter, aber ein verlässlicher.

Sündenfall Iran Es fängt an mit dem Sturz des iranischen Premierministers Mohammad Mossadegh 1953, dem Sündenfall schlechthin. Seither hat sich das Grundmuster westlicher Interventionen in der arabisch-islamischen Welt kaum verändert. Allem voran die Neigung, die Konfliktparteien in „gut" und „böse" zu unterteilen. Mossadegh, der 1951 die von Großbritannien kontrollierte iranische Erdölindustrie verstaatlicht hatte, bezahlte dafür zwei Jahre später mit einem von britischen und US-Geheimdiensten inszenierten Putsch. Ihm folgte der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser, der 1956 den Suezkanal verstaatlicht hatte. Mit Hilfe des Suezkrieges sollte er gestürzt werden – ohne Erfolg.

Das absolut Böse hat natürlich sein Pendant, das selbstlos Gute nämlich. Die Guten sind wir, die westliche Politik, weil sie für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte steht. Westliche Politiker vermeiden es nach Möglichkeit, von Interessen zu reden. Lieber erwecken sie den Eindruck, sie betrieben ein weltweit angelegtes Demokratisierungs- und Wohlfahrtsprogramm. Eigene Fehler, Versäumnisse, Lügen und Verbrechen, die in der arabisch-islamischen Welt allein seit 9/11 hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, vor allem im Irak, werden nicht selten großzügig übersehen. Und selbstverständlich haben die Guten das Recht, die Bösen zu bestrafen, mit Hilfe etwa von Wirtschaftssanktionen. Immer in der leisen Hoffnung auf einen Regimewechsel. In jüngster Zeit sind sie vor allem gegen den Iran und Russland verhängt worden.

Die Guten glauben, dass ihre Moral eine überlegene sei, weil sie für die Freiheit der Ukraine oder Menschenrechte im Iran streiten. Oft geht es aber darum, geopolitische Widersacher auszuschalten, zu schwächen oder kleinzuhalten. Der Umstand, dass Länder wie China, Indien oder Brasilien der Sanktionspolitik des Westens nicht folgen, weder gegenüber Russland noch dem Iran, irritiert deren Verfechter nicht – ihnen gilt Washington als Nabel der Welt. Sie empfinden es auch nicht als Widerspruch, dass die viel beschworenen „Werte" im Umgang mit befreundeten Staaten kaum eine Rolle spielen. Das gilt zum Beispiel hinsichtlich des radikalen wahhabitischen Staatsislam in Saudi-Arabien, dem ideologischen Bruder im Geiste von Al-Qaida, den Taliban oder dem „Islamischen Staat".

Die USA haben seit 2001 in sieben mehrheitlich muslimischen Ländern militärisch interveniert oder sie mit Drohnen angegriffen: Afghanistan, Irak, Somalia, den Jemen, Pakistan, Libyen, Syrien. In welchem dieser Staaten haben sich anschließend die Lebensbedingungen der Bewohner verbessert, zeichnen sich Stabilität und Sicherheit ab? Gibt es eine einzige militärische Intervention des Westens, die nicht Chaos, Diktatur, neue Gewalt zur Folge gehabt hätte? Tatsache ist: Ohne den von den USA im Rahmen einer „Koalition der Willigen" herbeigeführten Sturz Saddam Husseins 2003 und der anschließenden Verheerung des irakischen Staates durch die amerikanische Besatzungspolitik würde es heute den „Islamischen Staat" nicht geben.

Al-Qaida und die Taliban sind hervorgegangen aus jenen Glaubenskämpfern, den Mudschaheddin, die in den 1980er Jahren von Washington und Riad finanziert wurden, um in Afghanistan gegen die sowjetischen Besatzer zu kämpfen. Sowohl Al-Quaida wie auch der „Islamische Staat" sind beide das Ergebnis einer überaus kurzsichtigen Politik seitens der USA. Anders gesagt: Der Westen züchtet sich seine terroristische Bedrohung zu einem erheblichen Teil selbst. Doch die politisch Verantwortlichen lernen nichts aus ihren Fehlern, zeigen sich blind gegenüber der Geschichte. Kaum ein Historiker bezweifelt, dass es ohne den Putsch gegen Mossadegh 1953 nicht die extreme Gegenreaktion 26 Jahre später gegeben hätte, in Gestalt der Islamischen Revolution im Iran 1979.

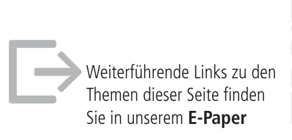


US-Invasion im Irak 2003: Grundstein für den Terror des „Islamischen Staates"? © picture-alliance/dpa

Ob Mossadegh oder die Mudschaheddin, der rote Faden in der Dramaturgie Washingtons ist kaum zu übersehen: Keine Macht in der Region und anderswo zu dulden, die andere als amerikanische und westliche Interessen vertritt. Die Entschlossenheit, die Islamische Republik Iran mit allen Mitteln zu bekämpfen, prägte auch den irakisch-iranischen Krieg von 1980 bis 1988. Washington unterstützte den Aggressor Saddam Hussein, um einen iranischen Sieg zu verhindern. Mit Kriegsende war der Irak faktisch bankrott. Saddam marschierte daraufhin 1990 in Kuweit ein, um die Staatskasse aufzufüllen. Damit wurde auch er zum „Bösen" und 2003 schließlich mit Hilfe des US-geführten Einmarsches gestürzt. Die unkluge Besatzungspolitik förderte die Konfessionalisierung des Landes, benachteiligte die Sunniten zugunsten der Schiiten und ließ eine Aufstandsbewegung entstehen, aus deren Reihen der „Islamische Staat" erwuchs.

Schwerwiegende Folgen In Syrien wiederum sollte unbedingt Baschar al-Assad gestürzt werden. Nicht weil er ein Verbrecher wäre. Sondern weil er der engste Verbündete Teherans in der Region ist. Eine „Mission impossible", wie vielen mittlerweile dämmert. Westliche Politik hat, gemeinsam mit unfähigen, allein auf ihren Machterhalt versessenen arabischen Herrschern, die arabisch-islamische Welt in weiten Teilen destabilisiert. Die Folgen betreffen uns alle: in Form von Terror, Instabilität und immer neuen Flüchtlingswellen. *Michael Lüders*

Der Autor ist Islamwissenschaftler und Publizist. Sein aktuelles Buch „Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet" ist soeben im C.H. Beck Verlag erschienen.







Kampf gegen die „Ungläubigen": Anschlag auf das New Yorker World Trade Center 2001, Mudschahedin um 1980 in Afghanistan.

Globalisierung des Terrors

ISLAMISMUS Wie der Westen zu einem der Brennpunkte des »Heiligen Krieges« wurde

Spätestens seit dem 11. September 2001 hat der Begriff Islamismus Hochkonjunktur. Die vom Terrornetzwerk Al-Qaida verübten Anschläge in den USA mit fast 3.000 Toten haben das Bild von fanatischen Muslimen geprägt, die ihre Vorstellung vom „wahren Islam" gewaltsam in die Welt tragen. Dieses Bild greift zwar zu kurz, weil längst nicht alle Islamisten gewaltbereit sind. Tatsache ist aber, dass in den vergangenen drei Jahrzehnten viele islamistische Organisationen und Netzwerke entstanden sind, die ihre Ziele auf dem Wege des Terrors durchzusetzen versuchen (siehe Text „Islamistische Gruppen"). Die meisten sind, wie Boko Haram, ausschließlich in ihren Heimatländern aktiv, nur sehr wenige operieren wie Al-Qaida weit über Landesgrenzen hinaus.

Auch ideologisch unterscheiden sich Islamisten in den verschiedenen Ländern der Welt stark voneinander. Was sie im Kern eint, ist das Streben nach einem islamischen Staat. Nationalität ist darin unbedeutend, stattdessen soll die Religion, der Islam, das individuelle, gesellschaftliche und politische Leben vollends bestimmen.

Die 1928 in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft (siehe Text unten) war die erste große Bewegung, die das offen propagierte. Etwas später folgte in einem anderen Teil der Erde der indisch-pakistanische Journalist Sayyid Abul Ala Maududi (1903-1979), auf dessen Schriften sich bis heute viele Islamisten berufen. Die 1941 von ihm gegründete Partei „Jamaat-e-Islami" entwickelte sich zur einflussreichsten religiösen, anti-laizistischen Partei Pakistans.

Die Gewalt richtete sich zunächst gegen die einheimischen Regime.

Maududi forderte die Muslime nicht nur zum „Heiligen Krieg" (siehe Seite 11) auf („Entfernt die Menschen, die sich gegen Gott aufgelehnt haben, aus ihren Führungspositionen und errichtet das Kalifat."). Er nahm auch Gewalt zur Erreichung dieses Ziels in Kauf: „Was bedeutet der Verlust einiger Menschenleben (...) gegenüber dem Unheil, das die Menschheit befallen würde, wenn das Böse über das Gute und der aggressive Atheismus über die Religion Gottes den Sieg davontragen würde?"

Mit dem Westen hatte dieser Heilige Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch noch nichts zu tun. Zunächst richtete sich die Gewalt radikaler Islamisten gegen die einheimischen, vorwiegend säkularistischen Regime. „Zentrales Anliegen der verschiedenen islamistischen Organisationen, wie sie sich nach der Gründung der Muslimbruderschaft auch außerhalb Ägyptens herausgebildet haben", urteilt der Jenaer Islamwissenschaftler Tilman Seidensticker, „war die Wiederherstellung des ‚richtigen' Islams innerhalb der islamischen Welt." Angriffe auf politische Eliten, wie die Ermordung des ägyptischen Staatspräsidenten Anwar al-Sadat 1981, seien islamrechtlich damit begründet worden, dass es sich bei ihnen nur nominell um Muslime handele, sie tatsächlich aber als Ungläubige anzusehen seien.

Zunehmend bedeutsam wurde aber auch die Abwehr von politischer, ökonomischer und kultureller Beherrschung durch den Westen. So kam es in verschiedenen islamischen Ländern zu Angriffen gegen westliche militärische Einrichtungen und Botschaften, etwa während des libanesischen Bürgerkrieges. Der Anschlag auf einen US-Stützpunkt 1983 in Beirut forderte beispielsweise mehrere hundert Todesopfer und führte zum Abzug der multinationalen Streitkräfte .

Ein Motor für die Radikalisierung war die sowjetische Invasion in Afghanistan.

Doch erst mit Beginn der 1990er Jahre erreichte der islamistische Terror, genauer gesagt der Terror von Al-Qaida, den Westen. Ab 1993 plante und verübte die Organisation in den USA zahlreiche Anschläge. Mit dem (weitgehend gescheiterten) Bombenangriff auf das World Trade Center 1993 in New York attackierten die Islamisten erstmals ein Symbol westlicher wirtschaftlicher Hegemonie. „Der Islamismus", erklärt Islamexperte Seidensticker, „wurde für die radikalen Strömungen in dieser Zeit zu einer militanten Ideologie, die sich auf ein Narrativ von den Muslimen als Opfer einer Verschwörung von ‚Kreuzzüglern und Zionisten' stützt."

Eine Entwicklung, die von verschiedenen Motoren vorangetrieben wurde, allen voran der sowjetischen Besatzung in Afghanistan (1979-1989) und der Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabien. Ab 2003 beförderte die Invasion US-amerikanischer und britischer Truppen in den Irak zudem das Entstehen der Terrorgruppe „Islamischer Staat".

Besonders Afghanistan erweist sich im Rückblick als bedeutende Brutstätte des globalen islamistischen Terrors. Denn dorthin strömten ab 1979 tausende Freiwillige („Mudschahedin") aus verschiedenen islamischen Ländern, um gegen die sowjetischen, „ungläubigen" Invasoren zu kämpfen – großzügig unterstützt von den Vereinigten Staaten, Saudi-Arabien und Pakistan. Das erwies sich später als Bumerang. Denn viele dieser Mudschahedin schlossen sich Ende der 1980er Jahre zusammen, um den „Heiligen Krieg" auch außerhalb Afghanistans fortzusetzen. Angeführt von dem in Saudi-Arabien geborenen, späteren Top-Terroristen Osama bin Laden entstand Al-Qaida – und die Gruppe attackierte bald auch den Erzfeind USA: Durch Terroranschläge sollten sie zum Rückzug aus Saudi-Arabien sowie zum Ende der Finanzhilfen für Ägypten gebracht werden. Außerdem wollten die Islamisten die Amerikaner als Schutzmacht Israels treffen.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 schlossen sich auch viele europäische Länder dem US-geführten „Krieg gegen den Terror" an. In der Folge nahm die islamistische Gewalt auch in Europa zu. Allein bei den Anschlägen von Madrid (2004) und London (2005) starben 247 Menschen. In beiden Fällen hatten die Terroristen – viele von ihnen pakistanischer Herkunft – gar keine Verbindungen zu Al-Qaida. Sie handelten autonom, angestachelt aber von den zahlreichen Videobotschaften der Terrororganisation. Muslime in aller Welt werden darin aufgefordert, Ungläubige und Feinde des Islams zu töten und die Ehre des Propheten Mohammed zu verteidigen. *Johanna Metz*

»Es ist sehr schwierig, eine Idee zu töten«

ÄGYPTEN Die Muslimbruderschaft zählt weltweit zur größten Bewegung des politischen Islams. Ihr wahrer Charakter ist nach wie vor undurchschaubar

Ihr robustes Fundament ist ein fast unsichtbares, feinmaschiges Netz mit Knotenpunkten in 78 Ländern, das Millionen von Mitgliedern zusammenhält. Undurchschaubar ist es wie auch der „wahre" Charakter der Muslimbruderschaft. Die tunesische Ennahda-Partei hat hier ebenso ihre Wurzeln wie die palästinensische Terrororganisation Hamas; so weit ist ihre ideologische Bandbreite. Möglichst wenig Preis geben, das ist das Leitmotiv der Mutterbewegung, der Muslimbruderschaft in Ägypten. Sprecher Gehad Haddad: „Unsere Organisation wurde über achtzig Jahre lang im Schatten von Unterdrückung und Verfolgung aufgebaut", erklärt Haddad. „Im Geheimen fühlen wir uns wohl."

Er sagte dies im Spätsommer 2013, im Moment der schwersten Krise der Bewegung. Am 3. Juli 2013 entfernte der damalige Oberbefehlshaber der ägyptischen Armee, Abdul Fatah as-Sisi, den von der Muslimbruderschaft gestellten Präsidenten Mohammed Mursi aus dem Amt. Mit Mursi wurde der gesamte Führungskader sowie zehntausende Gefolgsleute inhaftiert. Nach 18 Monaten an den Machthebeln Ägyptens wurde die Gruppe damit in den Aggregatzustand ihrer Entstehung im März 1928 zurück katapultiert: Als geheime Bewegung, als Staat im Staat.

Gegründet wurde sie durch den Volksschullehrer Hassan al-Banna. Mit sechs Tagelöhnern bildete er die erste Zelle der Bruderschaft. Ihr Logo ist seit jeher ihr Programm: Zwei gekreuzte Schwerter, grüner Hintergrund, eine symbolische Darstellung des Korans ergänzt mit dem Slogan: „Islam ist die Lösung." Die Bruderschaft verstand sich als Emanzipationsbewegung gegen die Übermacht des „Westens", basierend auf Re-Islamisierungstheorien des 19. Jahrhunderts. Al-Bannas Plan: Nach dem Ende des Osmanischen Kalifats, 1924, sollte die Bruderschaft dafür sorgen, dass ein „gemeinsamer Staat aller Muslime", aufgebaut wird. Der Weg dorthin sollte über die „Erziehung" der Gemeinschaft führen. Die Mitglieder der Bruderschaft sollten als „perfekte" Muslime, die sich für das Gemeinwohl engagieren, für die Idee werben und so nach und nach die Gesellschaft revolutionieren. Der Gedanke der globalen Wirkung ist untrennbar mit dem Wesen der Bruderschaft verbunden. So fasste sie nach dem Zweiten Weltkrieg auch in den USA, in Europa, in Österreich, Deutschland und vor allem in Großbritannien Fuß. Abdel al-Galil al-Scharnubi, der für die Öffentlichkeitsarbeit der Muslimbruderschaft zuständig war, bevor er die Bewegung 2012 verließ, betont: „Die Ableger im Ausland sind wichtig, vor allem für ihre Finanzierung. Die hohen Ausgaben für ihre eigenen Schulen, für Spitäler und Wohltätigkeitsorganisationen sind nur möglich, weil es globale Investitionen und Erträge gibt."



Der Chef der Muslimbrüder, Mohammed Badie, sitzt in Ägypten in Haft.

Die Koppelung von Wohltätigkeit und der Mission des „wahren Islam" zählt zu den zentralen Methoden der Bewegung. So unterhielt die Bruderschaft in Ägypten jahrzehntelang Krankenhäuser, in denen jährlich zwei Millionen Bedürftige behandelt wurden. Das garantierte eine tiefe Verankerung in der Gesellschaft, die ein Grund für die fulminanten Wahlerfolge ab 1984 war.

Die zweite Säule des Erfolges ist der enge Zusammenhalt. Zirka 800.000 Mitglieder zählt die Bewegung allein in Ägypten; die Hälfte sind Frauen. Der Aufnahmeprozess dauert Jahre. Verbunden sind die Mitglieder über „Familien" („Usras"). Sie bestehen aus acht bis zehn Mitgliedern und treffen sich mindestens einmal pro Woche. „Du bist, sobald du zum vollwertigen Mitglied erklärt wirst, nichts mehr als Teil der Bewegung. Dein ‚Ich' hört auf zu existieren, es wird durch ein ‚Wir' ersetzt", berichtet Ex-Bruder Abdel al-Galil Al-Sharnubi über den hohen Grad der sozialen Kontrolle innerhalb der Gruppe.

Die Usras schicken einzelne Abgeordnete in Komitees, die auf regionaler Ebene Entscheidungen treffen. Außerdem bilden sie einen internationalen Schura-Rat mit 130 Mitgliedern, der ähnlich wie eine Regierung mit Fachministern aufgebaut ist. Von dort aus werden Anweisungen blitzschnell zurück nach unten gegeben. An der Spitze steht der spirituelle Führer der ägyptischen Mutterbewegung. Derzeit ist es Mohammed Badie, er ist in Haft und bereits mehrmals zum Tode verurteilt.

Ein Ende der Bewegung bedeutete dies freilich nicht, auch nicht ihre erneute Klassifizierung als Terrorgruppe in Ägypten. Die Bruderschaft war fast während ihres gesamten Bestehens in Ägypten verboten, in Syrien, Libyen und Tunesien schien sie gänzlich ausradiert. Ihr widerstandsfähiges und unsichtbares Netz wirkte jedoch wie eine widerstandsfähige Lebensader, wie die Entwicklungen nach 2011 zeigten. „Man muss sich immer vor Augen führen: Die Muslimbruderschaft ist nicht einfach eine Organisation. Sie ist vielmehr die Verkörperung einer Idee. Und es ist sehr schwierig, eine Idee zu töten", urteilt Shadi Hamid, Leiter der Denkfabrik „Brookings Center" in Katars Hauptstadt Doha. *Petra Ramsauer*

Die Autorin berichtet als freie Journalistin aus dem Nahen Osten. Im März 2014 erschien ihr Buch „Muslimbrüder" (Molden Verlag, Wien).



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

ISLAMISTISCHE GRUPPEN

Al-Qaida/Al-Nusra-Front

Das global operierende Terrornetzwerk Al-Qaida ist unter anderem Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001 in den USA. Der Saudi-Araber Osama bin Laden (1957-2011) gründete es im August 1988 während des Afghanistan-Krieges als losen Zusammenschluss junger Muslime, die am Kampf gegen die sowjetischen Invasoren teilgenommen hatten. Mitte der 1990er-Jahre verbündete bin Laden sich mit der ägyptischen Dschihad-Organisation unter Führung des heutigen Al-Qaida-Chefs Aiman as-Zawahiri. Damals beschlossen die Partner, ihre Strategie zu internationalisieren und den gemeinsamen Feind, die USA, anzugreifen. Die Amerikaner sollen durch Terroranschläge zum Rückzug aus Saudi-Arabien und anderen arabischen Ländern bewegt werden. Ziel ist es außerdem, Israel zu vernichten und in den „befreiten" islamischen Staaten einen Gottesstaat zu errichten. Al-Qaida ist heute ein loses Netzwerk mit weitgehend autonom agierenden Zellen in zahlreichen Ländern. Zu ihm gehören unter anderem die Gruppen im Mahgreb, im Jemen sowie die in Syrien operierende Al-Nusra-Front.

Islamischer Staat (IS)

Der „Islamische Staat" hat seine Wurzeln im Widerstand gegen die US-amerikanische Intervention im Irak im Jahr 2003 und die neue irakische Regierung. Damals wurde das Land zum Sammelbecken für Islamisten aus aller Welt. 2004 wurde die sunnitische Terrororganisation aktiv und verübte im Irak schwere Attentate. Ziel ist es, einen Gottesstaat (Kalifat) im Nahen Osten zu errichten. Er soll das Gebiet der Staaten Syrien, Irak, Libanon, Israel, Palästina und Jordanien umfassen. Große Gebiete in Syrien und dem Irak hat der IS bereits unter seine Kontrolle gebracht – und das mit äußerster Brutalität. Im Juni 2014 rief er das Kalifat unter Führung des Irakers Abu Bakr Al-Baghdadi aus. Das religiöse Gesetz des Islams, die Scharia, wird auf diesem Gebiet radikal ausgelegt. Seit Juli 2014 bekämpft eine US-geführte Koalition im Irak die Terrorgruppe durch Luftschläge.

Hisbollah

Die im Libanon operierende schiitische Hisbollah entstand 1982 als Reaktion auf die damalige israelische Besatzung. Sie besteht aus einer Miliz, die unter anderem von der EU als terroristische Vereinigung eingestuft wird, und einer Partei, die mit 14 Abgeordneten im libanesischen Parlament vertreten ist. Die Hisbollah-Miliz lehnt das Existenzrecht Israels ab. Sie ist für zahlreiche Anschläge auf die israelische Armee verantwortlich; bei vielen weiteren Anschlägen gegen jüdische und westliche Einrichtungen wird ihre Beteiligung vermutet. Eine UN-Resolution sieht seit 2006 die Entwaffnung der Hisbollah und anderer Milizen im Libanon vor, jedoch wurde sie bis heute nicht umgesetzt. Unterstützung erhält die Organisation von Syrien und dem Iran. Einheiten der Hisbollah kämpfen derzeit in Syrien auf Seiten der Regierungstruppen.

Hamas

Die „Islamische Widerstandsbewegung" (kurz: Hamas) wurde 1987 als palästinensischer Zweig der ägyptischen Muslimbruderschaft gegründet (siehe Text unten links). Seit ihrem Wahlsieg im Jahr 2006 regiert sie den Gaza-Streifen. Hochrangige Mitglieder haben wiederholt den Holocaust geleugnet. Gewalt sieht sie als legitimes Mittel an, um ihr Ziel, die die Vernichtung Israels, zu erreichen; zahlreiche Selbstmordattentate und Raketenangriffe gehen auf ihr Konto. Weil die Hamas sich in Gaza auch sozial engagiert, Arme unterstützt und Schulen betreibt, genießt sie in weiten Teilen der Bevölkerung großen Rückhalt. Ende August 2014 endete nach 50 Tagen der Krieg zwischen Israel und der Hamas. Dabei starben mehr als 2.100 Palästinenser und 70 Israelis.

Boko Haram

Boko Haram (übersetzt: „Westliche Bildung ist Sünde") ist eine islamistische Terrorgruppe, die vor allem im Norden Nigerias operiert. Ihr Ziel ist unter anderem die Einführung der Scharia im ganzen Land. Vorbild sind die afghanischen Taliban. Entstanden Mitte der 2000er-Jahre macht die Gruppe vor allem durch blutige Massaker an Christen und Muslimen sowie Kämpfen mit der Armee von sich reden. Internationale Aufmerksamkeit erregte sie durch die Entführung von mehr als 200 Frauen und Mädchen aus einer Schule im April 2014. Im März 2015 hat Boko Haram sich formell dem „Islamischen Staat" angeschlossen. Derzeit kämpft eine multinationale Truppe gegen die Terrororganisation, allerdings mit mäßigem Erfolg. *joh/scr*

Um Gottes Willen

DSCHIHAD Die Deutung als »Heiliger Krieg« greift zu kurz


Anhänger des „Islamischen Dschihad in Palästina“ im Jahre 2012 © picture-alliance/dpa

Handelt es sich beim Dschihad um einen militanten Kampf gegen Andersgläubige oder um das Bemühen für ein gottgefälliges Leben? Die immer wieder zu findende Übersetzung von Dschihad als „Heiliger Krieg“ jedenfalls verzehrt den Begriff in hohem Maße. Ein Verständnis von Dschihad, das sich nur auf ein oberflächliches Lesen des Korans stützt, führt in die Irre. Auch ein Verständnis der durch Rechtsschriften geprägten Vorstellung von Dschihad, die etwa über Kriegsrecht handeln, ist nur eine Teilwahrheit.

Was bleibt also? Schauen wir in den Koran, ist das Bild uneinheitlich. Es wird in der einen oder anderen Form der Begriff Dschihad an rund 40 Stellen erwähnt, von denen nur zehn sich eindeutig auf die Kriegsführung beziehen. Ist koranisch vom Krieg die Rede, werden häufiger andere Begriffe verwendet. Schaut man in repräsentative Korankommentare können wir sehen, dass in früher Zeit Dschihad eher als Anstrengung der Gläubigen verstanden wurde, gottgefällig zu leben. Erst später findet sich ein Verständnis von Dschihad als rein militärischem Kampf.

In der frühen Sammlungen von Hadithen, also der Überlieferungen von und über den Propheten Muhammad, sehen wir eine intensive Debatte darüber, ob die Kriegsführung moralisch höherwertig als andere religiöse Pflichten sei. Interessant ist, dass gerade in Syrien, also der Front gegenüber dem damaligen byzantinischen Reich, die Pro-Kriegs-Auffassung von Dschihad überwog. In den späteren großen Hadithsammlungen wird Dschihad eher als Krieg verstanden – ohne allerdings andere Auffassungen völlig auszuschließen. Als wichtigste gegenläufige Position mag eine Überlieferung gelten, die den inneren Kampf mit der Triebseele als wichtiger als den militärischen Kampf ansieht.

Streben nach Erkenntnis Bis zum 9. Jahrhundert entwickelte sich unter dem Begriff des Dschihad eine kriegsrechtliche Lehre, die den Anforderungen der Legitimierung und Regulierung der Kriege der neuen islamischen Reiche entsprang. Ein wichtiges Element war dabei die Unterscheidung zwischen der Pflicht zum kollektiven Dschihad, der in erster Linie den Herrschern und ihrer Armee oblag, und der Pflicht zum individuellen Dschihad, der jeden einzelnen Gläubigen im Verteidigungsfalle traf. Damit war ein Freiraum für die Gläubigen geschaffen, der die Kriegszwänge vormoderner Zeiten einhegte. In späteren Korankommentaren ist allerdings zu finden, dass selbst koranische Begriffe allein für Krieg und Kampf – also nicht Dschihad – als innerer Kampf gegen die Triebseele und Streben nach Gotteserkenntnis verstanden werden.

Es gibt auch jenseits des Korans und der Hadithe Quellen für den Begriff. In einem Fürstenspiegel, einem Ratgeber für künftige Herrscher aus dem 12. Jahrhundert, wird der Dschihad erwähnt. Zuerst wird ausführlich der Dschihad als Anstrengung gegen die Versuchungen der Triebseele beschrieben. Erst dann wird der militärische Dschihad erwähnt, ein für Herrscher unabdingbarer Bereich, dem allerdings der Dschihad gegen die Triebseele vorgereiht wird.

In einem Handbuch für Sufis, islamische Mystiker aus dem 11. Jahrhundert, wird Dschihad in genau dieser Lesart verstanden. Ähnliche Auffassungen finden sich in vielen etlichen sufischen Quellen. Bedenkt man, dass für lange Jahrhunderte der Sufismus das religiöse Leben in muslimischen Gesellschaften prägte, dürfte dieses Dschihadverständnis wohl prägend gewesen sein. Allerdings ist auch für Sufis der militärische Dschihad weiterhin präsent. Ob er geführt wurde, hing von den historischen Umständen ab.

Die Predigt für den Dschihad war oft an besondere historische Ereignisse gebunden. Der erste Kreuzzug bedeutete einen Aufschwung der Dschihadpredigt und -dichtung im syrischen Raum, die allerdings bewusst belebt werden musste. War die akute Gefahr vorbei, ließ auch die Dschihadbegeisterung nach: Die Menschen neigten eher zur Koexistenz mit den ansässig gewordenen Franken – und wandten sich manchmal mit ihnen gemeinsam gegen neue Kreuzfahrer.

Im damals muslimischen Teil der Iberischen Halbinsel wurde angesichts der Konfrontation mit den christlichen Gegnern der militärische Dschihad immer wieder betont; manchmal wurde er für eine Pilgerfahrt gehalten. Militärischer Dschihad wurde aber auch gegen andere Muslime geführt.

Bei der Zwölfer-Schia, jener im 10. Jahrhundert im heutigen Irak entstandenen Gruppierung der Schiiten, ist der offensive militärische Dschihad theoretisch suspendiert bis der in der Verborgenheit lebende zwölfte Imam wieder erscheint; ein Verteidigungskrieg ist weiterhin erlaubt. Allerdings gab es immer wieder Versuche, auch führenden Gelehrten und nicht nur dem Imam zu erlauben, zum Dschihad aufzurufen. Moderne zwölfer-schiitische Theoretiker betonen den Dschihad häufig als Kampf gegen Ungerechtigkeit.

In zwölfer-schiitischen Korankommentaren findet sich zum Beispiel bei einem herausragenden schiitischen Philosophen des 17. Jahrhunderts die klare Betonung des Dschihad als spirituelle, innere Anstrengung auf dem Weg zu Gott. Beim vielleicht bedeutendsten zwölfer-schiitischen Korankommentator des 20. Jahrhunderts finden sich zwar Erwähnungen kriegsrechtlicher Regelungen, aber vor allem die Erweiterung des Dschihadbegriffes auf den inneren Kampf beziehungsweise den Kampf gegen das Böse – ein Kampf, dem der Vorrang gegeben wird.

Auch im sunnitischen Bereich gibt es ähnliche Konfigurationen. Einer der führenden sunnitischen Gelehrten des 17. Jahrhunderts aus Damaskus erkennt zwar die Notwendigkeit eines Verteidigungskrieges an, gibt aber dem inneren Kampf gegen die negativen Bestrebungen der Triebseele den unbedingten Vorrang und sieht ihn als weit schwieriger als den militärischen Dschihad an.

Für die Vormoderne lässt sich festhalten, dass unter Dschihad auch Krieg nach außen und gegen Rebellen im Inneren verstanden wird; die Mehrzahl der Quellen beziehen sich aber eher auf einen Dschihadbegriff bezieht, der nicht militärisch ist.

Insbesondere im 19. und 20. Jahrhundert wurde der Begriff des gewaltsamen Dschihad als Bezeichnung für den bewaffneten Kampf insbesondere gegen Kolonialmächte aktualisiert, eine Vorstellung, die sich dann in Palästina oder im Libanon als gewaltsamer Kampf gegen Besetzung wiederfindet. Die Ausläufer dieses Begriffes kann man in arabischen Schulbüchern oder arabischen militärstrategischen Abhandlungen sehen, die eher vom militärischen Dschihad sprechen.

Befreiungskampf Die extreme Ausformung des militärischen Dschihadverständnisses sind die dschihadistischen Strömungen der Gegenwart. Die Mörder des ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat im Jahre 1981 hatten eine Programmschrift, die vom gewaltsamen Dschihad als vernachlässigter Glaubenspflicht sprach. Im Kampf gegen die Rote Armee, die 1979 in Afghanistan einmarschiert war, entstand der Dschihadimus als transnationale Bewegung. Es bildete sich eine Zweiteilung des Begriffes des gewaltsamen Dschihad heraus: Einmal als Kampf zur Befreiung besetzter oder für besetzt gehaltener muslimischer Länder (Afghanistan, später Bosnien und Irak) und zum anderen der transnationale Dschihad, der sich gegen mehrere Feinde wendet: den Westen, die arabischen Staaten, die als dessen Komplizen definiert werden, und später auch gegen die Zwölferschiiten.

Dieser gewaltsame Dschihad wurde zunächst als Verteidigungskrieg definiert, dann auch als Krieg zur Befreiung aller ehemals muslimischen Länder und in letzter Stufe als Krieg zur Unterwerfung der ganzen Welt. Dies wird besonders deutlich vom „Islamischen Staat“ nach der Ausrufung eines Kalifats im Sommer 2014 proklamiert. Der gewaltsame Dschihad ist das zentrale Merkmal dieser Strömung, die mit hohem Aufwand versucht, die islamischen Traditionen so zu interpretieren, dass sie alle möglichen Formen der Gewalt rechtfertigt.

Der Dschihad wird in der Gegenwart aber auch als Erziehungs-Dschihad oder im Iran als Aufbau-Dschihad gedeutet. Seit dem 19. Jahrhundert haben islamische Gelehrte immer wieder über einen friedlichen Dschihad als gewaltlosen Kampf gegen Ungerechtigkeit reflektiert, die muslimische Teilhabe am von Mahatma Gandhi geführten gewaltlosen Kampf wird so verstanden, in Indonesien betonen Vertreter muslimischer Massenorganisationen, Dschihad sei nicht Gewalt. Die innermuslimische Auseinandersetzung mit dem Dschihad hat auch theoretisch begonnen, aber bis jetzt bei weitem nicht die Breitenwirksamkeit jener Deutung erreicht, die den Begriff allein in seiner militärischen Dimension auslegt. *Rüdiger Lohlker*

Der Autor ist Professor für Islamwissenschaften am Institut für Orientalistik der Universität Wien.

VERFOLGTE CHRISTEN

Weltverfolgungsindex Auf rund 100 Millionen schätzt das überkonfessionelle christliche Hilfswerk „Open Doors“ die Zahl jener Christen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden. In 40 der 50 Länder, die der jährlich herausgegebene „Weltverfolgungsindex“ auflistet, macht die Organisation „islamischen Extremismus als eine oder die maßgebliche Triebkraft für die Verfolgung“ aus. Neun der ersten zehn Staaten auf dieser Liste sind – nach Nordkorea auf Platz eins – Länder mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit oder bedeutender muslimischer Minderheit. Darunter sind etwa Syrien, Sudan, Eritrea und Nigeria sowie Somalia, Irak, Iran, Afghanistan und Pakistan, die den Islam entweder als offizielle oder als Staatsreligion in ihrer Verfassung festgeschrieben haben.

Syrien und Irak Die Organisation spricht davon, dass zusätzlich zu gewaltsamen Übergriffen schleichende Islamisierung und die damit einhergehende Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung die christlichen Minderheiten unter wachsenden Druck setzen würden. Das relativ große Maß an Freiheit etwa für syrische Christen in der Zeit vor dem Bürgerkrieg habe durch das Kalifat des „Islamischen Staates“ (IS) ein Allzeittief erreicht. Von den 1,8 Millionen Christen aus der Zeit vor dem Bürgerkrieg würden nur noch 1,1 Millionen in Syrien leben, viele davon als Flüchtlinge im eigenen Land. Auch in Teilen des Iraks habe der IS Christen, Jesiden, Schiiten und Angehörige anderer Minderheiten vertrieben, viele seien grausam ermordet oder versklavt worden.

Iran und Türkei Auch der Iran, der im vergangenen Jahr noch an 9. Stelle auf dem Index notierte, ist auf Platz 7 vorgerückt. Anders als in Ländern wie Syrien oder Nigeria gehe die Verfolgung hier jedoch vom Regime selbst aus. Sorge bereitet den Herausgeber des Indexes zudem der Blick in die Türkei: Nach dreijähriger Abwesenheit kehre das Land unter die ersten 50 Länder des Weltverfolgungsindexes zurück. Wesentlich beigetragen zu der aktuellen Verschlechterung habe der wachsende islamische Nationalismus durch Präsident Erdogans „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP).

Abkehr vom Glauben Aufmerksam beobachtet „Open Doors“ zudem den Umgang mit jenen Menschen, die sich vom Islam abwenden. Für Apostasie, also die Abkehr vom Islam, droht in einigen muslimischen Ländern die Todesstrafe. Obwohl viele muslimische Staaten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und damit das Recht auf Religionsfreiheit und -wechsel anerkannt hätten, ermögliche dies nach islamischem Verständnis zwar einem Juden oder Christen Muslim zu werden, nicht aber einem Muslim Christ zu werden. Die 1990 von den Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz beschlossene „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ stelle die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unter den Vorbehalt der Übereinstimmung mit der Scharia.

Fehlender Mut zu schweren Entscheidungen

NAHOST-KONFLIKT Israel Premier Netanjahu distanziert sich von der Zweistaatenlösung. Von einer Beilegung ihres jahrzehntelangen Konflikts bleiben Palästinenser und Israelis weit entfernt

„Wer eine andere Lösung als die zwei Staaten hat, soll es mir sagen“; sagt Saeb Erekat. Der Chefunterhändler der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), war fast immer dabei, wenn Israelis und Palästinenser über die Aufteilung von Land und Wasser berieten, über die Rechte von Flüchtlingen, Regelungen für Siedler, Grenzverläufe, Sicherheit, Jerusalem und Gaza. Seit der Unterzeichnung der Osloer Prinzipienerklärung 1993 lautete das offizielle Ziel des nahöstlichen Friedensprozesses die Trennung der beiden Völker in zwei Staaten. Jassir Arafat, damals PLO-Chef, der frühere israelische Regierungschef Yizhak Rabin und Ex-Außenminister Schimon Peres wurden für die historische Einigung in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Unabhängigkeit Fast ein Vierteljahrhundert später erteilt Israels aktueller Regierungschef Benjamin Netanjahu der Zweistaatenlösung eine Absage. Unter seiner Regierung werde es keinen Palästinenserstaat geben, meinte er am Vorabend der Wahlen, die er Mitte März erneut für sich und seinen konservativen Likud entschied. Zum ersten Mal verweigert sich eine israelische Regierung offiziell dem Frieden - auch wenn Netanjahu kurz darauf rhetorisch zurückruderte.

Lange Zeit war es umgekehrt. Die arabischen Staaten lehnten den UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung Israels ab. Als David Ben-Gurion, der erste Regierungschef, im Mai 1948 die Unabhängigkeit des jüdischen Staates erklärte, griffen die bewaffneten Truppen aus Jordanien, Ägypten, Syrien, Libanon und Irak an. Erfolglos. Zum ersten Mal verschoben sich die Grenzverläufe zu Gunsten der Israelis, obschon Ägypten nach dem Krieg den Gazastreifen unter seiner Kontrolle hatte und Jordanien das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem und der Altstadt. König Abdallah in Amman gewährte den Palästinensern, die in sein Land flohen und der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland die jordanische Staatsbürgerschaft, während die Menschen im Gazastreifen staatenlos blieben.

Kaum 20 Jahre später unternahmen die arabischen Staaten 1967 einen zweiten Versuch, Israel von der Landkarte verschwinden zu lassen, und scheiterten erneut. Innerhalb von sechs Tagen eroberten die israelischen Truppen das Westjordanland, den Gazastreifen und die Golanhöhen. Trotz der Euphorie über den weitreichenden Sieg signalisierten die Israelis Verhandlungsbereitschaft. Die Arabische Liga beriet in der Hauptstadt vom Sudan über den nächsten Schritt und einigte sich rasch auf die Khartum-Resolution der drei Neins: Nein zum Frieden mit Israel, Nein zu Verhandlungen mit Israel und Nein zur Anerkennung Israels.

Der junge Jassir Arafat war zu diesem Zeitpunkt zwar schon Palästinenserchef, die 1964 gegründete PLO wurde aber als Alleinvertretung für die Palästinenser erst zehn Jahre später offiziell von der Arabischen Liga anerkannt und kurz darauf auch von der UN. Arafat setzte auf Terror als Mittel zur Befreiung Palästinas. Die PLO-Milizen lancierten in den Nachkriegsjahren ihre Angriffe gegen Israel von Jordanien aus, später aus dem Libanon und auch auf internationalem Terrain, oft in Form von Flugzeugentführungen. Der „Schwarze September“, Synonym für den palästinensischen Terror, sollte an den blutigen Herbst 1970 erinnern, als König Hussein die ihm bedrohlich gewordene PLO-Führung aus Jordanien vertrieb.


PLO-Führer Jassir Arafat, Israels Außenminister Schimon Peres und Ministerpräsident Yizhak Rabin (von links) 1994 bei der Verleihung des Friedensnobelpreises © picture-alliance/dpa

Friedensprozess Erst im November 1988 rief die PLO offiziell die Unabhängigkeit Palästinas aus, das an der Seite eines jüdischen Staates existieren sollte. Mit 40-jähriger Verspätung erklärten sich nun auch die Palästinenser grundsätzlich mit dem UN-Teilungsbeschluss einverstanden. Verzögert durch den zweiten Golfkrieg und dem in Israel bis 1992 gültigen Gesetz, das Kontakte zur PLO unter Strafe stellte, kam es erst im September 1993 zum offiziellen Start des Friedensprozesses zwischen Israel und der PLO, die bis heute die Verhandlungen im Auftrag der Palästinenser führt. Beginnend in Jericho und im Gazastreifen sollten sich die israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten zurückziehen, um nach fünf Jahren die Gründung Palästinas im Gazastreifen und Westjordanland zu ermöglichen. „Lieber ein kleines Israel, dafür aber jüdisch“, argumentierte der damalige Regierungschef Rabin für die Zweistaatenlösung, die Israel langfristig eine jüdische Mehrheit im eigenen Staat sichern sollte.

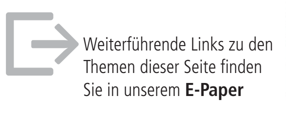
Als Rabin zwei Jahre später von einem jüdischen Extremisten in Tel Aviv erschossen wurde, gerieten die Verhandlungen rasch in eine Sackgasse. Auf beiden Seiten bremsten radikale Kräfte. Den Terror bekämpfen, als gebe es keine Verhandlungen, und Verhandlungen führen, als gebe es keinen Terror, war Rabins Devise. Es gelang seinem Nachfolger Schimon Peres nicht, und auch Ehud Barak, der im Sommer 2000 einen letzten Versuch zur Einigung mit Arafat unternahm, scheiterte.

Zweite Intifada Mit der anschließenden blutigen Terrorwelle der „Zweiten Intifada“ verlor Arafat seine Glaubwürdigkeit als Partner für den Frieden. Der konservative Regierungschef Ariel Scharon stellte den Palästinenserchef unter Hausarrest und reagierte mit massiven Militäreinsätzen gegen die Palästinenser. Im Alleingang entschied Scharon fünf Jahre später über den einseitigen Abzug aus dem Gazastreifen und ließ die jüdischen Siedlungen zum Teil sogar mit militärischer Gewalt räumen. Das neu entstandene Machtvakuum füllte die islamistische Hamas, die sich Anfang 2006 bei den allgemeinen palästinensischen Wahlen durchsetzte und kurz darauf die Kontrolle über den Gazastreifen gewann.

Die Palästinenser sind seither zerrissen. Im Gazastreifen herrscht die Hamas, im Westjordanland, wo Machmud Abbas seit dem Tod Arafats Präsident der Autonomiebehörde ist, die Fatach. Abbas hielt, ungeachtet des Siedlungsbaus, den Israel im Westjordanland vorantrieb, an Verhandlungen fest, will aber nun, da sich Netanjahu als Partner für die Zweistaatenlösung disqualifizierte, noch stärker als bisher den Konflikt auf die internationale Bühne verlagern. Anklagen vor dem Internationalen Strafgerichtshof stehen an und ein erneuter Antrag vor dem Sicherheitsrat auf die Anerkennung des Staates Palästina. „Mit jedem Stein einer Siedlung verstößt Israel gegen das Völkerrecht“, meinte Erekat jüngst.

Die PLO kündigte zudem an, die Sicherheitskooperation mit Israel einzustellen, was der Aufforderung gleichkommt, die israelischen Truppen wieder in Regionen zu stationieren, aus denen sie im Verlauf des Friedensprozesses schon abgezogen waren. Aus Mangel an Mut zu schweren Entscheidungen und Kompromissbereitschaft, die mal auf der einen Seite, mal auf der anderen Seite bestand, nie aber lange genug bei beiden Partnern gleichzeitig, rast die Region nun auf die Einstaatenlösung zu. Sie würde das Ende markieren vom Traum der Eigenstaatlichkeit für die Palästinenser und wohl auch von Israel als jüdischer und demokratischer Staat. Weil eine Zweistaatenlösung immer stärker zur Utopie werde, so schreibt der israelische Publizist Uzi Baram in der Tageszeitung „Haaretz“, müsse Israels Linke eine strategische Wende vollführen. Fortan gelte es, dafür zu sorgen, dass es in Israel gleiche Rechte geben wird für Juden wie für Palästinenser. *Susanne Knaul*

Die Autorin berichtet als freie Korrespondentin aus Israel.


Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



Auf alten Wegen

TÜRKEI Nicht die Islamisierung ist das Problem des Landes, sondern ein zunehmend autokratisches System

Als der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Anfang April der Familie des von Linksextremisten erschossenen Istanbuler Staatsanwaltes Mehmet Selim Kiraz einen Beileidsbesuch abstattete, betete der Staatschef zusammen mit den Angehörigen und las eine Sure des Korans. Für Erdogan ist es auch als Oberhaupt der säkularen Republik eine Selbstverständlichkeit, seine Religiosität als frommer Muslim offen zu zeigen und dem Islam im Alltag des Landes eine größere Rolle einzuräumen.

Ist die Türkei auf dem Weg in einen islamischen Gottesstaat? Viele Kritiker sind mehr als zwölf Jahre nach dem Machtantritt der Erdogan-Partei AKP überzeugt, dass die Gefahr für das Land ganz woanders liegt. Die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), im Jahr 2001 gegründet, hat ihre Wurzeln in früheren islamistischen Parteien der Türkei. Die bis dahin erfolgreichste dieser Parteien, die Wohlfahrtspartei (RP) des früheren Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan, wurde 1997 auf Druck der Militärs aus der Regierung gedrängt und 1998 verboten.

Die damaligen Jungstars der RP, unter ihnen Erdogan und der spätere Staatspräsident Abdullah Gül, gründeten die AKP, die sich nach dem Vorbild der christdemokratischen Parteien in Europa als wertkonservative Kraft auf der Grundlage religiöser Überzeugungen verstand. Für ihre säkularistischen Gegner war die AKP aber lediglich ein islamistischer Wolf im demokratischen Schafspelz. Noch im Jahr 2007 drohten die Militärs offen mit einem Putsch gegen Erdogan, ein Jahr später schafften es säkularistische Gegner fast, die AKP verbieten zu lassen.

Stimme der Kleinbürger Erdogan konnte diese Angriffe vor allem deshalb abwehren, weil die türkische Gesellschaft die ständigen Einmischungen der Militärs satt hatte und weil die AKP einer wichtigen Bevölkerungsschicht erstmals eine Stimme gab: Sie vertritt die konservativ-kleinbürgerlichen Anatolier, die von den lange herrschenden Säkularisten als rückständig und ungebildet bezeichnet wurden. In der Türkei bedeutete Laizismus anders als in Europa nicht die Trennung von Staat und Religion, sondern die Kontrolle der Religion durch den Staat sowie die Ausgrenzung der Religion aus staatlichen Institutionen.

Diese Opferrolle der frommen Muslime wusste Erdogan geschickt zu nutzen und in politische Erfolge umzumünzen. Die Leistungen der AKP auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und der Dienstleistungen – Ausbau des Straßennetzes, Reform des Gesundheitssystems – schafften einen neuen Wohlstand im Land.

Viele Veränderungen waren längst überfällig. Das Kopftuchverbot an den Universitäten etwa hatte ganzen Generationen von Frauen eine Hochschulbildung unmöglich gemacht. Die EU-Bewerbung der Türkei erhielt neuen Schwung, demokratische Reformen halfen unter anderem dabei, den Machtanspruch der Militärs zurückzudrängen. Stets betonte die AKP, sie wolle lediglich Ungerechtigkeiten beseitigen, achte aber darauf, die Rechte Andersdenkender nicht zu verletzen. So stieg der Alkoholkonsum in der Türkei unter der angeblich islamistischen AKP-Regierung stetig an, die Weinindustrie erlebte einen rasanten Aufschwung.

Umbau des Systems Doch spätestens nach dem AKP-Triumph bei der Parlamentswahl im Jahr 2011, bei der Erdogan fast 50 Prozent der Stimmen einfuhr, änderte sich das Bild. Erdogan ging nun daran, die Grundlage für eine dauerhafte Vorherrschaft seiner religiös-konservativen Anhänger zu legen. Mit dem Vorhaben, das parlamentarische System der Türkei durch ein Präsidialsystem zu ersetzen, will Erdogan die Macht der strukturellen Mehrheit der konservativen Türken zementieren. Er hat die anstehende Parlamentswahl am 7. Juni zu einer Abstimmung über seine Präsidialpläne erklärt.

Doch es ist gar nicht so sehr die islamische Einfärbung von Erdogan und der AKP, die viele Türken derzeit beunruhigt. Nicht zu islamisch, sondern zu türkisch sei die AKP, schrieb der kritische Journalist und Buchautor Mustafa Akyol einmal: Die Regierungspartei hat Geschmack an der Tradition des türkischen Obrigkeitsstaates gefunden. Autokratische Tendenzen machen sich unter anderem in Strafprozessen gegen Schüler, Studenten und Journalisten bemerkbar, die wegen angeblicher Erdogan-Beleidigung vor Gericht kommen.

Immer häufiger betrachten Erdogan und die AKP die Kritik ihrer Gegner nicht als Bestandteil des Alltags in einer Demokratie, sondern als Landesverrat. Auch die Haltung der AKP im Korruptionsskandal des vergangenen Jahres, bei denen es unter anderem um ein Geschenk in Gestalt einer mehrere hunderttausend Euro teuren Armbanduhr an einen Minister ging, hat einige fromme Muslime verstört.

Die Regierung bezeichnete alle Vorwürfe als Komplott und weigerte sich, die Beschuldigten vor Gericht zu bringen. Dabei war die AKP einst als Partei angetreten, die Korruption mit festen religiösen Grundwerten bekämpfen wollte; das „ak“ im Parteinamen heißt „weiß“ oder „sauber“.

Kult um Erdogan Gleichzeitig lässt die AKP einen religiös gefärbten Personenkult um Präsident Erdogan zu, der jedem frommen Muslim ein Graus sein müsste. Die ständige Machterweiterung des Präsidenten unter dem Motto der „Neuen Türkei“ stößt zunehmend auch islamische Kreise ab. Die Gruppe der „Antikapitalistischen Muslime“ etwa wirft Erdogan und der Partei AKP vor, die wahren Werte des Islams zu verraten und stattdessen einen religiös verbrämten Autokratismus in der Türkei zu propagieren.

Hinzu kommt, dass sich Erdogan zunehmend mit Ja-Sagern umgibt, die eine ältere Generation von islamistischen Genossen der ersten Stunde verdrängen. Schon beginnen einige Reform-Muslime, sich von der AKP abzuwenden. Der Vordenker der „Antikapitalistischen Muslime“, Ihsan Eliacik, ist als Parlamentskandidat für die Wahl im Juni im Gespräch. Er will sich allerdings nicht für die AKP aufstellen lassen, sondern für die Kurdenpartei HDP.

Und auch die islamistische Kolumnistin Sibel Eraslan schrieb erst vor kurzem in einem Artikel der Zeitung „Star“, offenbar sei die Zeit derer vorbei, die Politik noch mit „einer Mission und mit Werten“ betrieben hätten. Mit Erdogans „Neuer Türkei“ will daher auch Eraslan nichts mehr zu tun haben. *Susanne Güsten*

Die Autorin ist freie Korrespondentin in der Türkei.



Nach der Parlamentswahl am 7. Juni will Präsident Erdogan versuchen, seine Befugnisse weiter auszubauen. © picture-alliance/AA

Ein schwieriger Drahtseilakt im Land der Vulkane

INDONESIEN Das Land setzt auf einen moderaten Islam

„Die Wahl hat gezeigt, dass Islam und Demokratie Hand in Hand arbeiten können.“ Das hatte Indonesiens frischgebackener Präsident Joko „Jokowi“ Widodo im vergangenen November stolz erklärt, als er kurz nach seinem Wahlsieg zum ersten Mal mit US-Präsident Barack Obama zusammentraf.

Seine Heimat, erklärte Jokowi damals beim APEC-Gipfel in Peking zufrieden, habe schließlich 30 Jahre Erfahrung darin, Probleme mit religiösen Fanatisten zu lösen. In keinem Land der Erde leben mehr Muslime, als in dem südostasiatischen Inselstaat: 88 Prozent der 250 Millionen Indonesier gehören dem islamischen Glauben an, die meisten von ihnen sind Sunniten.

Obama lobte im Gegenzug die „außerordentlichen Bemühungen um Toleranz und Pluralismus“ seiner alten Heimat – Amerikas Präsident hatte als Kind selbst vier Jahre lang in Indonesien gelebt: „Ich möchte Indonesien dafür danken, was es getan hat, um den Extremismus zu isolieren.“

> »Die Wahl hat gezeigt, dass Islam und Demokratie Hand in Hand arbeiten.«
> *Präsident Joko Widodo*

In der Tat: Die Mehrheit der Indonesier ist moderat eingestellt. Extremistische Parolen fallen hier nicht auf fruchtbaren Boden, denn der indonesische Islam hat von Anfang an Symbiosen mit lokalen Traditionen geschlossen und eine ganz eigene Art liberaler Muslime geschaffen.

„Wir haben in Indonesien große gemäßigte islamische Organsiationen“, erklärte Präsident Widodo nach 100 Tagen im Amt in einem Interview mit dem US-Fernsehsender CNN. Diese Gruppen „lehren den moderaten Islam, einen Islam der anderen Religionen gegenüber tolerant ist. Und ich danke Gott, dass dieser Prozess im Moment in Indonesien gut funktioniert.“

Der Präsident und die Mehrheit der Indonesier können dem radikalen Islam nichts abgewinnen. „Es gibt keinen Kompromiss, wenn es um Gewalt geht“, hatte Jokowi ausdrücklich erklärt. „Und wir verurteilen das wirklich, aber wir müssen auch einander respektieren, andere Religionen bei den Mitmenschen zu akzeptieren“, sagte er. Denn fügte er hinzu: „Unterschiede können auch Schönheit bedeuten. Sie sind nichts Furchteinflößendes“.

> 88 Prozent der 250 Millionen Indonesier sind Muslime, die meisten von ihnen Sunniten.

Es ist diese „Einheit in der Vielfalt“, auf der Indonesiens Staatsgedanke beruht. Unter diesem Motto versucht der Vielvölkerstaat mit gutem Erfolg, seine über 300 ethnischen Gruppen unter einen Hut zu bringen. Politisch und religiös ist dieses Experiment heikel, es brodelt immer irgendwo, mal mehr und mal weniger – genau wie in den tausenden von Vulkanen, denen der Staat aus 16.000 Inseln seine Existenz verdankt.

Staatsdoktrin Pancasila Seit seiner Unabhängigkeit vor 70 Jahren hat Indonesien nämlich eine ganz besondere Staatsdoktrin in der Verfassung verankert: die sogenannte „Pancasila“. Diese Philosophie der „fünf Prinzipien“ regelt das Miteinander: das Prinzip der einen Göttlichen Herrschaft, des Internationalismus, des Nationalismus, der Demokratie und der Sozialen Gerechtigkeit. Radikaler Islam verstößt eindeutig gegen die Prinzipien der Pancasila, die Indonesien so heilig sind. Daher geht Jakarta kompromisslos gegen Aufwiegler, religiöse Haßprediger und radikal-islamische Gruppen wie die „Jemmah Islamiya“, einen lokalen Ableger der Terrorgruppe Al-Qaida, vor.

Und doch ist das Archipel nicht gänzlich frei von extremistischen Tendenzen und gewaltsamen religiösen Auswüchsen. So gab es immer wieder Anschläge auf christliche Kirchen und eine langjährige islamische Separatistenbewegung in der Provinz Aceh. Der Höhepunkt des islamistischen Terrors in Indonesien waren die sogenannten „Bali-Bomben“ im Oktober 2002. Bei einem Doppelanschlag gegen zwei Nachtklubs auf der Ferieninsel töteten Angehörige der „Jemmah Islamiyah“ 202 Menschen – Christen, Hinduisten und Moslems. Doch war dieser brutale Anschlag eher ein Weckruf für das Land, denn der Beginn einer radikalen Tendenz. Damals, so erklärt Sydney Jones, die Direktorin des „Institute for Policy Analysis of Conflict“ (Ipac) in Jakarta, hatten Beobachter befürchtet, dass die Bali-Bomben „und der politische Aufruhr, der ihnen folgte, einen religiösen Krieg in Indonesien anzetteln würden“.

Stattdessen aber räumte die Regierung in Jakarta der Terrorbekämpfung höchste Priorität ein. Eine schlagkräftige Antiterroreinheit der Polizei wurde gegründet, das „Detachment 88“. Mit dem Erfolg, dass die indonesischen Dschihadistengruppen kontinuierlich geschwächt wurden und die Zahl der Neu-Rekrutierten stetig sank. Seit 2006 gab es keine größeren terroristischen Anschläge mehr. Um das friedliche Zusammenleben der Religionen zu fördern, hat der neue Präsident auch den moderaten islamischen Politiker Lukman Hakim Saifuddin in seinem Amt als Religionsminister bestätigt. Saifuddin gehört der islamischen Partei für den Vereinten Aufschwung (PPP) an und gilt als Mann des interreligiösen Dialogs und als entschiedener Gegner von religiös motiviertem Extremismus. Dennoch: zwischen 250 und 300 indonesische Kämpfer, gibt Joko Widodo zu, haben sich inzwischen dem „Islamischen Staat“ (IS) angeschlossen. Doch „die Zahl ist wirklich klein“, meint Präsident Jokowi – verglichen mit einer Gesamtbevölkerung von einer Viertel Milliarde Menschen. Und, befürchtet auch Sydney Jones, je mehr Kämpfer sich dem IS anschließen – und vor allem, je mehr aus ihrem „Einsatz“ nach Indonesien zurückkehren –, desto mehr Aufwind könnte die Gruppe haben. Also greift die Polizei hart durch: Es gibt scharfe Personenkontrollen, verdächtige „Freiwillige“ werden an den Flughäfen aufgegriffen. Denn:„Wir wollen, dass Indonesien ein Beispiel für gemäßigten Islam bleibt“, betont Präsident Jokowi ein ums andere Mal, „Islam, der Toleranz aufweist, guter Islam“. *Sophie Mühlmann*

Die Autorin ist Asienkorrespondentin der Zeitung „Die Welt“.

Unter dem Deckmantel des Islams

AFRIKA Islamistische Terrorgruppen berufen sich auf die Religion. Ihre Führer missbrauchen sie für eigene Profitinteressen

Als Kämpfer der somalischen Al-Shabaab Miliz am Gründonnerstag den College-Campus von Garissa stürmten, erschossen sie fast 150 Studenten – die meisten von ihnen Christen. Augenzeugen des Massakers in der Stadt im Nordosten Kenias berichteten später, die Islamisten seien von Tür zu Tür gegangen und hätten nur Muslime verschont. Ähnliches berichten Überlebende der Massaker, die die Terrorgruppe Boko Haram („Westliche Bildung ist Sünde“) im Norden Nigerias anrichtet. Dabei trieben die fast durchgehend muslimischen Somalis Jahrhunderte lang Handel mit andersgläubigen Nachbarvölkern, ihr Islam galt – wie in den meisten anderen Teilen Afrikas auch – als extrem tolerant. Warum also spalten militante Gruppen, die sich auf den Koran berufen, seit einigen Jahren mit brutalen Morden und Gewalt afrikanische Gesellschaften?

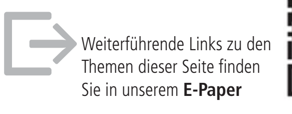
Kriminelle Machenschaften Tatsächlich hat die Zunahme islamistischer Gewalt mit Religion kaum etwas zu tun. Der Islam ist vielen Gruppen ein nützlicher Deckmantel für andere Interessen, allem voran Kriminalität. Kaum ein Beispiel zeigt das besser als Boko Haram. 2002 gründete Mohammed Yusuf in Maiduguri, der Hauptstadt des Bundesstaates Borno im Nordosten Nigerias, Boko Haram. Die Gruppe profilierte sich schnell als Gegenentwurf zum korrupten Staatsgefüge, das sich vor allem um die Seinen kümmerte. Vor allem in den Armenvierteln wurde die Gruppe begrüßt, die jungen Männern Arbeit gab, kostenlose (Koran-) Schulen öffnete und sich als lokal verwurzelte Kraft präsentierte. Hinter den Kulissen schloss Yusuf jedoch schon nach wenigen Monaten Deals mit eben dem korrupten Establishment, das er öffentlich kritisierte. Boko Haram warb für bestimmte Politiker, stellte Schlägertrupps gegen deren Kritiker ab und wurde im Gegenzug mit Millionen aus dem Staatssäckel bezahlt.

Seit Boko Haram mit dem Staat in offenem Krieg steht, macht Boko Haram andere Geschäfte: die Bewegung kassiert Lösegelder nach Entführungen auch einfacher Leute. Sie erpresst Schutzgelder in den von ihr kontrollierten Gebieten und schmuggelt alles, was Geld bringt – Menschen inklusive. Auch die Al-Shabaab-Miliz will mit der Destabilisierung Kenias vor allem erreichen, dass sie wieder einen eigenen Meereszugang bekommt, der für ihre Schmuggelgeschäfte wichtig ist – alleine der mit Holzkohle und Zucker warf nach UN-Schätzungen zuletzt jährlich 250 Millionen US-Dollar ab. Zöge die kenianische Armee aus Somalia ab, wäre dieses Ziel ebenso erreicht wie wenn Verbündete von Al-Shabaab an Kenias Küste erfolgreich wären.

Der Islam gibt den Terroristen einen kulturellen Kontext, mit dem sie ihre Schreckensherrschaft begründen und vermitteln können. Gleichzeitig zieht sie fanatische Kämpfer an, die im Namen der Religion zu allem bereit sind und im Gegenzug wenig verlangen. Der langjährige Chef von Al-Shabaab, Ahmed Godane, schaltete innerhalb der eigenen Bewegung nicht nur die religiöse Schura aus, sondern machte sich selbst zur höchsten Autorität noch über den islamischen Gerichtshöfen. Dessen ungeachtet versicherte er seinen Fußsoldaten, für die einzig gerechte Sache zu kämpfen.

Leichte Opfer Dass solche Pläne so wunderbar funktionieren, liegt nicht zuletzt am Staatsversagen in den betroffenen Regionen. Weder Nigerias noch Kenias Regierungen haben sich in den vergangenen Jahren um das wachsende Heer arbeitsloser Jugendlicher geschert; in beiden Ländern lebt die Mehrheit der Muslime zudem in besonders benachteiligten Gegenden. Gerade junge Männer werden damit leicht zum Opfer der islamistischen Propaganda, von der der Politologe Asiem El Difraoui sagt, dass sie die Spaltung der Gesellschaften aktiv vorantreiben soll. Dadurch wird Angst erzeugt, die die Terroristen für ihren ungleichen Kampf nutzen – und die deshalb ins Abseits gedrängten Muslime werden zugleich bereitwilliger, sich Terrorgruppen anzuschließen. Eine Win-win-Situation für die Islamisten. Nur demokratischere Strukturen und wirtschaftliche Partizipation können den Islamisten auch in Ländern wie Mali, Niger oder Kenia auf lange Sicht die Grundlage entziehen. Parallel müssen die kriminellen Geldflüsse der Terrorgruppen trockengelegt werden. Dass immer mehr Imame in Afrika sich gegen die Islamisten aussprechen, ist wichtig. Den Islamismus können sie alleine aber nicht erfolgreich bekämpfen. *Marc Engelhardt*

Der Autor berichtet seit mehr als zehn Jahren aus Afrika. Sein Buch „Heiliger Krieg, heiliger Profit“ (Ch. Links Verlag) beschreibt die Hintergründe der islamistischen Bewegungen dort.







Familie Memis beim Kaffee: Schwiegertochter Melike, Şeref und Semra mit Enkelin Esila und den Söhnen Arif und Kadir (von links). Die türkische Familie aus Anatolien hat im Raum Stuttgart eine zweite Heimat gefunden. © Daniel Völpel

Ein Leben zwischen zwei Welten

PORTRÄT Die türkische Familie Memis ist im Raum Stuttgart fest verwurzelt: »Wir haben ein Mutter- und ein Vaterland«

Es ist Samstagnachmittag: Im Erdgeschoss eines Mehrfamilien-Altbaus in Denkendorf (Kreis Esslingen) treffen sich Semra und Şeref Memis mit ihren Söhnen Arif und Kadir, dessen Frau Melike und der fünf Monate alten Enkelin Esila zum Kaffee. Das Wohnzimmer strahlt in warmen Farbtönen, der Kaffee verbreitet intensiven Mokkaduft. Die Familie Memis stammt aus Anatolien in der Türkei, hat den wirtschaftlichen Aufschwung in der Region Stuttgart miterlebt und vor allem mit erarbeitet und ist heute in Deutschland fest verwurzelt. Nicht wenige Gastarbeiter, die seit Anfang der 1960er Jahre hierher zogen, sind Moslems und die meisten von ihnen sind hier heimisch geworden, so auch Familie Memis.

Fußball verbindet Şeref kam als 17-Jähriger Ende 1978 mit seinen Eltern nach Deutschland. Bis dahin lebte er in Bayburt in der Osttürkei. Angesichts der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit Anatoliens hoffte die Familie auf Arbeit in der Region Stuttgart. Şerefs Vater kam beim Aufzughersteller Thyssen unter. Dort blieb er fast 25 Jahre lang, bis zu seiner Rente vor acht Jahren. Şeref ging zunächst für ein halbes Jahr an die Hauptschule, ohne dass er ein Wort Deutsch konnte. Dann fing er ebenfalls in der Metallindustrie an. Seitdem arbeitet er in der Kleinteilmontage bei dem Hersteller für Industriearmaturen und Stellantriebe AUMA in Ostfildern. Anschluss fand Şeref über das Fußballspiel. Zunächst in einem türkischen Verein am Ort, dann in einer bunten Gruppe aus Deutschen und anderen Nationalitäten, die sich in Scharnhausen, einem Ortsteil Ostfilderns, zum Kicken traf. Auch wenn der 53-Jährige heute nicht mehr spielt, Fußballfan ist Şeref geblieben. Er fiebert er mit dem badischen Bundesligaklub SC Freiburg und mit Galatasaray Istanbul.

Şerefs Frau Semra kam Ende 1979 als Zwölfjährige aus der Nähe von Trabzon vom Schwarzen Meer nach Ostfildern, weil ihr Vater hier als Bauarbeiter auf ein besseres Leben hoffte. Das Mädchen besuchte drei Jahre lang die Hauptschule, konnte jedoch aufgrund der mangelnden Deutschkenntnisse keinen Abschluss machen. Ihr sei es nicht schwer gefallen, hier Freundinnen zu finden, sowohl deutsche als auch türkische und Mädchen anderer Nationalitäten. „Das einzige, was mir gefehlt hat, war das Meer", erzählt Semra. Auch in der Schule fühlte sie sich gut aufgehoben. Mit 17 Jahren fing sie als Verkäuferin in einem Lebensmittelgeschäft an, wo sie bis heute arbeitet. Dort lernten sich Şeref und Semra 1985 kennen. „Er kam öfter, um Fisch zu kaufen", erinnert sich die 47-Jährige.

Gruppenbildung Nach der Hochzeit 1988 kam ein Jahr später der älteste Sohn Kadir auf die Welt. Er ist inzwischen selbst seit fast vier Jahren verheiratet und arbeitet ebenfalls in der Metallindustrie. Beim Systemtechnikunternehmen Grüner kontrolliert er Gussteile für Kupplungen und Getriebe. Vom Bambini-Alter an galt auch seine Leidenschaft dem Fußball: zuerst spielte Kadir im FV Neuhausen, später in der Kreisliga für den TSV Silmingen. „Fremd gefühlt habe ich mich nie", sagt er. „Ich habe mich mit allen Menschen gut verstanden." Die Tochter Sümera, zwei Jahre jünger als Kadir, zog es nach dem Schulabschluss zeitweise in die Heimat ihrer Eltern: Sie studiert jetzt in der Türkei Bankwesen und Finanzen, will aber nach ihrem Abschluss zurück nach Deutschland. Der jüngste Sohn Arif, 1999 geboren, besucht die 9. Klasse der Realschule und lebt noch bei den Eltern. Dass sich die Schüler ihrer jeweiligen Herkunft nach in Grüppchen absondern, hat er nicht mehr beobachtet – anders als sein älterer Bruder: „Da gab es das in den Pausen, hier die Türken, da die Russen", sagt Kadir. „Aber ich habe mich immer mit allen unterhalten."

Arif hingegen hat fast nur deutsche Freunde. „Mit allen drei Kindern gab es nie Probleme in der Schule", sagt die Mutter. „Ich hatte immer guten Kontakt zu den Lehrern." Sie wisse aber, dass es nicht bei allen türkischen Eltern so sei. Ihren moslemischen Glauben leben die Memis', soweit es der deutsche Rhythmus zulässt. Wenn Şeref freitags zum Hauptgebet in die Moschee möchte, nimmt er sich frei – insbesondere an moslemischen Feiertagen. „Ich kann auch nicht öfter gehen, wegen der Arbeit", sagt Semra.

> **STICHWORT**
>
> **Ausländer in Baden-Württemberg**
>
> - **Migranten** Rund 2,8 Millionen der insgesamt etwa 10,8 Millionen Einwohner Baden-Württembergs haben einen Migrationshintergrund. In der Region Stuttgart leben gut 2,6 Millionen Menschen, von denen mehr als 420.000 eine ausländische Staatsangehörigkeit haben.
> - **Türken** Die türkische Staatsangehörigkeit besitzen knapp 266.000 Menschen in dem Bundesland.
> - **Moslems** Insgesamt rund 600.000 Menschen muslimischen Glaubens leben schätzungsweise in ganz Baden-Württemberg.

Moschee und Minarett Die Moschee wurde, wie so viele in der Region, eher versteckt in einem ehemaligen Fabrikgebäude eingerichtet. Dass sich ein repräsentativer Neubau in der benachbarten Kreisstadt Esslingen am Neckar um Jahre verzögerte, hauptsächlich, weil das Minarett 60 Zentimeter zu hoch wurde, dafür hat Şeref kein Verständnis: „Wegen ein paar Zentimetern, das ist doch lächerlich."

Immerhin rund jeder Zehnte der knapp 92.000 Einwohner der ehemaligen Reichsstadt Esslingen ist Moslem. Braucht eine Moschee in der mittelalterlich geprägten Stadt einen 25 Meter hohen Turm? „Mit Minarett ist es schöner", findet Kadir. „Aber es muss natürlich auch nicht sein." Die Diskussionen über den Islam beschäftigen die Familie stark, insbesondere die Pegida-Demonstrationen. „Das stört uns schon", sagt Şeref und wundert sich: „Wer sind diese Leute? Wo kommen die auf einmal alle her?" Seine Schwiegertochter Melike berichtet, dass dies auch unter den jungen Leuten ein Thema war: „Darüber diskutieren wir schon mit unseren Freunden." Ihr Mann Kadir fügt hinzu: „Mich stört, dass hier immer verallgemeinert wird. Man sollte doch die konkrete Person betrachten und nicht immer sagen ‚die Türken' oder ‚die Moslems'." Dass ihr Glaube als Rechtfertigung für Gewalt herhalten muss, betrübt die Familie. „Wir hassen die IS-Terroristen genauso", sagt Şeref und wird emotional: „Die machen unseren Glauben schlecht. Aber die Menschen, die keine Ahnung haben, sagen, ‚das sind deine Leute'. Das sind Terroristen und Mörder. Das passt nicht zum Islam, mit unserer Religion haben sie nichts zu tun."

Zwar fühlt sich die Familie insgesamt gut aufgehoben in Deutschland, kleinere Probleme im Alltag gibt es aber immer wieder. So raunzte ein Mann Semra und Arif beim Einkaufen einmal an, weil ihr kleiner Sohn nach einer Flasche im Regal gegriffen hatte: „Das könnt ihr vielleicht in der Türkei so machen!" Als Semra mit ihrer Schwiegermutter, die Kopftuch trägt, einkaufen ging, drängelte sich einmal ein Mann erst vor und ließ dann alle Waren liegen und verschwand, als ihn der Kassierer zurechtwies. Auch die Wohnungssuche gestaltete sich schwierig. Ein afrikanischer Arbeitskollege habe über Mitglieder seiner Kirchengemeinde sogar zwei Wohnungsangebote erhalten, erzählt Şeref. Also schlug dieser der Familie Memis vor, dass sie doch die zweite Wohnung mieten könne. Als Şeref den Vermieter anrief, hielt dieser ihn erst hin und sagte dann ab – weil der Bruder und Miteigentümer nicht an Türken vermieten wolle. Zum Glück komme so etwas nicht so häufig vor, sagt Şeref.

Zweite Heimat Seine Eltern zogen vor acht Jahren zurück in die Türkei, nachdem der Vater in die Rente gegangen war. Er genoss es, in das alte Umfeld seiner Heimat zu kommen. „Opa hat sehr viele Freunde, dem geht's sehr gut", sagt Kadir. Einmal im Jahr kommen die Eltern zu Besuch nach Deutschland, einmal fährt dann die Familie in die Türkei. Semras Eltern und ihre drei Brüder dagegen blieben, sie leben im Nachbarort. Das Ehepaar Memis würde am liebsten beides machen, wie Şeref sagt: „Sechs Monate hier und sechs Monate in der Türkei. Das wäre perfekt." Seine Frau beschreibt ihre innere Zerrissenheit: „Wir haben ein Mutter- und ein Vaterland. Ich habe die Gedanken an die Heimat immer in mir. Aber die Kinder sind hier."

Doppelpass Auf der anderen Seite des Bosporus leben jedoch die übrigen Verwandten. Bis die Entscheidung ansteht, sind es noch mehr als zehn Jahre. Deshalb hoffen die Memis' vor allem darauf, dass sie irgendwann einen deutschen und einen türkischen Pass bekommen können. „Dann könnten wir einfacher reisen", sagt Şeref. Seine Frau und der Jüngste haben die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt, „aber das ist sehr schwierig", erzählt Semra. Für ihre Kinder liegt der Lebensmittelpunkt dagegen eindeutig in der Region Stuttgart, die ihre Eltern und Großeltern wirtschaftlich mit groß gemacht haben: „Wenn wir in Urlaub waren, habe ich immer gesagt, ich gehe nicht zurück", erzählt Kadir. „Aber ich kann es mir nicht vorstellen. Ich habe alle Freunde und Bekannten in Deutschland." *Daniel Völpel*

Der Autor ist freier Journalist in Stuttgart.

»In den Grundschulen entscheidet sich die Integrationsfähigkeit«

INTERVIEW Im Berliner Bezirks Neukölln leben viele Moslems – manche sind modern, andere sehr traditionell. Und manchmal gibt es sogar Streit über Ostereier

Frau Giffey, manche Leute sagen, Neukölln sei dreckig, kriminell, arm und kein bisschen sexy. Was reizt Sie am Job der Bezirksbürgermeisterin?

Neukölln ist mehr als die Summe seiner Probleme. Es ist vielleicht nicht der schönste Bezirk Berlins, aber einer der spannendsten. Wir haben viele Schwierigkeiten, gerade in der Schule, aber wir haben auch viele Menschen, die hier positiv etwas bewegen.

Manche muslimische Frau geht vollverschleiert einkaufen, in einigen Gegenden ist die Ghettobildung unübersehbar. Wie erleben Sie die Kulturbrüche?

Wir haben parallele Entwicklungen: Da ist die deutsche „Ureinwohnerschaft", da sind Menschen aus der Gastarbeitergeneration, die seit Jahrzehnten hier leben und teilweise immer noch kein Deutsch können, und wir haben Neuzuzügler aus Südosteuropa. Manche Gruppen ziehen sich zurück auf einen Wertekanon, der nicht unbedingt dem entspricht, was wir in der freiheitlichen Demokratie vermitteln wollen.

Gilt das auch für die islamischen Kreise in Neukölln?

Auf jeden Fall. Wir haben zum Beispiel die Diskussion über die Gleichberechtigung der Frau und die Frage, darf ein Mädchen sich ihren Ehemann selbst aussuchen und selbstbestimmt ihr Leben gestalten. Wir hatten unlängst Diskussionen mit Eltern, weil ihr muslimisches Kind in der Schule kein Osterei bemalen sollte. Es geht um Schwimmunterricht, Klassenfahrten und die Frage, ob Jungs einer Frau zur Begrüßung die Hand geben müssen. Da befinden wir uns permanent in Verhandlungen.



© Franziska Giffey

Neuköllns Bildungsstadträtin Giffey (SPD)

Ist die Integration von Moslems besonders schwierig?

Das kann man so nicht sagen. Es hat mit dem Bildungshintergrund und der Frage zu tun, wie Menschen ihren Glauben leben. Wenn dies auf dem Boden des Grundgesetzes geschieht, kann auch die Integration gelingen. Problematisch wird es, wenn der Glaube als Rechtfertigung für die Ungleichheit von Mann und Frau und für die Abkehr von einem freiheitlichen, selbstbestimmten Menschenbild genutzt wird.

An manchen Neuköllner Schulen sind türkische und arabische Kinder fast unter sich. Welche Folgen hat das?

Wir haben Schulen mit einem Anteil Kinder nichtdeutscher Herkunft von 80 bis 90 Prozent. Zugleich sind 80 bis 90 Prozent im Transferleistungsbezug. Wir haben in den 1. Klassen 60 Prozent Kinder mit Entwicklungsverzögerungen und über 50 Prozent mit Sprachstörungen. Hier entscheidet sich die Integrationsfähigkeit. Fakt ist auch, es sind Kinder, die in Berlin geboren und zumeist deutsche Staatsbürger sind und die wir für die Zukunft der Stadt brauchen. Wir müssen uns darum kümmern, ihnen eine Perspektive zu ermöglichen.

Wie kommen Sie an die Problemfamilien muslimischer Prägung heran?

Was wir tun, bezieht sich nicht nur auf muslimische Familien, sondern generell auf die schulische Situation in einem sozialen Brennpunkt. Wir versuchen das auf vielen Ebenen, zum Beispiel durch Schulsozialarbeit, Elternarbeit und Hausbesuche der Lehrer oder Kita-Erzieherinnen. Viele Eltern meinen, die Schule oder Kita kümmert sich um alles. Die eigene Erziehungsverantwortung wird nicht in ausreichendem Maße gesehen. Wir haben Debatten darüber, wie wichtig es ist, den Kindern vorzulesen und dass der Fernseher nicht den ganzen Tag als optisch-akustische Tapete mitlaufen sollte. Aber in bestimmte Familien kommen wir gar nicht rein.

In Neukölln gibt es die berüchtigte Al-Nur-Moschee, wo schon öfter Hassprediger aufgetreten sind. Warum kümmern sich Politiker so wenig darum, was da gepredigt wird?

Wir haben als Bezirksamt den Senat aufgefordert, zu prüfen, ob der Moscheeverein verboten werden kann. Seitdem haben wir nichts gehört. Für mich ist klar, wenn jemand zu Judenhass, zu Gewalt generell oder zur Unterdrückung von Frauen aufruft, muss der Staat reagieren. Wir sehen ja, wie die Kinder hin und hergerissen sind zwischen Koranschule und öffentlicher Schule. Da werden ja teilweise völlig unterschiedliche Wertekontexte gepredigt.

Neukölln steht trotz aller Probleme aber auch für erfolgreich gelebtes Multikulti, oder?

Hier leben 320.000 Einwohner aus 160 Nationen weitgehend friedlich miteinander. Viele Menschen mit ausländischen Wurzeln leisten für den Bezirk unheimlich viel. Die muslimischen Jugendlichen, die ihr Abitur machen mit super Ergebnissen sind gar nicht in der öffentlichen Wahrnehmung. Wir reden nur über die 160 Intensivtäter in Neukölln, eine kleine Gruppe. Es ist wirklich schade, wenn die Debatte immer nur in die eine Richtung läuft.

Die Kanzlerin sagt, der Islam gehört zu Deutschland. Was sagen Sie?

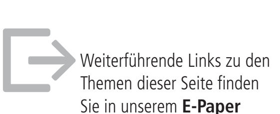
Diese Debatte hilft uns vor Ort nicht weiter. Der Islam ist sicher nicht Teil der Tradition und Geschichte unseres Landes, aber er ist Teil der Lebensrealität, Teil des Alltags. Man muss nur einen Fuß auf die Straße setzen und sieht, dass der Islam überall präsent ist. Wir haben genau so viele Moscheevereine im Bezirk wie evangelische Kirchengemeinden. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Haben Sie manchmal Angst im „Brennpunkt" Neukölln?

Nein, nie, nicht einmal nachts.

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld.

Franziska Giffey ist Bezirksstadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport und künftige Bezirksbürgermeisterin.





Das Parlament - Nr. 16 -17 - 13. April 2015

Minderheit in Zahlen

DEUTSCHLAND Wie viele Muslime hier leben, woher sie kommen: ein Überblick

Das Zeichen des Islams ist in Dresden schon lange präsent. Nahe der Innenstadt steht die „Tabakmoschee". Ein Imam hat hier jedoch nie gepredigt. Der Tabakunternehmer Hugo Zietz ließ sie 1908/1909 bauen. Er wollte so das Bauverbot für Fabrikgebäude im Stadtzentrum umgehen und zugleich für seine Orientalische Tabak- und Cigarettenfabrik „Yenidze" werben. Damals gab es viel Kritik an dem Bau. Irgendwann gehörte er zum Stadtbild. Seit Jahrzehnten beherbergt er Büros.

Gut 100 Jahre später lehnen sich wieder Tausende in Dresden gegen den Islam auf. „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) nennt sich die umstrittene Bewegung. Zwar hat sie sich mittlerweile gespalten, doch gehen noch immer allwöchentlich Pegida-Anhänger auf die Straße – in einem Bundesland mit weniger als einem Prozent Muslime.

Der Islam gehört schon länger zu Deutschland. Von einer Islamisierung kann jedoch keine Rede sein. 3,8 bis 4,2 Millionen Muslime leben nach Angaben der Deutschen Islamkonferenz in der Bundesrepublik; der Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt mit rund fünf Prozent unter dem in Frankreich, Österreich oder den Niederlanden. Rund 2,7 Millionen Muslime sind türkischstämmig, etwa 500.000 aus Südosteuropa, insbesondere aus Bosnien-Herzegowina, eingewandert. In nennenswertem Umfang sind auch Muslime aus Marokko, Iran und Afghanistan gekommen. Aktuell flüchten viele Syrer vor dem Bürgerkrieg in ihrem Land in die Bundesrepublik. Allein 2014 suchten 41.000 Syrer hierzulande Asyl. Der Zustrom hält weiter an.

Die meisten Muslime leben in den westdeutschen Industrieregionen, wo viele Zuwanderer der ersten Generation als Gastarbeiter angeworben worden waren. Einige große Städte wie Köln, Stuttgart, Dortmund oder Duisburg weisen Migrantenanteile von mehr als 30 Prozent auf; Spitzenreiter ist Frankfurt am Main mit 43 Prozent. In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen ist fast jeder 10. Bewohner muslimisch. Dagegen dürfte es Bewohnern in den ostdeutschen Flächenländern schwerfallen, Muslime zu treffen. Zwischen 0,2 und 0,7 Prozent schwanken deren Bevölkerungsanteile im Osten.

Späte Einsicht Dass Deutschland dauerhafte Heimstatt für Ausländer und damit auch Muslime geworden ist, hat die Politik erst spät akzeptiert. Noch in den 1990er Jahren beteuerte die Kohl-Regierung, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Vor anderthalb Jahren wurde ein Dokument bekannt, wonach Kanzler Helmut Kohl (CDU) 1982 die Zahl der Türken in Deutschland halbieren wollte. Der Hinweis fand sich in einem 2013 freigegebenen Papier der britischen Regierung. Kohl hatte sich damals gegenüber Premierministerin Margaret Thatcher geäußert. Später hieß es abgeschwächt, Deutschland sei kein klassisches Einwanderungsland.

Die Ausgrenzung förderte die Bildung muslimisch geprägter Stadtviertel. Die städtische Segregation behindert die Entwicklung der Sprachkompetenzen von Migranten. In muslimischen Familien, vor allem bei der dritten Generation, seien diese Kompetenzen „erstaunlich schwach", heißt es in der Studie „Muslimische Kinder und Jugendliche in Deutschland" der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Etwa drei Viertel der Muslime in Deutschland sind Sunniten, sieben Prozent Schiiten, knapp 13 Prozent Aleviten. Ihr Organisationsgrad in Deutschland ist relativ gering. Der größte Verband ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) mit 700 bis 900 Gemeinden und deutlich mehr als 100.000 Mitgliedern. Der Zentralrat der Muslime zählt etwa 20.000 Mitglieder, der Islamrat 40.000 bis 60.000 Mitglieder. Die größten Verbände haben sich zum Koordinierungsrat der Muslime zusammengeschlossen. Der Sprecherposten wechselt, derzeit hat ihn – als erste Frau – Nurhan Soykan (siehe Seite 1) inne. Bekanntestes Gesicht ist allerdings Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime. Der Aachener mit syrischen Wurzeln ist oft in den Medien, weshalb ihm etwa die DITIB unlängst Profilierungssucht vorwarf. Mazyek seinerseits appellierte an die anderen Verbände, sich stärker in öffentliche Debatten einzubringen.

Ihr Glaube spielt für die Muslime eine wichtige Rolle. In der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland" von 2008, die als aktuellste bundesweite Datenbasis für das Thema gilt, gaben nur 13 Prozent an, nicht oder eher nicht gläubig zu sein. Jeder dritte betet täglich, jeder fünfte nie.

Eine eigene Partei haben die Muslime in Deutschland nicht. Befragungen nach der Bundestagswahl 2013 belegen eine Neigung hin zu linken Parteien. Knapp zwei Drittel der Deutschtürken haben demnach SPD gewählt, je zwölf Prozent Linke und Grüne; die Union kam auf sieben Prozent. In der Türkei würden sie indes mehrheitlich die konservative AKP wählen.

Knapp die Hälfte der Türkischstämmigen in Deutschland hat einen deutschen Pass. 52 Prozent der Menschen mit türkischen Wurzeln wurden hier geboren. Unter den gut 112.000 Eingebürgerten waren vergangenes Jahr knapp 25 Prozent Türken. Sie lassen sich eher einbürgern, um rechtlich gleichgestellt zu sein, als etwa Griechen oder Italiener, die EU-Bürger sind.

Obgleich viele Muslime schon lange in Deutschland leben, sind sie doch in weiten Teilen benachteiligt. Die einstigen Gastarbeiter gehören überproportional sozial schwächeren Schichten an. Die Arbeitslosigkeit unter Ausländern – explizite Zahlen zu Muslimen gibt es nicht – ist dreimal so hoch wie unter deutschen Arbeitnehmern. Es gibt nur wenige Lehrer oder Polizisten mit Migrationshintergrund. Ganze 2,3 Prozent Ausländer arbeiten laut Bundesanstalt für Arbeit in der Verwaltung.

Deutlich wird dies auch in der Politik. Nur elf der aktuell 631 Bundestagsabgeordneten haben türkische Wurzeln. Gemessen am Bevölkerungsanteil müssten es doppelt so viele sein. Nur vier Abgeordnete geben den Islam als Religion an. Die CDU hat mit Cemile Giousouf erstmals eine muslimische Abgeordnete in ihren Reihen. Im Kanzleramt wirkt seit 2013 immerhin mit Aydan Özoguz (SPD) erstmals eine Muslima als Integrationsbeauftragte.

Die Deutschen tun sich schwer mit dem Islam und den Muslimen. Als Katalysator des Misstrauens gilt der 11. September 2001. Mehrere Attentäter der Al-Qaida-Anschläge in den USA lebten jahrelang in Hamburg. Wenngleich die übergroße Mehrheit der Muslime in Deutschland Rechtsstaat und Demokratie begrüßt und Radikalität ablehnt, wird das Bild der Deutschen geprägt von Berichten über radikalisierte junge Muslime, die in den Dschihad ziehen, Al-Qaida und der „Islamische Staat" (IS), Hass-prediger und Ehrenmorde. Beleg dafür ist eine im Januar vorgelegte Studie der Bertelsmann-Stiftung, wonach 57 Prozent der Deutschen den Islam als Bedrohung ansehen; 2013 waren es 53 Prozent. Im Osten des Landes ist der Anteil noch etwas höher. 61 Prozent meinten, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Und 24 Prozent würden sogar die Einwanderung von Muslimen nach Deutschland verbieten.

Dabei ist die Zahl der Islamisten unter den Muslimen in Deutschland gering. Laut Verfassungsschutzbericht gab es Ende 2013 rund 30 bundesweite islamistische Organisationen mit einem Personenpotenzial von rund 43.000 Menschen. Das entspricht nur einem Prozent aller Muslime hierzulande. Zulauf hat jedoch der extremistische Salafismus. 5.500 Salafisten gab es 2013 laut Verfassungsschutz in Deutschland, rund 1.000 mehr als im Jahr zuvor. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stellte im Januar in einer Regierungserklärung nach den Terroranschlägen in Paris fest, dass die allermeisten Muslime in Deutschland rechtschaffene und verfassungstreue Bürger seien. Zugleich mahnte sie eine „dringende" Auseinandersetzung mit den Gewalttätern an, die sich auf den Islam berufen.

Rund 2.500 Moscheen Die Ablehnung des Islam zeigt sich auch in Protesten gegen den Bau neuer Moscheen, etwa in Köln und Berlin. Die Angriffe auf islamische Gotteshäuser haben in den vergangenen drei Jahren um ein Drittel zugenommen. Rund 2.500 als Moscheen genutzte Gebäude gibt es in Deutschland, darunter nur rund 150 größere Bauten. Zum Vergleich: Die Zahl der Kirchen ist 20 Mal so hoch. Die erste Moschee in Deutschland wurde 1915 aus Holz in Wünsdorf bei Berlin für muslimische Kriegsgefangene errichtet. Die älteste erhaltene Moschee ist das 1928 in Berlin-Wilmersdorf eingeweihte Haus der Ahmadiyya-Gemeinde.

Die Muslime leiden ihrerseits unter der Skepsis der Deutschen. Sie fühlen sich laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung mehrheitlich demokratischen Werten verbunden. 90 Prozent der religiösen Muslime halten die Demokratie für eine gute Regierungsform. Ebenso viele haben in ihrer Freizeit Kontakte zu Nichtmuslimen, jeder zweite in gleichem Maß wie zu Anhängern seiner Religionsgemeinschaft. „Für Muslime ist Deutschland inzwischen Heimat", konstatierte Yasemin El-Menouar, Islamexpertin der Stiftung.

Die Vorbehalte unter den Bundesbürgern hat auch die Deutsche Islamkonferenz nicht abbauen können. 2006 hatte der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) das Forum initiiert, um den Dialog zwischen Staat und Muslimen zu fördern. Seit der Bundestagswahl 2013 stehen die islamische Kinder-, Jugend- und Altenhilfe sowie die Seelsorge im Fokus. Auch um die Fortbildung von Imamen kümmert sich die Konferenz. 90 Prozent der rund 2.000 Imame in Deutschland kommen aus dem Ausland. Zumeist sind sie wie im Fall der DITIB-Gemeinden Beamte des türkischen Staates, die nur einige Jahre in Deutschland verbringen. Nur wenige Vorbeter sind hierzulande aufgewachsen. Das soll sich nach dem Willen der Islamkonferenz ändern. *Stefan Uhlmann*

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.



Die 1928 eingeweihte Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde in Berlin-Wilmersdorf ist das älteste erhaltene muslimische Gotteshaus in Deutschland. © picture-alliance/Arco Images

»Die meisten haben kaum eine Ahnung vom Islam«

INTERVIEW Imam Husamuddin Mayer über seine Arbeit als Gefängnisseelsorger für muslimische Häftlinge und den Kampf gegen deren Radikalisierung

Herr Meyer, was kommt bei muslimischen Gefangenen, die Sie als Imam betreuen, zuerst: Das Gefängnis oder die Radikalisierung?

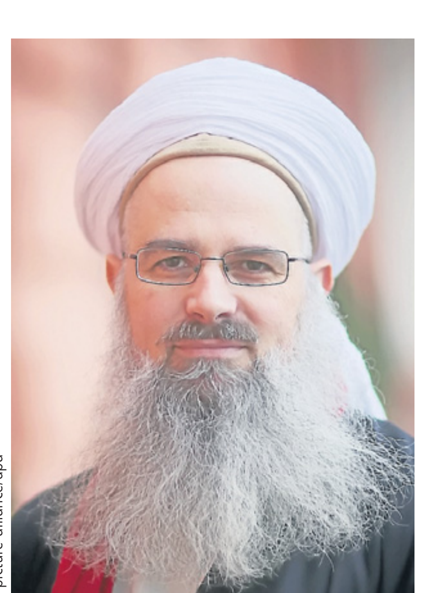
Zunächst ist eine Feststellung wichtig: Die große Mehrheit der muslimischen Häftlinge hat mit dem radikalen Islam nichts zu tun, weder vor der Haft noch währenddessen. Bei einigen wenigen aber gibt es eine merkwürdige Mischung: Sie haben gleichzeitig Kontakt zum kriminellen Milieu und zu Salafisten – obwohl jeder, der sich ernsthaft für den Islam interessiert, weiß, dass Glaube und Straftaten nicht zusammengehen. Im Gefängnis sind diese jungen Männer auf sich zurückgeworfen, suchen einen Schuldigen für ihre Lage. Wenn dann Hetzer kommen, die ihnen den vermeintlich unterdrückenden Staat oder Ungläubige als Sündenbock präsentieren, fällt das nicht selten auf fruchtbaren Boden.

Aber ist der Weg zum radikalen Islamismus für junge Menschen, die in Deutschland aufgewachsen sind, nicht weit?

Sehr sogar – weil diejenigen, die sich radikalisieren, in aller Regel überhaupt nicht religiös aufgewachsen sind. Wer im islamischen Glauben erzogen wurde, ist für diese Hetze meist gar nicht anfällig, sondern geimpft gegen diese Art von Ideologie. Aber für die Jungen, die ich betreue, ist die Hinwendung zur Religion häufig auch eine Rebellion gegen ihre Eltern, die damit nichts anfangen können. Dazu kommt: Meist hatten sie schon vor dem Gefängnis keine Perspektive, die wenigsten haben einen Schulabschluss, viele dafür aber Gewalterfahrungen. Das Versprechen, dass sie in Syrien zu Helden werden oder gar als Attentäter eine große mediale Aufmerksamkeit erfahren könnten: Das ist die Verheißung, ihrem Leben endlich eine Bedeutung geben können.

Leben sie dann tatsächlich nach islamischen Werten?

Nein, im Gegenteil. Für die meisten spielt nur der Aspekt, im Dschihad gegen vermeintliche Feinde zu kämpfen, eine Rolle. Bevor sie nach Syrien aufbrechen, gehen sie ins Bordell oder begehen Straftaten – Dinge, die mit dem Glauben eigentlich nicht zu vereinbaren sind. Es gibt aber auch die, denen die Religion wirklich etwas bedeutet und die glauben, ganz strikt im Sinne des Koran zu leben. Sie denken, dass es ihre Pflicht ist, die Menschen im „Kampf gegen den Unterdrücker" Assad zu unterstützen. Sie fallen auf die Propaganda der Hetzer herein. Das Schlimme ist, dass sie daran glauben, im Kampf gegen den Tyrannen wirklich etwas Gutes zu tun.



© picture-alliance/dpa

Imam Husamuddin Mayer

Wie kann man jemanden, der so tickt, zum Umdenken bringen?

Das ist unterschiedlich – und es funktioniert auch nicht immer. Ich treffe auf viele junge Menschen, die gerade auf der Kippe stehen und sich im Gespräch überzeugen lassen. An andere komme ich nicht heran, die sind ohnehin davon überzeugt, ich würde mit dem Feind unter einer Decke stecken.

Sind Sie als Konvertit für diese Menschen überhaupt glaubhaft?

Das spielt keine Rolle. Außerdem: Viele derer, die sich derart radikalisieren, sind ja selbst eine Art Konvertiten. Nicht, weil sie urdeutsch geboren und aufgewachsen wären, aber weil sie auch erst verhältnismäßig spät, mit 16 oder 17 Jahren, zum Glauben gefunden haben. Das sind nicht nur Türken oder Araber, sondern viele Russen, Polen, Südamerikaner oder Deutsche. Für die ist der Salafismus eine Anti-Bewegung, mit der man sich absetzt und Aufmerksamkeit bekommt.

Und was sagen Sie denen?

Am wichtigsten ist erst einmal nicht, was ich sage – sondern dass ich sie ernst nehme, dass ich sie als Menschen annehme und ihnen Wertschätzung entgegen bringe. Ich versuche, sie zum Nachdenken zu bringen: Sind es wirklich die Sündenböcke draußen, die schuld an ihrer Lage sind? Und dann geht es um schlichte Wissensvermittlung zum Islam, dass Vergebung nicht nur durch den Dschihad erlangt werden kann, sondern auch durch Reue und Einsicht. Häufig geht es darum, sie mit Informationen zu versorgen. Die meisten haben ja ehrlich gesagt kaum eine Ahnung vom Islam.

Wie viel Ihrer Zeit verbringen Sie eigentlich mit der Betreuung islamischer Häftlinge?

Ich arbeite in zwei Gefängnissen, In Wiesbaden wurde mein Kontingent gerade von neun auf 15 Stunden erhöht, in Rockenberg habe ich in diesem Jahr sechs statt nur drei Stunden.

Reicht das aus?

Nein, der Bedarf wäre viel, viel größer. Ich merke das: Die Häftlinge brauchen Ansprechpartner, denen sie ihre Fragen stellen können und mit denen sie diskutieren können.

Was für Fragen sind das?

Zum Beispiel die, ob man wirklich alle töten müsse, die nicht regelmäßig beten. Das hören und lesen sie in der einschlägigen Propaganda, das ist wirklich erschreckend. Wenn es nicht ausgebildete Imame gibt, die solche Diskussionen professionell führen können, dann wendet man sich an die selbsternannten Experten in den Gefängnissen. Und die Antworten, die von denen kommen, müssen uns alle beunruhigen.

Schmerzt es Sie, dass gerade die wenigen Radikalen das Bild des Islam nach außen so sehr prägen?

Ja, natürlich. Und ich sage allen, die sich darüber beschweren, dass sie diskriminiert werden: Daran seid ihr zum Teil selbst schuld. Erste Regel für gute Muslime ist gutes Benehmen, da kann man nicht pöbelnd durch die Straßen ziehen.

Das Gespräch führte Susanne Kailitz.

Husamuddin Meyer ist Imam und arbeitet als Gefängnisseelsorger für muslimische Gefangene in Hessen. Der fünffache Vater, getauft auf den Namen Martin und christlich erzogen, konvertierte vor mehr als 20 Jahren zum Islam. Er studierte Ethnologie, Geographie und Islamwissenschaften.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Gefühlte Bedrohung

PEGIDA Die Demonstranten warnen vor einer »Islamisierung«, haben mit der Religion im Alltag aber kaum Berührungspunkte



Teilnehmer einer Pegida-Demo im Januar in Dresden © picture-alliance/ZB

Im Mai scheint Pegida zu den Wurzeln zurückzukehren: Während es um den Islam bei den „Spaziergängen" der Gruppierung in den vergangenen Monaten kaum noch zu gehen schien und stattdessen gegen Asylbewerber im Allgemeinen, die „linskversiffte" Politik und die „Lügenpresse" im Speziellen gewettert wurde, steht die Bedrohung durch die Religion bei den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes" nun wieder höher im Kurs. Zur Kundgebung am heutigen Montag hat man Geert Wilders geladen. Der Niederländer ist Vorsitzender der rechspopulistischen „Partei Für die Freiheit" und erklärter Islamkritiker.
Pegida wirbt auf einer Facebook-Seite für Wilders Besuch und zitiert aus einer seiner Reden: „Unsere deutliche Botschaft an den Islam ist: Wir werden den Islam besiegen." Eine Kundgebung mit bis zu 30.000 Teilnehmern hat das Organisationsteam angekündigt.
Nachdem die Zahl der Demonstranten in den vergangenen Wochen längst nicht mehr die Werte der Hochphase vom Dezember und Januar erreicht hat, als bis zu 25.000 Menschen gekommen waren, erhofft man sich vom Schulterschluss mit dem markigen Wilders wieder neuen Zulauf. Und möglicherweise eine Perspektive innerhalb einer starken europäischen Rechten: Denn ewig schweigend durch Dresden zu spazieren, das reicht weder den Protestierenden noch den Organisatoren. Man mag sich zwar nicht am politischen Diskurs beteiligen, will aber doch wahrgenommen werden.

Befürchtungen Und mit dem Schüren von Angst vor dem Islam funktioniert das immer noch am besten: Zwar leben in Sachsen nur rund 20.000 Muslime, das sind rund 0,48 Prozent der Bevölkerung. Zum Vergleich: In ganz Deutschland stellen die rund vier Millionen etwa fünf Prozent der Gesamtbevölkerung. Doch dort, wo kaum jemand einen Muslim persönlich kennt, ist die Skepsis vor dem Islam am größten. 57 Prozent der Ostdeutschen glauben nach Ergebnissen des Religionsmonitors der Bertelsmann-Stiftung, dass Islam und westliche Welt nicht zu vereinbaren sind, das sind acht Prozent mehr als im Westen.
Zwar ist deutschlandweit jeder Zweite davon überzeugt, der Islam sei eine Bedrohung, aber nur in Dresden gelingt es, eine große Zahl von Menschen auf die Straße zu bekommen, die dort gegen die vermeintlich drohende Islamisierung protestieren.
Wer sich mit Pegida-Teilnehmern unterhält, der bekommt viel zu hören über die Befürchtung, es könne soweit kommen, dass die eigenen Kinder auf der Straße nicht mehr deutsch sprechen dürften. Man erzählt von Weihnachtsmärkten, die so nicht mehr heißen dürften und Sankt-Matins-Umzügen, die in Sonne-Mond-und-Sterne-Fest umbenannt werden müssten. All das gebe es zwar noch nicht in Dresden. Doch die Frage, die immer gestellt wird, lautet: „Wollen Sie, dass es bei uns auch so weit kommt wie in Berlin oder Bremen?" Wer jetzt nicht auf die Straße gehe, der müsse sich nicht wundern, wenn irgendwann die IS-Kämpfer auch in Deutschland ihre Massaker verüben würden. Die Bücher von Thilo Sarrazin, Udo Ulfkotte oder Heinz Buschkowsky zu Fragen von Integration und zur Berichterstattung darüber in der Presse gelten als Quellen, um zu belegen, dass der Islam Deutschland längst unterwandere.
Was für die meisten Pegida-Teilnehmer zumindest in Dresden nur eine gefühlte Bedrohung ist, wird für viele Migranten in der Stadt zu einer tatsächlichen. Auf eine Frage bei den „International Friends", einer Facebookgruppe für Ausländer und Deutsche, die in Dresden leben und arbeiten, ob die konkrete Fremdenfeindlichkeit in der Stadt zugenommen habe, melden sich viele, die berichten, sie seien beschimpft und angepöbelt wurden. Türkischstämmige Ladenbesitzer erzählen von Frauen, denen das Kopftuch weggerissen worden sei und die nun lieber nur noch mit Mütze auf die Straße gingen.
Man sei für „die Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur", heißt es in der offiziellen Pegida-Verlautbarung zu den Zielen des Bündnisses. Dezidierte Islamkritik findet sich in den 19 Thesen nicht, nur die Erklärung, man sei gegen „Parallelgesellschaften/Parallelgerichte in unserer Mitte, wie Sharia-Gerichte, Sharia-Polizei, Friedensrichter ".

Abendland Doch was ist das eigentlich, diese christlich-jüdisch geprägte Abendlandkultur? In Sachsen ist überhaupt nur jeder Vierte konfessionell gebunden, die große Mehrheit hat weder mit der christlichen Religion noch der katholischen oder evangelischen Kirche überhaupt Berührungspunkte. Als Pegida kurz vor Weihnachten zum gemeinsamen Singen lud, wurden vorsichtshalber Noten und Texte des heimischen Liedguts verteilt; auf die Textsicherheit der Demonstranten mochte man sich nicht verlassen.
Wir gegen das Fremde: So lässt sich die Frontstellung bei Pegdia gegen den Islam wohl zusammenfassen. Der Islam ist für die meisten der Teilnehmer eine Chiffre für all das Bedrohliche in der Welt. Vorurteile, Fehlentwicklungen, die es ja tatsächlich gibt, und eine Nachrichtenlage, die, wenn es um den Islam geht, vor allem über schreckliche Greuel von Terroristen berichtet, bilden eine Gemengelage, die nach innen identitätsstiftend und nach außen ausgrenzend wirkt.
Doch auch wenn Pegida als Dresdner Phänomen in Deutschland eine Ausnahmeerscheinung ist: Das Bündnis befindet sich in bester Gesellschaft. Auch die neuen rechten Parteien und Bündnisse Europas, deren Abgesandte man gern als Redner in die sächsische Hauptstadt lädt, konzentrieren sich in ihrer Ablehnung nicht mehr auf andere Nationalitäten, sondern auf den Islam. Den bekämpfen zu wollen ist der gemeinsame Markenkern von Rechtspopulisten, die sonst nicht viel eint. Das christliche Europa, auf das Pegida und Co sich berufen, existiert vor allem über die Feststellung, was und für wen es eben nicht ist.

Missverständnisse Bei der Einschätzung der Bedrohungslage kommt es dann gelegentlich zu interessanten Missverständnissen. Auf Facebook erregte sich vor einigen Wochen ein Pegida-Anhänger über das weithin sichtbare Minarett in Dresden; daran könne man ja sehen, wie weit es mit dem islamischen Einfluss schon sei. Ortskundige beruhigten den Mann: Es handele sich nur um den getarnten Schornstein einer ehemaligen Zigarettenfabrik. *Susanne Kailitz*

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.

Weltreligion unter Verdacht

MEDIEN Terror bestimmt die Berichterstattung über den Islam

Das Kopftuch ist ein seltsames Kleidungsstück. Seit Menschengedenken schützt es vor Wüstensand, weiblichem Selbstvertrauen oder Frisurverwehungen. Gangmitglieder und Trümmerfrauen, Bäuerinnen und Hipster, Heimchen am Herd, Hardrocker und ja, auch eine Menge Muslima diesseits wie jenseits strenggläubiger Kulturkreise – sie alle tragen das mal blumige, mal schlichte, meist luftige, seltener blickdichte Stück Stoff. Kopftücher sind global verbreitete Kleidungsstücke, Jahrtausende schon in Mode, überall. Und doch ist der Mediengesellschaft merkwürdig wichtig, wer genau es trägt, wann, wo und vor allem: warum. Zum Beispiel im Unterricht.
Dort verbieten es einige Bundesländer per Gesetz. Noch. Im Januar revidierte das Bundesverfassungsgericht sein Urteil von 2003 und erklärte, das Tragen des Kopftuchs dürfe nur untersagt werden, wenn „konkrete Gefahr" für Schulfrieden oder staatliche Neutralität ausgehe (siehe Seite 2). Das kann man richtig oder falsch finden, diskriminierend oder emanzipierend. Was aber insbesondere in der deutschen Medienlandschaft offenbar schwer fällt, ist, darüber vorurteilsfrei diskutieren. Besonders Boulevardblätter verwenden nicht erst seit Thilo Sarrazins Bestseller „Deutschland schafft sich ab" Begriffe wie „Kopftuch-Mädchen", die erst zwangsverheiratet und zu „Kopftuch-Frauen" gereift dem Islamischen Staat nachreisen würden. Dass eben diese Blätter eine derart traditionell bedeckte Sorbin oder modisch dekorierte Blankeneserin je ähnlich tituliert hätten, ist nicht überliefert.

Seit der IS zur grausigen PR-Show bittet, wetteifern Talk-Shows um die knalligste Überschrift.

Unter Verdacht Wer wann wo aus welchen Gründen Kopftuch trägt, wird medial häufig weniger zunächst einmal als eine Frage innerer Einstellung (also etwa auch des Glaubens) diskutiert, sondern im Zeichen von Abwehrreflexen und Verdächtigungen. Spätestens seit den Terroranschlägen des 9. September 2001 werden Begriffe Migration, Islam und Terror oft auf einen reduziert: Islamismus. 2014 habe der „Islamische Staat" (IS) das Bild von Muslimen und ihrer Religion in der deutschen Medienlandschaft auf den Tiefpunkt gebracht, so formuliert das der Schweizer Auswertungsdienst Media Tenor, der rund 270.000 Berichte in 19 deutschen TV-, Radio- und Printmedien durchforstet hat. Terror, Kriege und internationale Konflikte seien seit Jahren die prägenden Themen der Berichterstattung über den Islam. Auch durch die IS-Propaganda übersteige die Menge der Berichte über den Islam im Jahr 2014 bei weitem jene über die beiden christlichen Kirchen zusammengenommen.

Laut Media Tenor gab es 2014 mehr Berichte über den Islam als über die christlichen Kirchen.

Trotz einer „Vielzahl verschiedenartiger Lebensrealitäten", klagt die Erlanger Medienpädagogin Sabine Schiffer, nähmen deutsche Medien 1,2 Milliarden Muslime „als homogene Masse" wahr, die „bedrohlich oder zumindest rückständig erscheint". So erklärt sich jene Mischung diffuser Ängste, verbrämter Vorurteile und offener Ressentiments, die den Diskurs allzu oft prägt. Seit der „Islamische Staat" zur grausigen PR-Show bittet, wetteifern Talkshows mit Titeln wie „Mord im Namen Allahs" (Maybrit Illner) um die knalligste Headline. Frank Plasbergs Frage, „Vor welchem Islam müssen wir Angst haben?", beantwortet Anne Will mit „Allahs Krieger im Westen", was dem Magazin „Cicero" nicht weit genug ging, als es insinuierte: „Ist der Islam böse?". Und das Magazin „Focus" illustrierte „acht unbequeme Wahrheiten über die muslimische Religion" mit Muselfrauen im Niqab und Muselmännern mit Bart.
Im Rennen zwischen alten und neuen Medien senkt ein nuancierter Tonfall die Siegchancen. Es geht um Aufmerksamkeit, möglichst plakativ und stereotyp vermittelt. Wird über Migration, gar arabischer berichtet, so kommentierte Deniz Baspinar die Sarrazin-Debatte, „sehen wir die ewig gleiche Rückenansicht einer Gruppe von Frauen mit Kopftuch und bodenlangen Mänteln", deren Glaubensbrüder Korane oder Kalaschnikows halten. Die Zeit-Autorin sieht hier ein „mediales Perpetuum Mobile" am Werk: Wer solcherart Klischees journalistisch transportiere, verstärke zugleich die Nachfrage nach ihnen, die Redaktionen dann wiederum im journalistischen Ringen um Klicks und Käufe bedienen zu müssen glaubten. Resultat dieses Agenda-Settings ist aus Sicht des Medienforschers Kai Hafez ein „virtueller Islam", dessen Gläubige kaum noch als kulturelle, soziale, ökonomische, sondern rein religiöse Wesen wahrgenommen werden.
Die Beschreibung des Alltags von Millionen Muslimen hierzulande und die Frage, wie sich das Miteinander in einer Einwanderergesellschaft gestalten lässt, treten hinter plakativen Schlagzeilen zurück. Die „Bild"-Zeitung etwa zitierte kurz vor Weihnachten vergangenen Jahres den Grünen-Abgeordneten Omid Nouripour mit den Vorschlag eines muslimischen Liedes im Adventsgottesdienst – was dieser nach eigener Darstellung so gar nicht gefordert hatte: „Der Vorschlag, wie er da steht, ist von der BILD-Zeitung einem Politiker muslimischen Glaubens in den Mund gelegt", schrieb Nouripour dazu auf seiner „Facebook"-Seite. Falls es sich so abgespielt haben sollte, könnte man das medienwissenschaftlich als „Framing" („Einrahmen") bezeichnen, die Einordnung objektiver Sachverhalte in subjektive Deutungen.
Doch auch Politiker christlicher Parteien können falsch eingerahmt werden. Als Niedersachsens Sozialministerin 2010 für das Kopftuchverbot warb, allerdings darauf hinwies, dass dann auch Kruzifixe in Schulen nichts zu suchen hätten, hätten die Sätze der CDU-Politikerin nur ein laues Lüftchen erzeugt. Erst das „Wer" machte daraus medial einen Orkan: Sie heißt Aygül Özkan. *Jan Freitag*

Der Autor ist freier Journalist mit dem Schwerpunkt Medien.

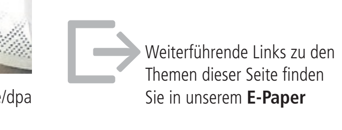
Spott wider Gott

KARIKATURENSTREIT Beim Lachen über Religion hört für einen fundamental interpretierten Islam der Spaß auf

Humor ist, wenn man trotzdem lacht? Von wegen! Beim Lachen, so scheint es zumindest im fundamental interpretierten Islam, hört der Spaß auf. Die afghanischen Taliban wollen es am liebsten ganz aus ihrem Gottesstaat verbannen so wie der „Islamische Staat" aus seinem „Kalifat". Und das sind nur die radikalen Auswüchse religiöser Spaßallergie. Man findet sie ja auch in Umberto Ecos „Name der Rose", wo der tieffromme Priester Jorge das Lachen für so lästerlich hält, dass er dafür Todsünden bis zum Mord begeht. Doch es bedarf keiner Reise ins Mittelalter, um heiterer Blasphemie auf die Spur zu kommen. Da reicht ein Blick in die Gegenwart.
Anfang Januar stürmten zwei bewaffnete Männer die Pariser Redaktion der Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo", töteten elf Mitarbeiter und auf der Flucht einen Polizisten. Anlass für die Attentäter war eine Serie missliebiger Karikaturen, die das Magazin veröffentlicht hatte. Ein gezeichneter Mohammed drohte etwa 2011 vom Titelblatt „100 Peitschenhiebe, wenn du nicht vor Lachen stirbst" - mit solchen Karikaturen stellt die Redaktion auch das - unter Theologen durchaus umstrittene - islamische Bilderverbot auf die Probe.
Damals folgte ein Brandanschlag auf „Charlie Hebdo" - ohne Opfer. Zwei junge Franzosen arabischen Ursprungs aber nahmen Anfang 2015 das Sonderheft „Charia Hebdo" zum Anlass ihres Angriffs, der nach Lesart der meisten Europäer kein Medium zum Ziel hatte, sondern der westlichen Gesellschaftsform im Ganzen. Der Anschlag gelte der Meinungs- wie Pressefreiheit oder einfach auch der Freiheit, sich darüber zu amüsieren, was man eben amüsant findet.
Lachen folgt allenfalls vor der Pointe dem Verstand; danach ist es die unwillkürliche Kontraktion diverser Muskeln. Diesen Impuls zu unterdrücken, käme dem Verbot des Kniesehnenreflexes gleich. Ob Kalauer oder Karikatur: Verunglimpfungen herrschender Verhältnisse finden sich bereits auf altägyptischen Papyri oder antiken Vasen und haben sich auch in Tyranneien wie der nationalsozialistischen nie unterkriegen lassen.
Das millionenfach kopierte „Je suis Charlie" wurde zwar recht schnell zum PR-Logo, das sich auf Transparenten, Tassen, T-Shirts ebenso verkaufte wie es der fremdenfeindliche „Front National" oder die Pegida-Bewegung in Deutschland für sich reklamierte, deren Anhänger Medien in anderen Zusammenhängen sonst als „Lügenpresse" titulieren .
Ob wirklich jeder Witz über eine Religion oder ihre Anhänger lustig ist – darüber besteht Dissens. Das Satire-Magazin „Titanic" machte 1995 ein Kruzifix samt „Balkensepp" zum Klopapierhalter und erntete dafür zwar eine Anzeige der katholischen Kirche, ansonsten aber eher Kopfschütteln als Konsequenzen. Anders erging es zehn Jahre später der dänischen Tageszeitung „Jyllands Posten". Die zwölf Mohammed-Karikaturen der Zeitung sorgten in der islamischen Welt für einen Aufruhr mit mehr als Hundert Toten. Es folgten Boykotte dänischer Waren. der Zeichner Kurt Westergaard wurde unter Polizeischutz gestellt. 2006 rief hingegen die iranische Tageszeitung Hamshahri zu einem Wettbewerb auf, bei dem die zwölf „besten" Holocaust-Karikaturen prämiert werden sollten. Ob Taliban und IS darüber lachen können, ist nicht bekannt. *Jan Freitag*



Protest in Pakistan gegen die Mohammed-Karikaturen im Jahre 2006 © picture-alliance/dpa



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



Das Parlament - Nr. 16 -17 - 13. April 2015

Die Selbsterhöhten

ISLAMISCHER STAAT Tausende Kämpfer aus Europa kämpfen für die Terrormiliz

Nach jüngsten Schätzungen des in London ansässigen International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence (ICSR) kämpften in den Bürgerkriegsgebieten in Syrien und Irak Ende des Jahres 2014 mehr als 20.000 ausländische Kombattanten. Von diesen kommt gut ein Fünftel aus westeuropäischen Staaten. Damit ist Europa für die Schergen des „Islamischen Staats" (IS) das zweitwichtigste Rekrutierungsgebiet. Sehr hoch sind die Ausreisezahlen in Belgien, Dänemark und Schweden. Alleine das kleine Belgien hatte bis zum Jahresende 440 Ausreisende zu verzeichnen. Das sind 40 Ausgereiste auf eine Million Einwohner. Weniger dramatisch stellen sich die Zahlen für Deutschland dar. Hier konnten im Erhebungszeitraum 500 bis 600 Personen erfasst werden, die sich mutmaßlich in Kampfgebiete begeben hatten. Bezieht man diese Zahl auf die Gesamtbevölkerung, so ergibt sich eine Relation von sieben Ausgereisten auf eine Million Einwohner.

Bei der Betrachtung dieser insgesamt hohen Zahlen drängen sich eine Reihe von Fragen auf. Wer zieht in den Krieg? Welche Motive haben die Ausreisenden? Und was tun Muslime und Zivilgesellschaft gegen diesen ausufernden Bürgerkriegstourismus?

Zumindest die erste Frage kann aufgrund der mittlerweile vorliegenden Erkenntnisse einigermaßen befriedigend beantwortet werden. Polizeidaten, Geheimdiensterkenntnisse aber auch Berichte aus Schule und Jugendhilfe zeigen, dass es überwiegend Männer sind, die sich als Kämpfer dem neuen „Kalifat" andienen. In Deutschland waren bis Juni 2014 von 378 ausgereisten Personen 89 Prozent Männer. Die meisten von Ihnen waren zwischen 16 und 29 Jahre alt. Die Bildungshintergründe der selbsternannten Kombattanten sind heterogen. Viele verfügen nur über eine niedrige schulische Bildung. Es gibt aber auch Studenten und Akademiker, die sich zur Ausreise entschlossen haben. Der britische Terrorismusforscher Max Taylor hat deshalb darauf hingewiesen, dass bei weitem nicht alle potenziellen Dschihadisten sozial depraviert sind. Manche wählen die Radikalisierung aus freien Stücken. Auch die Religionszugehörigkeit der Ausgereisten lässt keine eindeutigen Aussagen zu. Neben Muslimen finden wir Angehörige anderer Religionen, die in diese krude Form eines selbstgebastelten Islams „konvertiert" sind. Viele muslimische Kämpfer waren vorher wenig religiös und kommen aus Familien, die nicht regelmäßig die Moschee besuchen. Hinzu kommt, dass eine erhebliche Zahl von Ausgereisten im Vorfeld Straftaten begangen hat. Aufgrund der skizzierten Heterogenität ist eine präzise Eingrenzung der Risikogruppe nicht möglich.

Zu wenig Daten Eindeutige Aussagen zu den Faktoren und Verläufen von Radikalisierung sind gleichfalls nicht möglich. Hauptproblem sind hier fehlende Studien, die sich auf der Grundlage einer soliden Datenbasis mit dieser Problematik befassen. Der Islamische Staat und seine Mobilisierungsstrategien sind ein sehr junges Phänomen. Für die Präventionsarbeit brauchbare Forschungsergebnisse sind frühestens in ein oder zwei Jahren zu erwarten. Ungeachtet der vorhandenen Forschungslücken können die Attraktivitätsmomente des IS einigermaßen treffend beschrieben werden. Einer der wirksamsten Mobilisierungsfaktoren ist eine eschatologische Vision, die von der hochprofessionellen IS-Propaganda seit knapp zwei Jahren verbreitet wird. Im Zentrum der Erzählung, die sich auf einen Hadith (die Überlieferungen der Aussprüche und Handlungen des Propheten Mohammed) stützt, steht die kleine syrische Ortschaft Dabiq unweit von Aleppo. Dort werde eine der größten Schlachten zwischen den Muslimen („den besten Leuten der Erde") und den Kreuzzüglern stattfinden. Anschließend begänne die Eroberung von Konstantinopel und Rom. Im Kontext der Dschihadpropaganda wird der Krieg in Syrien damit zu einer endzeitlichen Mission, an der sich jeder aufrechte Muslim beteiligen muss. Das Mobilisierungspotenzial dieser Endzeitphantasien, die über Filme und Magazine im Internet verbreitet werden, kann kaum überschätzt werden.



Für belgische Dschihadisten im Einsatz: Michael Delefortrie (M.) kämpfte in Syrien und verlässt hier im Februar das Gericht in Antwerpen. Er erhielt eine Bewährungsstrafe. © picture-alliance/dpa

Verstärkt wird die Mobilisierung durch weitere Faktoren, die in der kompakten Weltsicht des IS angelegt sind. An erster Stelle können hier eine Reihe von psychosozialen Effekten angeführt werden. Die krude Ideologie des IS ermöglicht ihren Anhängern zunächst den Akt der Selbsterhöhung. Möglich wird dieser auf der Grundlage einer dichotomen Weltsicht, die ausschließlich zwischen „Gläubigen" und „Ungläubigen" zu unterscheiden vermag. Selbstredend steht der „Gläubige" auf der ultimativ richtigen Seite und damit über all jenen, die nicht der Ideologie des IS zu folgen vermögen. Verbunden hiermit ist oftmals der Akt einer umfassenden Selbstermächtigung. In „göttlicher" Mission kämpfend, kennen Kombattanten des IS keine Grenzen. Selbst kaum beschreibbare Gewaltexzesse wie Massenhinrichtungen von Kriegsgefangenen und Greuel an der Zivilbevölkerung scheinen statthaft. Damit entwickelt der Krieg in Syrien und Irak auch eine Sogwirkung auf jene zwielichtigen Gestalten, die ihre mitunter pathogenen Gewaltphantasien ausleben möchten.

Ein weiteres, bislang wenig untersuchtes Phänomen, kann mit dem Begriff der Hypermännlicheit bezeichnet werden. Nahezu alle Propagandaprodukte des IS, die vom Al-Hayat-Media-Center produziert werden, zelebrieren den gut aussehenden und lässig gestylten Kämpfertyp, der selbst in extremen Gefechtssituationen eine „gute Figur" macht. Anschauungsmaterial hierfür liefert in Fülle das Magazin DABIQ, das bislang in sieben Ausgaben erschienen ist oder die Filmproduktion „Flames of War". Hier sind in langen Zeitlupeneinstellungen schwarz gekleidete junge Männer mit Bärten und schulterlangem Haar zu sehen, die ohne Mühe den Druckwellen schwerer Mörsergranaten standhalten. Angesichts dieser Bilder ist es wenig verwunderlich, dass in den sozialen Netzwerken der Neosalafisten die Kämpfer des IS als „Löwen" und „Helden" gefeiert werden. Gleichfalls ein bedeutsames Mittel in der Rekrutierungsstrategie der IS-Unterstützer in Europa ist das Versprechen von Kameradschaft und „guter" Gemeinschaft. Die Gruppenzusammenhänge der Unterstützerszene bieten ein Gefühl der Gleichheit in einer multiethnischen Gruppe. Darüber hinaus bietet das Gemeinschaftsleben Anerkennung und Respekt. Niemand fragt nach dem Vorleben oder Stationen des individuellen Scheiterns. Menschen, die sich dem IS anschließen, machen tabula rasa und beginnen ein neues Leben.

Krude Ideologie Abschließend wäre zu erörtern, was die neosalafistische Mobilisierung und der „Islamische Staat" mit dem Islam und den Muslimen zu tun haben? Zu dieser schwierigen Fragestellung gibt es selbst unter ausgewiesenen Fachleuten eine seit geraumer Zeit andauernde Kontroverse. Manche behaupten, dass Koran und Sunna Textpassagen enthielten, mit deren Hilfe dschihadistische Positionen theologisch untermauert werden könnten. Diese Grundannahme findet bei den Islamwissenschaften und der islamischen Theologie keineswegs ungeteilten Zuspruch. Insbesondere der französische Islamwissenschaftler Olivier Roy hat in den vergangenen Jahren wiederholt darauf hingewiesen, dass es sich bei der neosalafistischen Bewegung nicht um eine Folge der islamischen Kultur handele. Vielmehr sei der Neosalafismus „die Negation jeglicher Kultur". Der Neosalafismus sei eine Mutation von Religion, für die konstatiert werden könne, dass sie die heiligen Texte außerhalb des kulturellen und historischen Kontextes wortwörtlich zum Sprechen brächte. Die Inszenierung von Religiosität werde hierdurch karger, kompromissloser, auf sich selbst bezogen. In der Tat zeigt eine Analyse der bislang erschienen Ausgaben der DABIQ, dass hier eine vereinfachte, reduktionistische „Theologie" und damit Klarheit und Eindeutigkeit im Gegensatz zu traditionellen komplexen islamischen Lehren vorzufinden ist. Anders formuliert: Mit der klassischen islamischen Theologie, in der vernünftig über Gott gesprochen wird, hat die IS-Ideologie keine Gemeinsamkeiten. Zu dieser Schlussfolgerung kann man auch auf der Grundlage der Stellungnahme von 120 islamischen Gelehrten gelangen, die im September 2014 vorgelegt wurde. Diese weist detailliert nach, dass der IS gegen fundamentale islamische Prinzipien verstößt.

Angesichts dieser Befunde erscheint auch die Rolle der muslimischen Gemeinschaften in Westeuropa in einem neuen Licht. Immer wieder wurde von Politik und Medien die Forderung erhoben, die Muslime mögen sich von Salafismus und Dschihadismus distanzieren. Doch von was genau soll man sich distanzieren? Der Neosalafismus und der mit ihm verbundene Dschihadismus sind eine krude und einfältige Ideologie, die Elemente des Islam willkürlich herausgreift und instrumentalisiert. Hauptleidtragende dieser Instrumentalisierung sind in jedweder Hinsicht die Muslime selbst. Hinzu kommt – und auch das wurde bislang nicht ausreichend begriffen: Radikalisierungsprozesse junger Menschen finden in der Regel abseits der Moscheegemeinden statt. Betroffen hiervon sind in einer nicht unerheblichen Zahl auch Konvertiten mit ursprünglich christlichen oder anderen religiösen und weltanschaulichen Hintergründen. Folglich sind die präventiven Wirkmöglichkeiten der muslimischen Gemeinden erst gar nicht vorhanden oder nur gering. In der noch jungen Radikalisierungsprävention geht man deshalb davon aus, dass die neosalafistische Mobilisierung und die Netzwerke des IS sich nur mit einer gesamtgesellschaftlichen Agenda nachhaltig bekämpfen lassen.

Michael Kiefer

Der Autor der Texte auf dieser Seite ist promovierter Islamwissenschaftler und arbeitet beim Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück.

Sozialarbeit gegen die Radikalisierung

PRÄVENTION Mit vielfältigen staatlichen Maßnahmen wird europaweit versucht, ein Abrutschen Jugendlicher in den gewaltgeneigten Salafismus zu verhindern

Die Radikalisierungsprävention gegen gewaltbefürwortende neosalafistische Strömungen ist in Europa und insbesondere Deutschland eine noch junge Disziplin. In der Präventionsforschung werden gemeinhin drei Handlungsfelder unterschieden.

Die primäre, häufig auch universelle Prävention spricht alle gesellschaftlichen Gruppen an. Ziel ist die Stärkung erwünschter Haltungen und eine langfristige Stabilisierung positiver Lebensbedingungen. Moderne Ansätze in Schule, Jugendhilfe und politischer Bildung fokussieren nicht vorhandene Defizite der Teilnehmenden, sondern setzen an vorhandenen individuellen Ressourcen an und fokussieren damit die Entwicklungspotenziale junger Menschen. Von großer Bedeutung ist hier, dass durch die Ressourcenorientierung unabsichtliche negative Markierungen verhindert werden können. Herausragende Beispiele in diesem Bereich der Radikalisierungsprävention sind die Modellprojekte „Ibrahim trifft Abraham", das im Kontext des Bundesprogramms „Initiative Demokratie stärken" durchgeführt wurde und „Dialog macht Schule", das von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und der Robert-Bosch-Stiftung finanziert wird. Beide Projekte verfügen über einen ausgeprägten partizipativen Ansatz .

Die sekundäre oder auch selektive Prävention umfasst Angebote für junge Menschen, die definierte Risikofaktoren aufweisen. Zu unterscheiden sind hier direkte und indirekte Maßnahmen. Direkte Maßnahmen wenden sich unmittelbar an die Zielgruppe. Hierzu zählen aufsuchende Formate der Jugendhilfe oder direkte Interventionsformate, wie sie zum Beispiel im Kontext der schulischen Sozialarbeit durchgeführt werden. Zu den indirekten Formaten, die Schlüsselpersonen adressieren, die eng mit der Zielgruppe agieren, zählen insbesondere die Beratungsangebote für Eltern, wie sie unter anderem im Bundesprogramm „Beratungsstelle Radikalisierung" angeboten werden. Zu den indirekten Formaten zählen ferner Fortbildungsprogramme für Multiplikatoren. Wegweisend ist in diesem Bereich die bpb, die seit Januar 2015 die Fortbildung „Neosalafismus – Prävention in den Handlungsfeldern politische Bildung, Schule, Jugendhilfe, Vereinsarbeit und Gemeinde" anbietet. Die Fortbildung umfasst vier Module, die an vier Wochenenden unterrichtet werden und richtet sich an Fachkräfte aus politischer Bildung, Schule, Jugendhilfe, Vereinsarbeit und muslimischen Gemeinden.



Salafisten demonstrieren in Wuppertal. © picture-alliance/dpa

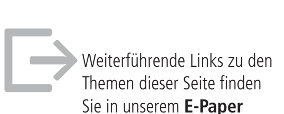
Schließlich wäre noch die tertiäre oder auch indizierte Prävention anzuführen. Sie richtet sich an Menschen mit manifesten Problemlagen. Die Prävention in diesem Bereich soll weitere Eskalationen verhindern, ferner soll sie Menschen aus extremistischen Bewegungen herauslösen und dazu beitragen, dass diese ein Leben ohne weitere Delinquenz gestalten können. Auch hier kann zwischen direkten und indirekten Maßnahmen unterschieden werde. Zu den direkten Maßnahmen zählen Aussteigerprogramme, die zum Beispiel mit Rückkehrern aus dem syrischen und irakischen Kriegsgebiet arbeiten. Es kann davon ausgegangen werden, dass im kommunalen Raum in zunehmender Zahl traumatisierte Ex-Kombattanten langwierig betreut werden müssen. Zu den indirekten Maßnahmen zählen Fortbildungen, die Imame befähigen, als Gefängnisseelsorger tätig zu werden. Es geht aber auch um eine flankierende Sozialarbeit, die ehemalige Strafgefangene über einen längeren Zeitraum begleitet.

Was die Durchführung von Präventions- und Aussteigerprogrammen betrifft, haben die westeuropäischen Staaten sehr unterschiedliche Erfahrungen vorzuweisen. Pionierleistungen auf dem Gebiet der Radikalisierungsprävention hat vor allem Großbritannien vorzuweisen. Bereits im Jahr 2003 verkündigte der damalige Premier Tony Blair die ganzheitliche Terrorabwehrstrategie CONTEST, die nach den Londoner Anschlägen von 2006 erheblich ausgedehnt wurde. Zeitweise flossen bis zu 140 Millionen Pfund in präventive Maßnahmen. Adressaten der „Prevent-Strategy" waren unter anderem Moscheegemeinden, die in belasteten Siedlungsräumen mit Jugendlichen arbeiteten. Erfolge hat in diesem Kontext insbesondere das „Channel-Programm" vorzuweisen. Durch gezielte pädagogische Interventionen, die von ausgewählten Akteuren in Sozialräumen durchgeführt wurden, konnte bei zahlreichen Jugendlichen ein Fortschreiten der Radikalisierung verhindert werden.

»Demokratie leben« Positive Erfahrungen mit Präventionskonzepten haben auch die Niederlande vorzuweisen. Innovativ war zum Beispiel das ganzheitliche Präventionsprojekt „Amsterdam tegen radicalisering", das insgesamt 16 Handlungsfelder umfasste. Neben der Verstärkung von interkulturellen Beziehungen, der Bekämpfung von Islamfeindlichkeit und Rechtsextremismus zielte das Programm auch auf eine Immunisierung von Muslimen gegen islamistische Eindeutigkeitsangebote. Zum Programm gehörten gleichfalls gezielte Interventionen, die bei gefährdeten Personen ein Fortschreiten der Radikalisierung unterbinden sollten.

Auch in Deutschland hat man mittlerweile erkannt, dass Präventionsarbeit einen wichtigen Beitrag gegen die Radikalisierung junger Menschen leisten kann. Vorreiter ist unter anderen das Bundesland Nordrhein-Westfalen, das im März vergangenen Jahres das Programm „Wegweiser" implementierte. Mittlerweile gibt es in vier Städten Büros, in denen Lehrkräfte, Sozialarbeiter ,aber auch Angehörige von Radikalisierten Beratung und Unterstützung finden können. Darüber hinaus bietet das Programm Hilfen für Aussteiger an, die direkt vom Innenministerium verantwortet werden. Neben den Ländern hat auch der Bund eigene Maßnahmen aufgelegt. Das Förderprogramm „Demokratie leben" stellt für Träger der Radikalisierungsprävention insgesamt 40 Millionen Euro zur Verfügung.

MK



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**





Ende Oktober 2014 demonstrierten in Berlin Neuköllner Stadtteilmütter gegen den Wegfall von mehr als der Hälfte ihrer Stellen.

Lob allein genügt nicht

INTEGRATION Jugendliche und Familien sind oft schwer erreichbar. Erfolgreichen Projekten aber fehlt die Finanzierung

In dem französischen Film „La Haîne“ (dt: Hass, 1995) gibt es eine Szene, die die Hürden der Integration so beschreibt: In den französischen Banlieues (Vororten) brennt es, nachdem bekannt wurde, dass ein Jugendlicher auf der Flucht vor der Polizei starb. Ein Polizist, der selbst aus dem Maghreb kommt, stellt sich die Frage, wie die Arbeit weitergehen soll. „Vor ein paar Jahren war ein Dialog mit den Jugendlichen noch möglich. Aber jetzt? Mich kennen die Jugendlichen noch, aber ein junger Kollege hält das keinen Monat durch“, sagt er. Die Szene des Films hat eine klare Botschaft: Um Jugendliche zu erreichen, genügt es nicht, die gleichen kulturellen Wurzeln zu haben, sondern man muss sie begleiten, sonst „wachse“ man buchstäblich aus der Integration heraus.

Schwer erreichbar Eine Erfahrung, die gerade auch Menschen machen, die Kontakt zu den Jugendlichen suchen, die den Islam radikal auslegen (siehe Seite 16). Familien und Mitglieder der islamischen Gemeinschaft wissen oft nicht mehr, wie sie diese jungen Menschen erreichen können. Denn wenn Jugendliche das Gefühl haben, weder in der Familie noch in der Moschee über bestimmte Themen adäquat sprechen zu können, holen sie sich ihre Infos eben online – und können sich so selbst radikalisieren. Der Berliner Imam Mohamed Sabri will das ändern und geht einen anderen, modernen Weg, bei dem er auf soziale Medien setzt: „Ich lasse meine Predigten aufzeichnen und stelle sie jetzt auf Facebook“, sagt Sabri. In die Moschee passen am Freitag 2.000 Menschen, auf Facebook erreicht er deutlich mehr Menschen. Er predigt, dass die Menschen sich angesprochen fühlen müssen, wenn die Kanzlerin sagt, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Seine Aufrufe für mehr Integration gefallen nicht allen. Der Berliner Imam wurde mehrfach von Jugendlichen angegriffen, einmal sogar bewusstlos geprügelt: „Für diese Menschen bin ich der Feind“, sagt er. Vor allem deshalb, weil seine Botschaft die der Integration ist. In seinen Predigten nach dem Freitagsgebet verurteilt er Terroristen. Als er vor seiner Moschee die deutsche Fahne hissen wollte, wurde sie heruntergerissen. Es seien zwar nur wenige Leute, sagt Sabri, diese machten aber am „meisten Krach“. Sabri selbst wird in seiner Gemeinde geschätzt, die Menschen suchen seinen Rat, sein Telefon hört nicht auf zu klingeln. Die Frage, wie man Menschen am besten erreichen kann, ist Dreh- und Angelpunkt all jener Projekte, die die Integration nicht nur von Muslimen in Deutschland fördern wollen. Zu einem dieser Vorzeigeprojekte in diesem Bereich gehören die so genannten „Stadtteilmütter“. Die Initiative ist mehrfach ausgezeichnet, vom Bundespräsidenten hoch gelobt worden und mittlerweile im 11. Jahr. Das Projekt soll die Integration von den Familien fördern, die sich aus der Gesellschaft oftmals zurückgezogen haben. Sie werden von „Stadtteilmüttern“ besucht, die alle selbst einen Migrationshintergrund haben. Für ihre Aufgabe werden die zumeist türkischen oder arabischen Frauen von Sozialarbeitern in zwei Phasen ausgebildet und beraten dann Familien über Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitsfragen. Das Projekt gibt es mittlerweile in mehreren Städten. Ursprünglich startete es im Berliner Bezirk Neukölln, in dem es viele soziale Brennpunkte und Migranten gibt.

»Ich lasse meine Predigten aufzeichnen und stelle sie auf Facebook.«
Imam Mohamed Sabri

Dort koordiniert Anna Hermanns das Projekt. Sie findet die Stadtteilmütter-Idee auf zwei Arten hilfreich: „Wir erreichen zwei unterschiedliche Zielgruppen: Einmal die Stadtteilmütter selbst, die sich in dieser Zeit stark weiter entwickeln, und zum anderen die Familien, die die Chance erhalten, sich in die Gesellschaft zu integrieren“, sagt sie. Es sei oft schwer, Zugang zu den Familien zu finden. Man werde mitunter wahrgenommen als Jugendamt, das einem die Kinder wegnehmen wolle, berichtet sie aus eigener Erfahrung: „Wir kommen nur schwer an Familien heran, die zurückgezogen leben“, sagt Hermanns. Frauen aus der Community hätten es dagegen sehr viel einfacher. Durch das Projekt sei es bislang gelungen, knapp 8.250 Familien zu erreichen. Im Wesentlichen werde dabei vor allem eine Frage beantwortet: „Wie läuft das in Deutschland? Von Fragen zum Sexualkunde-Unterricht in Schulen bis hin zur Kita-Anmeldung erhalten Familien hier wichtige Informationen, vor allem auch auf die Frage, an welche Stellen sie sich wenden können. Die Stadtteilmütter sind erkennbar an ihren Schals und Taschen, die sie für alle sichtbar tragen. Über die Jahre seien diese Frauen durch diese Symbole bekannt geworden, sagt Hermans. Das führe dazu, dass die Stadtteilmütter auf offener Straße angesprochen und um Hilfe gebeten werden. Gerade auch von jenen Familien, die sie zu erreichen versuchen.

»Wir kommen nur schwer an die Familien heran, die zurückgezogen leben.«
Anna Hermanns

Zu einer ähnlichen Einschätzung kam die Forscherin Liv-Berit Koch bereits 2009, als sie das Projekt der Stadtteilmütter einer wissenschaftlichen Bewertung unterzog. Koch fasste darin zusammen: „Die Arbeit mit Multiplikatorinnen, die selbst aus dem soziokulturellen Umfeld der Zielgruppe kommen, die gleiche Muttersprache sprechen und die Schwierigkeiten der Integration selbst kennen gelernt haben, hat sich als besonders niedrigschwellig und darum wirkungsvoll erwiesen“, schreibt sie darin.

Das Beispiel zeigt, dass der beste Weg zur Integration durch Menschen realisiert werden kann, die die Probleme der Betroffenen selbst kennen und sie über eine längere Zeit begleiten – oftmals mit großem Erfolg. Die Politik spart nicht mit Lob: „Die Stadtteilmütter sind nahe bei den Menschen vor Ort, kennen und setzen an, an deren Bedürfnissen und Potentialen. So konnte und kann Integrationsarbeit zum Erfolg werden und gelingen“, sagte der damalige Senator für Stadtentwicklung und heutige Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD) beim zehnjährigen Jubiläum der Stadtteilmütter im September 2014. Doch nur sechs Wochen später mussten die Hochgelobten auf die Straße gehen, um gegen den Wegfall von 56 Stellen zu protestieren. Durch das Auslaufen von Förderprogrammen konnten von einst 110 Frauen nur noch rund 40 Stadtteilmütter bezahlt werden. Wie viele andere Projekte, sind auch die Stadtteilmütter chronisch unterfinanziert. Bezirk, Senatsverwaltung und das Job-Center finanzieren das Programm. Sobald eine dieser Quellen aber ausfällt, fehlt das Geld. Seit Monaten arbeitet das Projekt daher faktisch mit zu wenigen Mitarbeitern. Der Bund hat im Jahr 2013 in Zusammenarbeit mit zahlreichen Verbänden, Stiftungen und Initiativen rund 330 Integrationsprojekte gefördert. Dafür stellte das Bundesinnenministerium fast 13 Millionen Euro und das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend Mittel in Höhe von rund sechs Millionen Euro zur Verfügung.

Unsichere Finanzierung Problematisch ist dabei allerdings, dass der Bund in der Regel keine Strukturfinanzierung vornehmen darf und die Projekte jeweils nur für eine begrenzte Zeit finanziert werden können, wodurch ihnen die Planungssicherheit und damit die Kontinuität fehlt, die für den Erfolg dieser Projekte so wichtig sind. Anna Hermanns, die Koordinatorin der Stadtteilmütter in Neukölln, kann nicht verstehen, warum es zu diesen Engpässen kommen muss. „Für so ein erfolgreiches Projekt besteht ein dringender Regelfinanzierungsbedarf“, sagt sie. Lob für ihre Arbeit sei schön, aber damit alleine erreiche man eben keine Menschen. *Hakan Tanriverdi*

Der Autor ist freier Journalist in München und arbeitet unter anderem für die „Süddeutsche Zeitung“.

Mehr Glaubensfrage als Bauprojekt

MOSCHEEN Ihr Bau ist oftmals heftig umstritten – aber das muss nicht so sein

Derzeit ist die Zentralmoschee in Köln vor allem wegen ihrer über 2.500 Baumängel in den Schlagzeilen. Als das Moscheeprojekt im Jahr 2007 vorgestellt wurde, entbrannte ein heftiger Streit um die Frage, ob das fünfstöckige Gebäude mit der 37 Meter hohen Kuppel und den zwei 55 Meter hohen Minaretten Ausdruck einer „Gigantonomie“ sei, wie der Publizist Ralph Giordano damals sagte. Er kritisierte im „Kölner Stadt-Anzeiger“, dass der Bau angesichts einer gescheiterten Integration „ein falsches Bild von den wahren Beziehungen zwischen muslimischer Minderheit und Mehrheitsgesellschaft“ entwerfe. Was folgte, war eine emotionale Diskussion im deutschen Feuilleton, die deutlich machte, dass noch immer umstritten ist, welcher Platz Moscheen hierzulande zugestanden wird. Die öffentlichen Gebäude mit sakralem Charakter wecken bis heute höchst unterschiedliche Gefühle: während Kuppel oder Minarett für die einen signalisieren, dass der Islam gleichberechtigt gelebt werden kann, assoziieren andere damit noch immer etwas Fremdartiges. Moscheenkonflikte, stellt daher der Politikwissenschaftler Claus Leggewie fest, seien „hochbrisante symbolische Anerkennungskonflikte“, bei denen es kein „Mehr-oder-weniger“, sondern nur ein „Entweder-oder“ gebe.



Neue Moschee in Penzberg (Oberbayern)

Vordergründig geht es dabei um Parkplätze und Baubauungspläne. Größtenteils lassen die Proteste aber Stereotype und Vorurteile zum Vorschein kommen. Ein Phänomen, das auch in anderen europäischen Ländern wie der Schweiz zu beobachten ist, wo nach einer Volksabstimmung im Jahr 2009 das Verbot des Baus von Minaretten in der Bundesverfassung verankert wurde.

Lange Zeit wurde der Moscheenstreit nicht offen ausgetragen, denn die meisten Muslime trafen sich und beteten in – so genannten nicht klassischen Moscheen – Gebets- und Versammlungsräumen in Hinterhöfen und Industrievierteln, von denen es laut Islamarchiv in Deutschland rund 2.660 gibt. Sie wurden zumeist von Moscheevereinen ganz unterschiedlicher nationaler und religiöser Couleur eingerichtet. Nur 143 Gotteshäuser in Deutschland gelten als „klassische“ Moscheen mit Kuppel und Minarett. Je stärker sich muslimische Gemeinden aber organisierten, umso mehr wuchs auch der Wunsch für die zweitgrößte deutsche Religionsgemeinschaft, eine neue Art von öffentlichen Räumen für ihren Glauben zu finden. Neben den zahlreichen Beispielen für heftige Konflikte um den Bau neuer Moscheen, gibt es auch positive Beispiele wie das Islamische Forum in der bayerischen Gemeinde Penzberg. Der moderne Bau des Architekten Alen Jasrevic gilt nicht nur als Bauwerk als stilgebend. Auch die Planungsphase und die Kommunikation zwischen Stadt, Bürgern und Bauherrn könnte Vorbild für andere Moscheebauprojekte sein. Jasrevic hat dafür ein Rezept: „Die islamischen Gemeinden müssen den längst überfälligen Generationswechsel vollziehen, ihr Vorhaben vertreten und die Befürchtungen der Bevölkerung ernst nehmen.“ *Annette Sach*

Schwieriger Weg zu Gleichstellung

RECHTSSTATUS Islamische Religionsgemeinschaften haben Probleme, anerkannt zu werden

Als das österreichische Parlament Ende Februar nach langer Debatte ein neues sogenanntes Islamgesetz verabschiedete, befeuerte das auch in Deutschland Diskussionen um die staatliche Anerkennung des Islams. Das Gesetz zielt einerseits mit einem Verbot der Auslandsfinanzierung von muslimischen Verbänden und Moscheen darauf, extremistischen Tendenzen entgegenzuwirken, stärkt aber andererseits die Rechte von Muslimen und definiert die organisierten islamischen Glaubensgemeinden als Körperschaften öffentlichen Rechts – ein Status, den auch viele muslimische Verbände hierzulande anstreben. Schließlich bringt der Rechtsstatus, den die beiden großen christlichen Kirchen ebenso innehaben, wie etwa die Jüdische Gemeinde oder die Zeugen Jehovas, eine Reihe von Vergünstigungen: Körperschaften können Beamte beschäftigen und sind von der Grundsteuer befreit, vor allem aber dürfen sie Steuern von ihren Mitgliedern erheben.

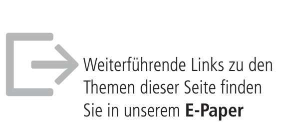
Erste islamische Körperschaft Islamische Religionsgemeinschaften verfügten über solche Rechte nicht – bis das Land Hessen 2013 überraschend die Ahmadiyya Muslim Jamaat als erste islamische Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannte, Hamburg folgte ein Jahr später. Damit eine Religionsgemeinschaft als Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannt wird, muss sie laut Grundgesetz „durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten“. Das Bundesverfassungsgericht verlangt in seiner Rechtsprechung zusätzlich die Rechtstreue. Danach muss die Religionsgemeinschaft geltendes Recht beachten und darf die fundamentalen Prinzipien der Verfassung und die Grundrechte Dritter nicht gefährden.

Die Bemühungen muslimischer Verbände und Gemeinden, sich entsprechend zu organisieren, scheiterten in der Vergangenheit gerade an der mangelnden internen Organisation. Ein Manko mit historisch-theologischen Wurzeln: Organisierte Religionsgemeinschaften nach dem Muster christlicher Kirchen spielen im Islam keine große Rolle. Vielmehr basiert das Selbstverständnis dieser Religion auf einer direkten persönlichen Glaubensbeziehung zwischen den Gläubigen und Allah. Deshalb fehlen Organisationsformen wie sie sich in christlichen Kirchen ausgebildet haben.

So verwundert es nicht, dass nur 20 Prozent der rund vier Millionen Muslime in Deutschland überhaupt in religiösen Verbänden oder Gemeinden organisiert sind. Die an der Deutschen Islam Konferenz teilnehmenden Dachverbände und Vereine – darunter die drei größten, die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) und der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ) – vertreten damit nicht die Mehrheit der Muslime. „Den“ Islam als Religionsgemeinschaft anzuerkennen, wie in der Diskussion bisweilen pauschal gefordert wird, ist deshalb schon kaum möglich. Auch ist der Islam pluralistisch geprägt. Neben Sunniten, Aleviten und Schiiten gibt es in Deutschland noch zahlreiche kleinere Konfessionen.

Dass einzelne Glaubensgemeinschaften als Vereine oder Gemeinden als Körperschaften öffentlichen Rechts anerkannt werden können, zeigt das Beispiel der Ahmadiyya. Andere muslimisce Glaubensgemeinschaften wie die Alevitische Gemeinde Deutschland und der Verband der islamischen Kulturzentren haben bereits eigene Anträge gestellt. *Sandra Schmid*

Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**



AUFGEKEHRT

Freie Informationen

Nicht erst seit den Enthüllungen rund um Edward Snowden weiß man: Es ist nicht immer gut, wenn der Staat Geheimnisse hat. Im Zweifel können sie schädlich sein. Lange Zeit konnten Bundes- und Landesbehörden in Deutschland mauern, wenn Bürger Auskunft erbaten. Das änderte sich 2006 als auf Bundesebene das sogenannte Informationsfreiheitsgesetz (IFG) in Kraft trat. Auch zahlreiche Bundesländer haben eine ähnliche Regelung eingeführt. Der grundsätzliche Auskunftsanspruch auf „amtliche Informationen" sieht allerdings zahlreiche Ausnahmen vor, was Kritiker immer wieder bemängeln. Die Netz-Aktivisten rund um den Blog Netzpolitik.org haben daraus gar eine eigene Kategorie gemacht. Unter „Informationsfreiheits-Ablehnung des Tages" dokumentieren sie negative Bescheide von Behörden, zum Beispiel einen des Bundeskanzleramtes, das ein angebliches Beschwerdeschreiben des britischen Geheimdienstes über die Arbeit des NSA-Untersuchungsausschusses nicht herausrücken wollte.

Es geht aber auch eine Nummer kleiner. In Nordrhein-Westfalen kam ein Abiturient, der in der Informationsfreiheits-Szene aktiv ist, auf die Idee, die Herausgabe der Abituraufgaben zu fordern. Freilich, bevor er die Klausuren geschrieben hatte. Eine Antwort des zuständigen Ministeriums steht laut Medienberichten noch aus. Die Chancen werden als eher gering eingeschätzt. Trotzdem: Für so viel Chuzpe verdient der Schüler ja eigentlich schon eine gute Note. Allerdings ist mehr als ein „gut" nicht drin. Denn für ein „sehr gut" hätte der Jugendliche eigentlich auch gleich nach den Lösungen de Aufgaben fragen müssen. *Sören Christian Reimer*

VOR 25 JAHREN...

Direkt gewählte Berliner

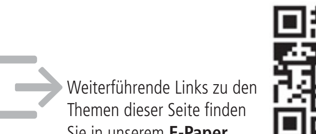
24.4.1990: Alliierte geben West-Berlinern Wahlrecht Lange bevor sich die West-Berliner Hauptstädter nennen durften, waren sie politisch gesehen nicht einmal echte Bundesbürger. Ihre Stadt, die nicht zur DDR gehörte, aber auf Geheiß der Westalliierten auch kein echtes westdeutsches Bundesland sein durfte, war gewissermaßen ein Stiefkind des Grundgesetzes. Zwar wollten die Alliierten, „dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden", bestanden aber gleichzeitig darauf, dass diese Sektoren „kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland" sind und „nicht von ihr regiert werden". Diese Vorbehalte, die seit 1949 Bestand hatten, waren es auch, die die West-Berliner von Bundestagswahlen ausschlossen – bis zum 24. April 1990: Wenige Monate nach dem Mauerfall gaben die westlichen Alliierten ihre Vorbehalte gegen das Wahlrecht der West-Berliner auf.



Wolfgang Thierse (SPD) gewann 1990 eines der Berliner Direktmandate.

© dpa - Report

So machten sie erstmals den Weg für eine Direktwahl der Berliner Bundestagsabgeordneten frei. Denn bis dahin wurden die Parlamentarier aus der geteilten Stadt vom Berliner Abgeordnetenhaus entsprechend der dortigen Fraktionsstärke nach Bonn entsandt. Ein Stimm- und Wahlrecht hatten sie dort allerdings nicht. Dass die nächste Bundestagswahl nicht nur eine mit West-Berliner Beteiligung, sondern die erste gesamtdeutsche Wahl werden sollte, war damals noch nicht klar. So waren am 2. Dezember 1990 über 2,5 Millionen Berliner wahlberechtigt – aus dem West- und dem Ost-Teil der Stadt. *Benjamin Stahl*





Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

ORTSTERMIN: »WEGE – IRRWEGE – UMWEGE« IM DEUTSCHEN DOM



Die Ausstellung im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt macht nicht nur die Historie des deutschen Parlamentarismus, sondern auch die Funktionsweise des Bundestages heutzutage erfahrbar.

© Deutscher Bundestag/Edgar Zippel

Interaktive Parlamentsgeschichte

Der Gendarmenmarkt in Berlin mit Schauspielhaus, Französischem Dom und Deutschem Dom ist ein Besuchermagnet. Hier bietet sich nicht nur ein Blick zurück ins historische Berlin, sondern – hinter den Türen des Deutschen Doms – auch ein Einblick in die komplexe Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Seit 2002 wird in der ehemaligen Kirche die Ausstellung „Wege – Irrwege – Umwege" des Deutschen Bundestages gezeigt. Auf fünf Ebenen lässt sich die wendungsreiche Historie nachvollziehen: von den Anfängen in der Frankfurter Paulskirche 1848 über das Kaiserreich, die Weimarer Republik, die dunklen Jahre der NS-Zeit bis hin zum geteilten und dann wiedervereinten Deutschland.

Herzstück der Ausstellung ist die Ebene 1.1 – hier steht die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik im Zentrum. Dieser Abschnitt wurde 2013 komplett überarbeitet, die anderen Ausstellungsteile sollen nun Stück für Stück folgen. Auf Ebene 1.1 gibt es viel zu entdecken: Entlang eines bis in viele Details des großen Vorbilds im Reichstagsgebäude nachgebauten Plenarsaals zieht sich zum Beispiel eine Reihe von Bildschirmen – eine interaktive Zeitachse. „Hier dürfen die Besucher anfassen, hier müssen sie anfassen", sagt Andreas Baasner, der für die Ausstellung zuständige Referent. Praktisch wie bei einem Tablet-Computer können die Bildschirme bedient werden. Dort zu finden sind kurze Info-Texte, Bilder und Videos – teilweise original Wochenschau-Aufnahmen – zu den Meilensteinen der 18. Wahlperioden.

In drei sogenannten Konchen – großzügige, halbrunde Nischen – können sich die Besucher multimedial über einzelne Aspekte des Bundestages informieren, zum Beispiel über den Alltag der Abgeordneten. Auf einem ebenfalls interaktiven Bildschirm lässt sich ein typischer Tagesablauf eines Parlamentariers abrufen, der mit eigens produzierten Info-Filmchen erfahrbar wird. In den anderen Konchen werden der Bundestag als Institution samt Wahlrecht sowie der Gesetzgebungsprozess thematisiert. Komplexe Materie, das weiß auch Baasner: „Das parlamentarische System ist kompliziert." Ziel der Ausstellung sei es, die Gäste anzuregen, sich damit auseinanderzusetzen. „Besucher sollen im Nachhinein das Gefühl haben: Es lohnt sich, sich damit zu beschäftigen", sagt der Ausstellungs-Referent. Allein gelassen werden die Gäste dabei nicht. Wer spontan in den Dom kommt, kann zum Beispiel an Führungen teilnehmen, Historiker stehen dafür bereit. „Wir vermitteln hier mit Begeisterung und Leidenschaft Parlamentsgeschichte und das parlamentarische System", sagt Baasner.

Und das auch auf spielerischem Weg: In dem Plenarsaalnachbau können Besucher auch selbst in die Haut von Abgeordneten schlüpfen. In dem 45-minütigen Rollenspiel „Plenarsitzung", das donnerstags in Sitzungswochen angeboten wird, wird im Schnelldurchgang ein Gesetzgebungsverfahren simuliert – samt Debatten, Abstimmungen und parlamentarischen Benimmregeln. Für Schülergruppen gibt es die Möglichkeit, längere Projekte, etwa zum Thema „Freiheit und Grundrechte in der Parlamentsgeschichte", zu absolvieren. Ein Besuch lohnt sich. *Sören Christian Reimer*

Die Ausstellung ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr (von Mai bis September bis 19 Uhr) geöffnet. Eintritt und Führungen sind kostenlos. Informationen zu allen Angeboten im Netz auf www.bundestag.de beziehungsweise unter (030) 227-30431 und -30432.

LESERPOST

Zur Ausgabe 14-15 vom 30. März 2015, „Die Zeichen der Zeit erkannt" auf Seite 9:

Für den Beitrag von Rudolf Seiters „Die Zeichen der Zeit erkannt" möchte ich mich herzlich bedanken. Dieser Artikel eines Zeitzeugen zur Wiedervereinigung setzt bei den Ereignissen an, die Voraussetzung für die Öffnung der Berliner Mauer im November 1989 und die sich daran anschließenden Verträge (deutsch-deutscher Einigungsvertrag und Zwei-plus-Vier-Vertrag) waren. In besonderer Weise hebt er daher den Besuch von Michael Gorbatschow im Juni 1989 hervor. Bei dieser Gelegenheit, und so zeigt es auch das Foto, wurde eine sowjetisch-deutsche Erklärung verfasst und überreicht. Ich hätte mir gewünscht, mehr über die Gespräche der beiden Staatsmänner Gorbatschow und Kohl zu erfahren, denn ist es hier nicht auch wie bei dem Entwurf von Bundestagsreden, die immer enden mit der Formel: Es gilt das gesprochene Wort, und hier besonders das Wort unter Männern? Frankreich und Russland haben die Integrität Deutschlands tatsächlich gewahrt und so bin ich optimistisch, was die weitere Entwicklung der Staatenbeziehung in Europa anbelangt.

Barbara Lützelberger, Schweinfurt

Zur Ausgabe 10 vom 2. März 2015, „Mit Bauchschmerzen" auf Seite 1:

Mir altem Mann treibt es den Angstschweiß auf die Stirn, wenn ich an die Gier der Banken denke, die unseren schönen Euro versenken. Er verliert immer mehr an Wert und trotzdem streben alle nach ihm!

Den Griechen empfehle ich, vor ihrer Küste in der Ägäis nach Geld zu suchen. Bestimmt liegt dort noch ein alter Kahn herum und wartet darauf, nun endlich geborgen zu werden. Oder die Griechen bieten eine oder mehrere ihrer Inseln zum Verkauf an. Die Finanzhaie kaufen schließlich alles, was sich zu Geld machen lässt.

Manfred G. Hackauf, Janowo (Polen)

Zur Beilage „leicht erklärt!" in leichter Sprache im Allgemeinen:

Die vor einiger Zeit neu eingeführte Beilage „leicht erklärt!" finde ich sehr gelungen. Ich habe diese auch dem örtlichen Caritasverband zur Verfügung gestellt, welcher die Beilage im Rahmen der Betreuung der Flüchtlinge gut verwenden kann, um diesen das ein oder andere Thema leicht zu erklären.

Michael Strosche, per E-Mail

Die Idee der Beilage „leicht erklärt!" finde ich großartig. Meine Kollegen an der Westböhmischen Universität im tschechischen Pilsen sind dankbare Abnehmer meines Exemplars und setzen das Material in Landeskunde für Lehramtsstudenten des Fachs Germanistik ein.

Prof. Dr. Elke Mehnert, Aue

PANNENMELDER

In die Ausgabe Nr. 14-15 vom 30. März 2015 haben sich mehrere Fehler eingeschlichen.

Auf Seite 2 im „Parlamentarischen Profil": Die Sowjetunion marschierte 1979 und nicht 1982 in Afghanistan ein. Das Kriegsrecht in Polen wurde 1981 und nicht 1982 verhängt.

Auf Seite 3 in der Grafik „Europas östliche Nachbarn": Norwegen ist kein Mitglied der Europäischen Union.

Auf Seite 7 im Artikel „Schwere Geburt": Die zitierte Linken-Abgeordnete heißt Inge Höger und nicht Inge Höfer.

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament" erscheint am 27. April.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 20. – 24.4.2015

Nachtragshaushalt (Do)
Verfassungsschutz (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Albert Probst †
Bundestagsabgeordneter 1969-1998, CSU
Am 24. März starb Albert Probst im Alter von 83 Jahren. Der promovierte Agrarwissenschaftler aus Garching trat 1949 der CSU bei. Von 1960 bis 1973 war er Mitglied des Kreistags München-Land und von 1966 bis 1990 Gemeinderat in Garching. Der Direktkandidat des Wahlkreises München-Land bzw. Freising engagierte sich vorwiegend im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft bzw. für Forschung und Technologie, an deren Spitze er von 1972 bis 1982 stand. Danach, bis Januar 1991, war Probst Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie. Von 1991 bis 1999 war er Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Westeuropäischen Union.

>Dagmar Luuk
Bundestagsabgeordnete 1980-1990, SPD
Dagmar Luuk vollendet am 12. April ihr 75. Lebensjahr. Die Diplom-Politologin aus Berlin schloss sich 1961 der SPD an und war von 1976 bis 1980 Mitglied des dortigen Landesvorstands. Von 1975 bis 1980 gehörte sie dem Abgeordnetenhaus an. Luuk engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Von 1984 bis 1990 gehörte sie der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Westeuropäischen Union an.

>Sigrid Skarpelis-Sperk
Bundestagsabgeordnete 1980-2005, SPD
Am 12. April wird Sigrid Skarpelis-Sperk 70 Jahre alt. Die promovierte Volkswirtin trat 1969 der SPD bei, war stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben und gehörte dem Landesvorstand Bayern an. Von 1991 bis 2003 war sie Mitglied des SPD-Parteivorstands. Im Bundestag arbeitete Skarpelis-Sperk überwiegend im Wirtschaftsausschuss mit. Von 1994 bis 2005 amtierte sie als Vorsitzende des Unterausschusses ERP-Wirtschaftspläne. Sie ist zurzeit Präsidentin der Vereinigung der Deutsch-Griechischen Gesellschaften.

>Erika Simm
Bundestagsabgeordnete 1990-2005, SPD
Am 16. April begeht Erika Simm ihren 75. Geburtstag. Die Richterin aus Kallmünz/Kreis Regensburg trat 1971 der SPD bei, war Vorsitzende des Unterbezirks Regensburg und gehörte dem Landesvorstand der SPD Bayern an. Von 2002 an war sie Stadträtin in Kallmünz. Simm, Vorstandsmitglied der SPD-Bundesfraktion von 1998 bis 2005, engagierte sich vorwiegend im Rechtsausschuss. In dieser Zeit war sie auch Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses und gehörte dem Richterwahlausschuss an.

>Claire Marienfeld-Czesla
Bundestagsabgeordnete 1990-1995, CDU
Am 21. April vollendet Claire Marienfeld ihr 75. Lebensjahr. Die pharmazeutisch-technische Assistentin trat 1972 der CSU und 1976 in Detmold der CDU bei, war von 1978 bis 1991 dort Ratsfrau und von 1988 bis 1991 stellvertretende Bürgermeisterin. Marienfeld, die dem Verteidigungsausschuss angehörte, war von 1995 bis 2000 Wehrbeauftragte des Bundestags. Von 2001 bis 2010 war sie Präsidentin der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik

>Ilse Janz
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD
Ilse Janz wird am 23. April 70 Jahre alt. Die Sachbearbeiterin trat 1967 der SPD bei, war von 1988 bis 1991 Landesvorsitzende in Bremen und gehörte von 1993 bis 1998 dem SPD-Parteivorstand an. Von 1979 bis 1987 war sie Stadtverordnete in Bremerhaven und von 1987 bis 1990 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Janz gehörte von 1993 bis 1998 dem Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion an und war von 1998 bis 2002 Parlamentarische Geschäftsführerin.

>Anneliese Augustin
Bundestagsabgeordnete 1984-1987, 1989-1998, CDU
Anneliese Augustin vollendet am 24. April ihr 85. Lebensjahr. Die Apothekerin aus Kassel trat 1967 der CDU bei, war von 1972 bis 1984 Stadtverordnete ihrer Heimatstadt und engagierte sich in der Mittelstandsvereinigung der CDU Hessen. Augustin engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit beziehungsweise im Gesundheitsausschuss.

>Jochen Borchert
Bundestagsabgeordneter 1980-2009, CDU
Am 25. April wird Jochen Borchert 75 Jahre alt. Der Landwirt und Diplom-Ökonom aus Bochum schloss sich 1965 der CDU an und war dort von 1977 bis 2000 Kreisvorsitzender. Von 1993 bis 2003 stand er an der Spitze des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Borchert, von 1989 bis 1993 haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, wurde im Januar 1993 Bundeslandwirtschaftsminister und behielt dieses Amt bis zum Regierungswechsel 1998. Im Bundestag hatte Borchert vor allem im Haushaltsausschuss mitgearbeitet. *bmh*





Leichte Sprache

Was ist das?





UN-Behinderten-Konvention:

Die Behinderten-Rechts-Konvention
ist eine Vereinbarung.

Sie schützt die Rechte von allen
Menschen mit Behinderung.

Die Vereinten Nationen haben diese
Vereinbarung geschrieben.



Zu den Vereinten Nationen gehören
fast alle Länder der Welt.
Es sind genau 192 Länder.
Die Zentrale der Vereinten Nationen
ist in New York, USA.
Jedes Land kann Vertreter zu den
Versammlungen schicken.

Das schwere Wort für
Vereinte Nationen ist:
United Nations Organization.
Die Abkürzung davon ist: UNO.

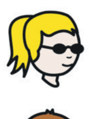


In der Behinderten-Konvention steht
geschrieben:
Länder müssen dafür sorgen,
dass Menschen mit Behinderung ihre
Rechte auch bekommen.



Auch Deutschland muss sich an diese
Rechte halten.
Die Rechte gibt es schon seit dem Jahr
2009.

Die Bundes-Regierung hat dafür
einen Plan erstellt.





Dieser Plan heißt:
Nationaler Aktions-Plan.

Darin steht:
Menschen mit Behinderung sollen
überall teilnehmen können.
Und so viel wie möglich verstehen
können.



Was ist leichte Sprache?

Leichte Sprache hilft vielen Menschen.
Denn:
Schwere Sprache ist schwer zu
verstehen.

Schwere Sprache sind zum Beispiel:

- Fremd-Wörter.
- Fach-Wörter.
- Lange Sätze.



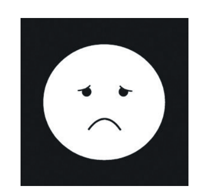
In unserer Umgebung gibt es viele schwere Texte.

Darin sind viele schwere Wörter, die man nicht kennt.

Es gibt auch viele lange Sätze, die man nicht versteht.



Schwere Texte sind zum Beispiel:
- Briefe von Ämtern und Ärzten,
- Verpackungs-Beilagen von Medikamenten,
- Plakate,
- Nachrichten
- und noch vieles mehr.



Schwere Sprache macht vielen Menschen Probleme.

Zum Beispiel:
- Menschen werden ausgegrenzt.
- Menschen fühlen sich schlecht.
- Menschen brauchen Hilfe.

---

1 2 3

Viele Menschen brauchen die leichte Sprache.

Und zwar:
- Menschen mit Lern-Schwierigkeiten,
- Menschen, die nicht gut lesen können,
- Menschen, die nicht gut schreiben können,
- ältere Menschen,
- Menschen, die aus anderen Ländern kommen
- und viele mehr.



Warum leichte Sprache?

Leichte Sprache können Menschen besser verstehen.

Dadurch können sie sich eine eigene Meinung machen.

Mit einer eigenen Meinung kann man besser auswählen.



Das bedeutet:
Menschen können entscheiden, was sie möchten.

Sie können selbst bestimmen.

Leichte Sprache ist sehr wichtig für die Inklusion.
Inklusion bedeutet:
Teilhabe an der Gesellschaft.

Das heißt:
- Alle Menschen gehören dazu.
- Niemand wird ausgeschlossen.
- Alle Menschen haben die gleichen Rechte.
- Alle Menschen bestimmen und gestalten die Gesellschaft.



Leichte Sprache baut Schwierigkeiten in der Sprache ab.

Das bedeutet:
Leichte Sprache hilft im Leben.

Zum Beispiel:
- in der Freizeit,
- in der Schule,
- im Beruf,
- beim Arzt
- und noch viel mehr.




Regeln in der leichten Sprache:

In der leichten Sprache schreiben und sprechen ist schwer.
Dafür gibt es aber Regeln.
Diese Regeln müssen geübt werden.
Und zwar ganz oft.

Man muss in der leichten Sprache darauf achten:

- Wörter
- Zahlen
- Sätze
- Texte
- Gestaltung und Bilder
- Prüfen



Das Prüfen der Texte in leichter Sprache ist sehr wichtig.

Es gehört zur leichten Sprache dazu.

Menschen mit Lern-Schwierigkeiten prüfen den Text.

Sie können sagen,
ob der Text leicht geschrieben ist.

Einige Regeln der leichten Sprache:



- **Einfache Wörter benutzen.**

Zum Beispiel:

Schlecht: genehmigen
Gut: erlauben



- **Wörter benutzen, die etwas genau beschreiben.**

Zum Beispiel:

Schlecht: öffentlicher Nahverkehr
Gut: Bus und Bahn

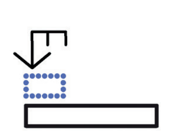


- **Kurze Sätze schreiben.**
- **Wenige Fremdwörter benutzen.**

Zum Beispiel:

Schlecht: Workshop
Gut: Arbeits-Gruppe



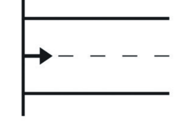


- **Kurze Wörter benutzen.**

Wenn das nicht geht,
müssen lange Wörter mit einem Binde-Strich getrennt werden.

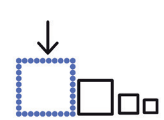
Dann kann man die Wörter besser lesen.

Zum Beispiel:
Schlecht:
Bundesgleichstellungsgesetz
Gut:
Bundes-Gleichstellungs-Gesetz



- **Am Anfang vom Satz dürfen auch diese Wörter stehen:**

- Oder.
- Wenn.
- Weil.
- Und.
- Aber.



- **Eine große Schrift benutzen.**
Diese kann man besser lesen.

- **Viele Absätze und Überschriften machen.**



- **Bilder benutzen.**

Denn:
Bilder helfen, den Text besser zu verstehen.

Es ist aber wichtig:
Die Bilder müssen zum Text passen.

Hier entscheiden die Prüfer.
Sie können sagen,
ob die Bilder zum Text passen.

Die Bilder sollten einfach und deutlich sein.

Man muss die Bilder gut erkennen können.

Je größer die Bilder sind,
umso besser kann man sie erkennen.

Zum Beispiel:
Nach dem Kopieren.

1 2 3

- **Wie werden Zahlen geschrieben?**

Oft sind Ziffern einfacher als die ausgeschriebene Zahl.

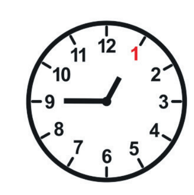
Dann schreibt man das zum Beispiel so:

6 Autos

Schlecht wäre:

sechs Autos





▸ Wie werden Uhr-Zeiten geschrieben?

Zum Beispiel
- 13 Uhr
- 13.00 Uhr
- 13:00 Uhr

- 8 Uhr abends
- 20 Uhr
- 20:00 Uhr

Dazu sollte man den Prüfer fragen.
Dieser entscheidet, was leichter ist.



▸ Telefon-Nummern mit Leer-Zeichen schreiben.

Beispiel:

Schlecht: (06655) 443322
Gut: 0 66 55 - 44 33 22



▸ Jeden Satz in eine neue Zeile schreiben.



▸ Und den Text zusammen lassen.

Das bedeutet:
Manchmal ist eine Seite voll.
Und der Satz ist noch nicht zu Ende.
Dann schreiben Sie den Satz auf die nächste Seite.



Es gibt noch sehr viele Regeln.

Man kann alle Leichte-Sprache-Regeln nachlesen.

Und zwar im Internet:
http://tny.de/PEYPP



Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz

Darin steht:
Menschen mit Behinderung sollen am Leben der Gesellschaft teilnehmen.
Und zwar ohne Hindernisse.
Sie sollen selbst bestimmen können.



Auch das Internet soll für alle Menschen barriere-frei sein.

Das bedeutet:
Menschen mit Behinderung sollen im Internet Informationen leicht finden und verstehen können.



Dazu gibt es eine Verordnung im Internet.

In der schweren Sprache heißt die Verordnung:
Barriere-freie Informations-Technik-Verordnung.



Auf vielen Internet-Seiten gibt es ein Symbol für leichte Sprache.
Drückt man auf das Symbol, kann man den Text in leichter Sprache lesen.

Manchmal gibt es auch ein Programm zum Vorlesen.
Oder einen Film.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



Ratgeber Leichte Sprache:
http://tny.de/PEYPP

Die Bilder sind von Picto-Selector und:
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ 16-17/2015